

50
Immer offen
für Neues.

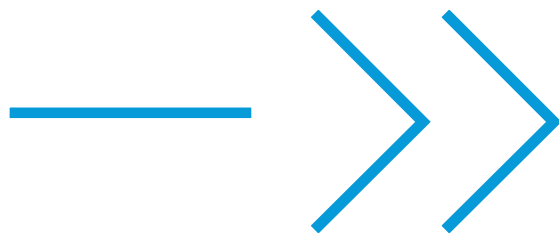
 **HAW
HAMBURG**

Sigrid Schambach

HOCHSCHULE IM WANDEL

Beiträge zur Geschichte der HAW Hamburg

Zusammengestellt anlässlich des 50-jährigen Bestehens
der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
1. April 1970 – 1. April 2020 von Ralf Schlichting



VORWORT

Wir gestalten Zukunft – seit 50 Jahren. Dieses Motto des Jubiläumsjahres weist in die Zukunft, ist sich zugleich doch seiner Traditionen bewusst. Und es steht der HAW Hamburg gut; geht es doch darum, ihre Studierenden bestens vorzubereiten für die eigene berufliche Zukunft, aktuelle Trends in der angewandten Forschung weiterzuverfolgen, gesellschaftliche Entwicklungen zu erkennen, sie zu antizipieren und die eigene Hochschule diesen Entwicklungen anzupassen. Immer steckt darin ein sehr dynamisches, vorwärtstreibendes Element.

Und doch lohnt auch der Blick zurück, zumal aus Anlass eines Jubiläums wie in diesem Jahr, da die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg fünfzig Jahre alt wird. Etwas zu wissen über die eigene Geschichte, über die eigenen, teils sehr tiefen Wurzeln – das gibt der Hochschule eben auch Standfestigkeit und Stabilität. Im besten Fall verspricht es mehr Verständnis für ihren immerwährenden, notwendigen Wandel, den Wandel des Lehrens und Lernens.

Der vorliegende Band versammelt Beiträge zur Geschichte der HAW Hamburg, die über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren entstanden und mit dem neuesten Aufsatz „Die HAW Hamburg. Eine Hochschule im 21. Jahrhundert“ gewissermaßen in der Gegenwart angekommen sind. Dabei erhält die Entwicklung des Ingenieurschulwesens besondere Beachtung, kann dieses doch als breites Fundament der heutigen Hochschule angesehen werden. Für die Industriestadt des ausgehenden 19. und 20. Jahrhunderts war ein hoch entwickeltes Ingenieur- und Fachhochschulwesen von größter Bedeutung. Für den modernen Industrie-, Handels-, Medien- und Wissenschaftsstandort Hamburg ist es unabdingbar, dass die HAW Hamburg ihren Studierenden eine anspruchsvolle und breit gefächerte hochschulische Qualifikation anbietet. Sie werden mit ihrem Wissen die Gesellschaft von heute und von morgen prägen.

Prof. Dr. Micha Teuscher

Präsident der HAW Hamburg

INHALT

03	Vorwort
09	Die HAW Hamburg. Eine Hochschule im 21. Jahrhundert
22	FRAGEN AN PROF. DR. MICHAEL STAWICKI
44	FRAGEN AN PROF. DR. MICHA TEUSCHER
56	Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und ihre Vorläufer von 1945 bis heute* – ein Überblick
97	100 Jahre Ingenieurausbildung in Hamburg – Kontinuität und Wandel
103	Später Start – vor 75 Jahren begann das Flugzeugbau-Studium in Hamburg
115	Von Almosen, Wohltätigkeit und Sozialer Arbeit
117	TEXTNACHWEIS
118	IMPRESSUM

*2010

HOCHSCHULE IM WANDEL

DIE ENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN HOCHSCHULWESENS IN DEN LETZTEN ZWANZIG JAHREN

Expansion und Differenzierung des Hochschulwesens

Deutschland und Europa – der Bologna-Prozess

Die moderne Gesellschaft als „Wissensgesellschaft“

Hochschulen managen – oder: Was tun, damit der Laden läuft?

Finanzierungsfragen

DIE HAW HAMBURG SEIT DER JAHRTAUSENDWENDE

Die Hochschule als Organisation

– *Umbau der inneren Organisation*

– *Neue Aufgaben, neue Selbstentwürfe*

Lehre und Forschung

– *Kompetenzorientierung in der Lehre*

– *Qualitätsmanagement*

– *Cluster-Politik und Forschung*

– *Wissenschaftliche berufsbegleitende Weiterbildung*

Konflikte und Perspektiven

– *Streit um die hamburgische Hochschulpolitik*

– *Finanzierungsfragen*

– *Die HAW Hamburg als Teil des Wissenschaftsstandortes*

– *Perspektiven*

SCHLUSSBETRACHTUNG

HOCHSCHULE IM WANDEL

Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) ist mit rund 17.000 Studierenden nach der Universität Hamburg die zweitgrößte Hochschule des Stadtstaates. Sie besteht heute aus den vier Fakultäten Design, Medien und Information (DMI); Life Sciences (LS); Technik und Informatik (TI) sowie Wirtschaft und Soziales (W&S). Studierende können wählen zwischen 38 Bachelor-Studiengängen. Darauf aufbauend bietet die Hochschule 37 Master-Studiengänge an. An vier Standorten – dem Campus Berliner Tor, dem Mediacampus Finkenau und dem Modecampus Armgartstraße sowie dem Campus Bergedorf – lehren rund 400 Professoren und Professorinnen, außerdem etwas mehr als 500 Lehrbeauftragte. Ihre Arbeit wird unterstützt von über 400 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und von annähernd 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Technik und Verwaltung.¹

Die HAW Hamburg besitzt als Institution mittlerweile eine fünfzigjährige Geschichte.² Sie wurde 1970 als Fachhochschule gegründet, trägt aber seit 2001 den neuen Namen Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg.³ In den letzten zwanzig Jahren kam es – weit über die Namensänderung hinaus – zu beträchtlichen Veränderungen. Wie diese aussahen und in welchen größeren Zusammenhängen man sie betrachten kann, darum geht es in dem folgenden Beitrag – ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ohne Rangfolge, aber doch in dem Bemühen, charakteristische Züge der Entwicklung zu zeigen.

1 *Daten und Fakten und C1-Statistik. Stand der Zahlen SoSe 2019. (Aufruf 15.12.2019). Im Folgenden werden aus Gründen der besseren Lesbarkeit online-Quellen ohne Namensangabe in der Fußnote mit einem *Stichwort sowie dem Datum des letzten Zugriff genannt. Für ausführliche Angaben siehe das Literaturverzeichnis. Zu den Zahlenangaben siehe auch HAW Hamburg (2019): Jahresbericht 2017/2018, S. 24-26.

2 Über ihre Vorläufer-Institute wurde an anderer Stelle bereits berichtet. Schambach (2010): Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg.

3 Willkommen in der Zukunft (2005), S. 55.

DIE ENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN HOCHSCHUL- WESENS IN DEN LETZTEN ZWANZIG JAHREN

Das deutsche Hochschulsystem ist ein Feld mit sehr vielen Akteuren. Das sind Bund und Länder, die zugehörigen Behörden, die Hochschulleitungen, beratende Stiftungen wie z.B. die Bertelsmann-Stiftung, Akkreditierungsagenturen. Von herausgehobener Bedeutung ist der gemeinsam von Bund und Ländern eingerichtete Wissenschaftsrat. Er berät auf Bitten der Länder und wirkt mit seinen Empfehlungen maßgeblich auf die deutsche Hochschul- und Wissenschaftspolitik ein. Schließlich ist das ganze System wiederum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen, z.B. durch die Bildungs-, die Wissenschafts- und die Hochschulforschung selbst.⁴ Entsprechend vielstimmig ist der Chor, wenn es um die Bewertung der zurückliegenden Reformprozesse geht, und mehr noch, wenn über die Zukunft der deutschen Hochschulen gesprochen wird.

Expansion und Differenzierung des Hochschulwesens

Grundsätzlich ist die gesamte Entwicklung zunächst gekennzeichnet durch eine enorme quantitative Expansion des deutschen Hochschulwesens: Mitte der 1970er Jahre studierten im ehemaligen Bundesgebiet samt Berlin West im Wintersemester 1975/76 rund 836 000 junge Männer und Frauen. 1990/91 waren es in ganz Deutschland 1.712 000. Der Trend setzte sich fort, sodass im Wintersemester 2013/14 2.616 000 Studierende gezählt wurden. Im Wintersemester 2019/20 waren es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bereits 2.897.336 Studierende.

4 In Deutschland arbeiten auf diesem Gebiet führend das Internationale Centrum für Hochschulforschung (INCHER) an der Universität Kassel, das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) Gütersloh sowie – mit einem Akzent auf die Entwicklungen in Ostdeutschland – das Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg.

„Ein Studium aufnehmen“ – darunter verstand man bis zum Ende der 1960er Jahre in Deutschland in der Regel den Gang der studierwilligen jungen Erwachsenen an eine Universität, eine Technische, Pädagogische, Theologische, Kunst- oder Musikhochschule. Mit der bundesweit einsetzenden Gründung von Fachhochschulen – in Hamburg zum 1. April 1970⁵ – trat ein neuer Hochschultypus hinzu, der ältere Ausbildungswege, z.B. an den Bau- und Ingenieurschulen oder den Meisterschulen für Mode oder den Schulen für soziale Arbeit ablöste. Eine fachliche Ausbildung auf wissenschaftlicher oder künstlerischer Grundlage wurde angestrebt, weniger theoretisch und umso mehr praktisch orientiert, zudem insgesamt auch kürzer als ein klassisches Universitätsstudium.



Mit der quantitativen Expansion gewannen die Fachhochschulen zunehmend an Bedeutung. So besuchten im Wintersemester 1975/76 rund 18 Prozent der Studierenden eine Fachhochschule, rund 81 Prozent eine Universität. Im Laufe der Jahre nahm die Zahl der Studierenden an Fachhochschulen kontinuierlich auf rund ein Drittel zu (35 Prozent im Wintersemester 2013/14, 35,5 Prozent im Wintersemester 2019/2020), diejenige an Universitäten hingegen entsprechend ab (65 Prozent im Wintersemester 2013/14, 61,4 Prozent im Wintersemester 2019/20).⁶

Darüber hinaus verschoben sich auch die Gewichte zugunsten eines Hochschulstudiums gegenüber der nicht-akademischen Berufsausbildung. 1975

5 Gesetz über die Fachhochschule vom 18. Februar 1970. In: HmbGVBl. 1970, S. 61-76. Die Fachhochschule nahm am 1. April 1970 ihre Arbeit auf. Schambach (2010): Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, S. 49-55.

6 Kunsthochschulen spielten keine große Rolle: Sie nahmen in der Mitte der 1970er Jahre rund zwei Prozent aller Studierenden auf, 2013/14 noch ein Prozent. Alle Daten wiederum nach Hüther/Krücken (2016): Hochschulen, S. 76. Durch Aufrundungen ergeben sich mehr als 100 Prozent. Aktuelle Daten nach Pressemitteilung 453 des Statistischen Bundesamtes vom 27. November 2019.

entschieden sich 19 Prozent der Zwanzigjährigen für ein Studium, 2012 waren es 51 Prozent. Innerhalb eines Zeitraums von knapp vierzig Jahren haben sich die Bildungs- und Berufsperspektiven junger Erwachsener eindrucksvoll verschoben: Am Anfang dieses Zeitraums war das Studium lediglich eine Perspektive für jeden fünften jungen Erwachsenen, am Ende für jeden zweiten.⁷

2010 konstatierte der Wissenschaftsrat, dass die grundlegende Differenzierung des deutschen Hochschulsystems entlang den beiden Hochschultypen Universität und Fachhochschule noch immer sinnvoll sei, doch stärker aufgefächert werden müsse. Dazu bedürfe es eines weiteren Ausbaus der Fachhochschulen.⁸ Gerade sie könnten innovative Konzepte entwickeln, weil sie in verschiedenen Regionen mit ihrer je eigenen Tradition unterschiedliche Schwerpunkte ihres Lehrangebots besäßen; die Abstimmung mit benachbarten Hochschulen, auch gezielte Kooperationen, seien dabei wünschenswert und notwendig.⁹

Deutschland und Europa – der Bologna-Prozess

Zu den Reformen, die im Sinne einer weiteren Differenzierung seit den ausgehenden 1990er Jahren das deutsche Hochschulsystem veränderten, gehörte besonders die Stufung von Studiengängen nach Bachelor und Master. Eingeleitet wurden diese Neuerungen durch die politische Erklärung von vier europäischen Ländern im Mai 1998 an der Universität Sorbonne in Paris.¹⁰ Sie war getragen von der Überzeugung und der Erwartung, dass der europäische Kontinent nicht allein wirtschaftlich, sondern auch als „ein

7 Zahlen nach Hüther/Krücken (2016): Hochschulen, S. 78; ebenso Teichler (2014): Hochschulsysteme, S. 53.

8 Wissenschaftsrat (2010): Differenzierung der Hochschulen, S. 8 und 15-16.

9 Wissenschaftsrat (2010): Rolle der Fachhochschulen, S. 6.

10 *Sorbonne-Erklärung (Aufruf 21.02.2019). Genauer Titel: Gemeinsame Erklärung zur Harmonisierung der Architektur der europäischen Hochschulbildung der vier Minister Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens und Italiens. Erklärung vom 25. Mai 1998.

Europa des Wissens“ zusammenwachsen müsse.¹¹ Im Jahr darauf folgten 25 weitere europäische Länder diesem Vorstoß mit der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung vom 19. Juni 1999.¹²

Die Unterzeichner der Sorbonne-Erklärung versprachen, „die Anerkennung akademischer Abschlüsse im Ausland, die Mobilität der Studenten sowie auch ihre Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt zu fördern“.¹³ In einem anderen Land zu studieren, wenigstens für ein Semester, erhöhe die kulturellen Kompetenzen der Studierenden und erleichtere ihnen ihren Weg in die internationaler werdende (Arbeits-)Welt, so die Hoffnung.¹⁴ Der grenzüberschreitenden Mobilität der Studierenden wurde große Bedeutung beigemessen. Um sie zu steigern, galt es, die verschiedenen nationalen Hochschulsysteme im europäischen Raum einander anzunähern und vergleichbar zu machen. Die europaweite Einführung und damit Angleichung von gestuften Studiengängen galt hierfür als zentrales Mittel.



In den folgenden Jahren blieben die Sorbonne- und die Bologna-Erklärung Richtschnur des politischen und administrativen Prozesses beim Umbau der nationalen Hochschullandschaften. In der Konsequenz setzte sich das Modell von Bachelor- und Master-Studium (sofern es nicht schon zuvor in einigen europäischen Ländern Praxis war) auch in Deutschland durch. Laut einem Bericht des Statistischen Bundesamtes, bezogen auf das Wintersemester 2016/17, ist die Umstellung an den Fachhochschulen „sehr weit fortgeschritten: Hier befinden sich 97 % aller Studierenden in einem

11 *Sorbonne-Erklärung, S. 1.

12 *Bologna-Erklärung (Aufruf 21.02.2019). Genauer Titel: Der europäische Hochschulraum. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister. 19. Juni 1999 Bologna.

13 *Sorbonne-Erklärung, S. 2.

14 Teichler (2014): Hochschulsysteme, S. 103 und 116.

Bachelor- oder Masterstudium, während dies an den Universitäten und den Kunst- und Musikhochschulen 80 % sind.“¹⁵ Die HAW Hamburg begann bereits im Jahr 1999 als eine der ersten Hochschulen, schrittweise ihre Diplom- auf Bachelor- und Master-Studiengänge umzustellen. Im Wintersemester 2006/07 war dieser Prozess abgeschlossen.¹⁶

Die moderne Gesellschaft als „Wissensgesellschaft“

Zu den Konstanten in der Argumentation für ein umfangreiches und differenziertes Hochschulsystem gehört der Begriff der „Wissensgesellschaft“, der sich in den letzten beiden Jahrzehnten für die Beschreibung von modernen hochentwickelten Gesellschaften etabliert hat: Betont wird nun die besondere Rolle, die dem wissenschaftlich fundierten Wissen zukommt.¹⁷

In diesem Sinne beschreibt der Wissenschaftsrat unsere Gesellschaft als eine, „die ihre soziale Kohäsion und Wohlfahrt, ihren technisch-wirtschaftlichen Fortschritt und ihren kulturellen Reichtum in wachsendem Maße wissenschaftsbasierten Qualifikationen verdankt“.¹⁸ Ob bei Fragen des Bauens und der Architektur, der Ernährung, der Gesundheitspflege, ob in den herkömmlichen und sozialen Medien, bei der nachhaltigen Energieversorgung, ob in Fragen der Mobilität oder der biologischen Vielfalt – immer greifen wir zu ihrer Beantwortung bzw. Bewertung auf wissenschaftliches Wissen zurück. Dass, um dieser einfachen Alltagsbeobachtung zu folgen, für all diese Bereiche wissenschaftlich fundiert ausgebildete Fachkräfte vonnöten sind, um das gesamte System zu erhalten, liegt auf der

15 Statistisches Bundesamt (2018): Forschung und Entwicklung an Hochschulen, S. 15.

16 Geschäftsbericht 2006/2007, S. 28.

17 Szöllösi-Janze (2004): Wissensgesellschaft in Deutschland. Wissenschaft meint hier die Gesamtheit von Geistes-, Sozial-, Natur- und Technikwissenschaften, die eine gemeinsame Innovationskultur bilden. Siehe auch Hüther/Krücken (2016): Hochschulen, S. 46/47.

18 Wissenschaftsrat (2010): Rolle der Fachhochschulen, S. 18.

Hand.¹⁹ Und folgte nicht auch das über viele Jahre verwendete Motto der HAW Hamburg „Wissen fürs Leben“ diesem Konzept zur Beschreibung der modernen Gesellschaft?

Hochschulen managen – oder: Was tun, damit der Laden läuft?

Hochschulen sind in einer modernen Wissensgesellschaft von fundamentaler Bedeutung. Sie werden von dieser Gesellschaft allerdings immer mehr in die Pflicht genommen, Auskunft darüber zu geben, was sie tun und ob sie dies mit Erfolg tun.²⁰ Mittlerweile scheint es Konsens zu sein, dass Hochschulen nicht allein Forschung und Lehre betreiben, „*sondern auch Berufstätige weiterbilden, Berufe akademisieren, Wissens- und Technologietransfer leisten, als Innovationsinkubatoren wirken, die regionale Entwicklung vorantreiben etc.*“.²¹

Angesichts dieser Vielzahl von Aufgaben, seien sie von außen an die Hochschulen herangetragen oder seien sie selbst gesetzt, liegt es nahe, danach zu fragen, wie all dies bewältigt werden kann? Auf welche Art und Weise wirken staatliche Aufsichtsbehörde – in Hamburg die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung – und Hochschulleitung einerseits, Hochschulleitung und -angehörige, insbesondere die Professorenschaft, andererseits, an der Funktionsfähigkeit und der Erreichung von Zielen der Hochschule mit?

In den vergangenen Jahren ist an den deutschen Hochschulen zu beobachten, dass die staatlichen Aufsichtsbehörden eine Detailsteuerung (z.B. in der Verwendung und Rechenschaftspflicht der finanziellen Mittel, die ei-

19 Für Beispiele siehe Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2016): Forschung an Fachhochschulen. Siehe auch Wissenschaftsrat (2013): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems, S. 5.

20 Zu diesem Abschnitt vgl. Gläser/Lange (2007): Wissenschaft; Enders (2008): Hochschulreform als Organisationsreform; Hüther/Krücken (2016): Hochschulen; Wissenschaftsrat (2018): Hochschulgovernance.

21 Brockmeier (2017): Differenzierung im Hochschulsystem, S. 12.

ner Hochschule zur Verfügung gestellt werden) zurücknahmen zugunsten einer Außensteuerung: Man verständigte sich über „*generelle substanzielle Ziele*“.²² Dieser neue Arbeitsmodus zwischen Staat und Hochschule zeigte sich z.B. in der Einführung von Ziel- und Leistungsvereinbarungen.

Unter die Überschrift „*Steuerung aus der Distanz*“²³ gehörten auch die Übertragung des Berufsrechts an die Hochschulen sowie die Einsetzung von Hochschulräten, die bisher staatliche Aufsichtsfunktionen teilweise ausüben.²⁴ Alle diese Maßnahmen sollten der „*Stärkung der Hochschulautonomie*“ und „*Reform der innerhochschulischen Strukturen*“ dienen, wie es der Wissenschaftsrat mit Blick auf die Hamburger Hochschulgesetze der Jahre 2001 bis 2005 formulierte.²⁵

STEUERUNG

Damit Vereinbarungen zwischen Aufsichtsbehörde und Hochschule, wie oben beispielhaft beschrieben, überhaupt umgesetzt werden können, bedarf es innerhalb der Hochschulen einer deutlicher ausgeprägten Hierarchie.²⁶ Die Stärkung der Hochschulleitungen, wie sie in den letzten Jahren durch die entsprechenden Landeshochschulgesetze etabliert wurde, war aus dieser Sicht eine notwendige Folge.²⁷ Bemerkenswert ist für die Hamburger Verhältnisse, dass durch die Reform des Hamburgischen Hochschulgesetzes von 2014 die vormals dominante Stellung von Hochschul-

22 Enders (2008): Hochschulreform als Organisationsreform, S. 233.

23 So die Formulierung bei Hüther/Krücken (2016): Hochschulen, S. 60.

24 Ebenda.

25 Wissenschaftsrat (2016): Weiterentwicklung der MINT-Bereiche, S. 33. Rechtliche Grundlage: Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 i. d. F. vom 27. Mai 2003. In: HmbGVBl. 2003, S. 138 und Gesetz zur Fakultätenbildung an den Hamburger Hochschulen vom 4. Mai 2005. In: HmbGVBl. 2005, S. 491.

26 Enders (2008): Hochschulreform als Organisationsreform, S. 233/234.

27 Ebenda, S. 237.

leitung und Hochschulrat wieder ein Stück zurückgenommen wurde, um – wie es nun hieß –, „die Mitwirkungsrechte zu stärken“.²⁸ Ihre Rechte wurden teilweise auf die Hochschulsenate verlagert, z.B. wird der Präsident bzw. die Präsidentin seither vom Hochschulsenat gewählt und vom Hochschulrat bestätigt (vorher umgekehrt).

Bemerkenswert ist auch, dass neue Besoldungssysteme eingeführt wurden, die dem Gedanken von Konkurrenz und Wettbewerb folgen, um bessere Leistungen in Lehre (und Forschung) zu erzielen. Die Umstellung bei der Besoldung der Professorenschaft auf eine W-Besoldung, die sich aus Grundgehalt und Leistungszulagen zusammensetzt, ist dafür ein Beispiel.²⁹ Zum 1. Januar 2005 wurde dieses neue System an den Hamburger Hochschulen eingeführt.³⁰

Schließlich ein letzter Gesichtspunkt: Das Bemühen, mehr oder bessere Leistungen zu erbringen – sei es in der alltäglichen Arbeit einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers, sei es im Studienerfolg der Absolventinnen und Absolventen, sei es in der Reputation der Hochschule – führt zwangsläufig dazu, (neue) Instrumente der Leistungsmessung bzw. der Qualitätsüberprüfung an den Hochschulen einzuführen. So nimmt es nicht weiter wunder, dass die Akkreditierung von Studiengängen und die Evaluation verschiedenster Prozesse an Hochschulen vielfach selbstverständlich geworden sind.³¹

Zu all diesen Vorstellungen passte die deutsche Hochschule, wie sie bisher verstanden und geführt wurde, nicht besonders gut, denn sie bedeutete eben auch: Es bestand ein vielstimmiger Chor von unabhängigen, mehr oder weniger gleichberechtigten Akteuren – nämlich der zumeist verbe-

28 Wissenschaftsrat (2016): Weiterentwicklung der MINT-Bereiche, S. 33; Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 i. d. F. vom 8. Juli 2014. In: HmbGVBl. 2014, S. 269.

29 Hüther/Krücken (2016): Hochschulen, S. 149.

30 Für die HAW Hamburg siehe Geschäftsbericht 2004/2005, S. 32. Rechtliche Grundlage: Hamburgische Verordnung über Leistungsbezüge sowie Forschungs- und Lehrzulagen für Hochschulbedienstete (HmbHLeistBVO) vom 4. Januar 2005. In: HmbGVBl. 2005, S. 2.

31 Mittag/Daniel (2008): Qualitätsmanagement an Hochschulen.

amten Professorenschaft als Rückgrat der Institution Hochschule; es waren aufwändige und oftmals langwierige Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse der Selbstverwaltungsgremien nötig; der Ausgang dieser Entscheidungsprozesse war mit großen Unsicherheiten verbunden usw.³² Die Reformen der vergangenen Jahre folgten demgegenüber dem Modell des „New Public Management“ (NPM), das in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung bereits Einzug gehalten hatte. Mit der starken Betonung auf Wettbewerb und Hierarchie orientierte es sich seinerseits an der Organisation von Wirtschaftsunternehmen, insbesondere Dienstleistungsunternehmen.³³

Ob dieses Modell von moderner Verwaltung gerade im Bereich der Hochschulen umgesetzt werden kann, ja umgesetzt werden sollte, wird seit Jahren kontrovers diskutiert. Es besteht ein Spannungsverhältnis zwischen den legitimen Anforderungen von Gesellschaft und Staat an ihre Hochschulen einerseits – z.B. in der Forderung nach einer hohen Zahl erfolgreicher Absolventinnen und Absolventen – und der Eigenlogik der Hochschulen als lehrende, forschende, kreative, wissenschaftliche Institutionen mit hohem Freiheitsversprechen andererseits.³⁴ Es ist möglicherweise eine Quadratur des Kreises, wenn Managementstrukturen mit einer starken Betonung von Wettbewerb und Hierarchie auf eine Welt treffen, in der andere Regeln gelten. Zu den Problemen, die sich aus dem Zusammentreffen dieser beiden Welten ergeben können, gehört etwa, dass die Hochschulleitung gegenüber ihrer wichtigsten Personalgruppe, der Professorenschaft, weder ein starkes Druckmittel, wie die Entlassung, noch ein starkes Anreizmittel, wie eine gezielte Karriereförderung, in der Hand hat. Auch ist zu bedenken, dass die Identifikation der einzelnen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen häufig zuerst ihren eigenen Fachgemeinschaften gilt und erst in zweiter Linie ihrer jeweiligen Hochschule.

32 Hüther/Krücken (2016): Hochschulen, S. 58/59.

33 Ebenda, S. 58.

34 Siehe z.B. Wissenschaftsrat (2018): Hochschulgovernance, bes. S. 21; Hüther/Krücken (2016): Hochschulen, S. 147; Gläser/Lange (2007): Wissenschaft, S. 438-441.

Finanzierungsfragen

Die deutschen Hochschulen werden im Wesentlichen vom Staat finanziert. Ob diese Finanzierung als ausreichend oder als ungenügend zu betrachten ist, darüber gibt es – je nachdem, ob man auf der Geber- oder der Empfängerseite steht – sehr verschiedene Meinungen. So viel allerdings ist klar: Die Strukturreformen der jüngeren Vergangenheit begannen vor dem Hintergrund einer anhaltend starken Nachfrage nach Studienplätzen und einer angespannten Haushaltslage der öffentlichen Hand.³⁵ Bei der Beurteilung politischer und administrativer Anstrengungen, die Hochschulen in ihrer inneren Organisation effektiver und effizienter zu machen, muss dieses Spannungsverhältnis zwischen Nachfrage und Haushaltslage stets mitbedacht werden.

FINANZIERUNG



Eine bedeutsame Veränderung lag darin, dass die Bundesländer sukzessive für ihre Hochschulen die doppelte bzw. kaufmännische Buchführung einführten mit dem Ziel, nicht nur wie bisher die Zahlungsströme abzubilden, sondern den realen Ressourcenverbrauch einer Hochschule erfassen zu können.³⁶ Hamburg setzte dieses Verfahren durch eine Änderung des Hochschulgesetzes bis 2009 durch.³⁷

Außerdem führten die Länder im Zuge der NPM-Reformen sogenannte Globalbudgets für die Verwaltung der Grundfinanzierung ein, die den Hochschulen mehr Flexibilität in der Verwendung ihrer Mittel ermöglichen

³⁵ Kultusministerkonferenz (2008): Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 149.

³⁶ Hamschmidt/Krause (2013): Hochschulsteuerung, S. 1.

³⁷ § 109 Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 i. d. Fassung vom 26. Juni 2007. In: HmbGVBl. 2007, S. 192. Siehe auch Hamschmidt/Krause: Hochschulsteuerung, S. 10.

sollen.³⁸ Je nach Landesrecht konnten so Mittel für Personal auch in Sachmittel umgeschichtet werden und umgekehrt. Oder es durften Rücklagen gebildet werden, die die Hochschule in das neue Rechnungsjahr mitnehmen und nicht an die Behörde zurückzahlen musste.³⁹ Hinzu kam, dass die Grundfinanzierung nicht mehr wie früher dem Bedarf folgte, sondern hier wurden ebenfalls Elemente des Wettbewerbs und der Leistung eingeführt: Ein Beispiel ist die „leistungsorientierte Mittelvergabe“, wie sie in Hamburg praktiziert wird.⁴⁰

Hochschulpolitik ist Ländersache, jedoch gab und gibt es stets Formen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. So beteiligte sich der Bund bis zur Föderalismusreform von 2006 am Ausbau und Neubau von Hochschulbauten einschließlich Kliniken. Seit der Föderalismusreform war und ist vor allem der Artikel 91b des Grundgesetzes relevant. Demnach konnten Bund und Länder „in Fällen überregionaler Bedeutung zusammenwirken“, so bei der Forschungsförderung an Hochschulen und außerhalb. Die Zustimmung der Länder war hierfür erforderlich.⁴¹ Durch die neuerliche Fassung des Artikels 91b Grundgesetz wurde die Mitwirkung des Bundes noch allgemeiner gefasst, sie bezog sich insgesamt auf die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre. Für Vereinbarungen zu den Hochschulen war wiederum die Zustimmung der Länder vonnöten.⁴²

Ein Beispiel für das Zusammenwirken nach Art. 91b Grundgesetz sind die drei Teilabschnitte des „Hochschulpakts 2020“, die sich über die Jahre 2007 bis 2023 ausdehnen. Der Bund stellte hierfür erhebliche Summen zur Ver-

³⁸ Hüther/Krücken (2016): Hochschulen, S. 117. Einnahmen durch Drittmittel sind hier nicht gemeint.

³⁹ Ebenda. Dies war eine Abkehr von der bis dahin üblichen Haushaltsführung: Beantragung von Mitteln, detaillierter Nachweis der Verausgabung, Rückgabe nicht verbrauchter Mittel an den Geldgeber und evtl. Kürzung der Mittel im darauf folgenden Jahr. Eine bekannte Folge dieser Art der Haushaltsführung war das sogenannte „Dezemberfieber“.

⁴⁰ Siehe z.B. BWFG (2016): ZLV 2017/2018 mit der HAW Hamburg, S. 11.

⁴¹ Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006. In: BGBl. Teil I Nr. 41 vom 31.8.2006, S. 2036.

⁴² Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 91b) vom 23. Dezember 2014. In: BGBl. Teil I Nr. 64 vom 31.12.2014, S. 2438. Siehe auch *Bund-Länder-Kooperation (Aufruf 13.03.2019).

EXZELLENZ IN DER LEHRE UND COMPETENCE CENTER ZUR PROFILIERUNG IN DER FORSCHUNG

Fragen an den ehemaligen Präsidenten der
HAW Hamburg, Prof. Dr. Michael Stawicki.

Sie haben die HAW Hamburg zehn Jahre lang geleitet: Was für eine Bilanz ziehen Sie – in welchen Bereichen hat sich die Hochschule gut entwickelt, in welchen Bereichen nicht?

Zehn Jahre waren eine lange Zeit, da gibt es einiges zu nennen. Gut entwickelt hat sich die HAW Hamburg aus meiner Sicht bzgl. der Qualität der Lehre, bzgl. der Forschung, bzgl. der Internationalisierung und bzgl. ihrer Profilierung. Auch das Zentrum für Karriereplanung ist ein Gewinn für die Hochschule.

Qualität der Lehre: Durch eine beträchtliche Anstrengung der Departments hat die HAW Hamburg als erste Hamburger Hochschule ihr gesamtes Programm auf die in Bologna beschlossenen neuen Abschlüsse Bachelor und Master umgestellt und diese auch sämtlich akkreditieren lassen. Sie war erfolgreich im bundesweiten Wettbewerb „Exzellenz in der Lehre“, wo sie eine von zehn Universitäten und Fachhochschulen war, die für ihr Konzept jeweils ein Preisgeld von einer Million Euro erhalten haben. Sie hat mit diesem Geld zusätzlich zur schon länger existierenden hochschuldidaktischen Ausbildung für Lehrende, die wir für alle Neuberufenen verbindlich gemacht haben, ein Coaching für alle Neuberufenen aufgebaut. Und die Arbeitsstelle Studium und Didaktik (ASD) sorgt für die kontinuierliche Umsetzung und Weiterentwicklung dieser Programme.

Forschung: Trotz der hohen Lehrbelastung der Professorinnen und Professoren von 18 Semesterwochenstunden hat die Zahl der Forschungsprojekte und der dadurch eingeworbenen Drittmittel deutlich zugenommen. Hilfreich hierfür war sicherlich die Bündelung entsprechender Kompetenzen in den Forschungs- und Transferzentren und in den neu eingerichteten interdisziplinären Competence Center (Erneuerbare Ener-

gien und Energieeffizienz; Gesundheit; Neues Fliegen). Die Anzahl der von der HAW Hamburg aus betreuten (und an Universitäten im In- und Ausland durchgeführten) Promotionen hat deutlich zugenommen und zeugt von den vielfältigen Forschungsaktivitäten an der Hochschule.

Internationalisierung: Neben den schon immer zahlreich vorhandenen Kontakten zu ausländischen Hochschulen, u.a. im Rahmen des Erasmus-Programms, hat hier zuerst das Hochschulkonsortium UAS7 (bestehend aus den sieben Fachhochschulen in Köln, München, Münster, Osnabrück, Bremen, Berlin (Hochschule für Wirtschaft und Recht) und Hamburg) weitere Möglichkeiten eröffnet, denn es betreibt ein Kontaktbüro in New York und eines erst in Sao Paulo, heute in Sao Leopoldo. Hierdurch sind die Kooperation und der Austausch mit US-amerikanischen und brasilianischen Hochschulen deutlich intensiviert worden. Das seit 2011 existierende Consortium on Applied Research and Professional Education (CARPE) besteht derzeit aus der HU Utrecht, der Turku UAS, der Universität Politècnica de València, der Universität Debrecen und der HAW Hamburg und sorgt für europäische Lehr- und Forschungsprojekte und den Austausch von Lehrenden und Studierenden.

Profilierung: Durch die Gründung der Competence Center 2008/09 hat die HAW Hamburg ihr Profil in den Bereichen Flugzeugbau (CCNF), Gesundheit (CCG) und Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (CC4E) deutlich geschärft. Besonders eindrucksvoll ist dies beim CC4E zu sehen, das tatsächlich sein 2008 formuliertes Ziel, „Die HAW Hamburg soll führende Hochschule des Nordens für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (CC 4E) werden“, weitgehend erreicht hat.

Zentrum für Karriereplanung: Dieses Zentrum bündelt den CareerService, den GründungsService und die Alumni-Arbeit und sorgt für einen erfolgreichen Start der Absolventinnen und Absolventen ins Berufsleben und eine bessere Bindung von ihnen an die HAW Hamburg.

Auch die Verlagerung des dualen Studiengangs Public Management an die HAW Hamburg halte ich für eine gute Entwicklung, ebenso den Umzug der Departments Soziale Arbeit sowie Pflege und Management an den Campus Berliner Tor.

Und dann gibt es noch das tolle Fitness-Studio am Berliner Tor in dem ehemaligen Strömungskanal der Schiffbauer; die Einrichtung von Konfliktlotsen hat der Hochschule mit Sicherheit sehr geholfen (wenn ich meine damalige Situation vergleiche mit der Situation für andere Hochschulleitungen). Und die Erstsemesterbegrüßung im Thalia-Theater ist zu einer wunderbaren Gewohnheit geworden.

Nicht gut entwickelt hat sich die Hochschule im baulichen Bereich. Zwar sind die Renovierung der früheren Geburtsklinik Finkenau und der dort entstandene Neubau für die Fakultät Design, Medien und Information (DMI) sehr zu loben, aber die dringend nötigen Neubauten am Berliner Tor und in Bergedorf ließen und lassen auf sich warten. Auch ist – durch Zögern der Stadt – die Umsetzung des Energie-Einspar-Contracting viel zu spät erfolgt.

Ein weiteres Ärgernis ist das immer noch nicht für die exzellenten Bereiche der Hochschule gewährte eigenständige Promotionsrecht.

Und auch die Abgabe der drei „Bau-Fachbereiche“ (Architektur, Bauingenieurwesen und Geomatik) an die neugegründete HafenCity Universität im Jahre

2006 war ein Verlust für die Hochschule, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Dohnanyi-Kommission empfohlen hatte, alle diese Bereiche in Hamburg an der HAW Hamburg zu konzentrieren (und nicht eine neue Universität zu gründen). Auf diese Weise ist die HAW Hamburg die einzige große deutsche Fachhochschule, die im Bereich Architektur/Bauen keinerlei Studienangebote hat.

Was betrachten Sie als den wichtigsten Erfolg Ihrer Amtszeit? Was hätten Sie der Hochschule lieber erspart?

Sehr wichtig aus meiner Sicht waren (mindestens) zwei Bereiche:

Zum einen die Stärkung der Qualität der Lehre und des Bewusstseins dafür, wie wichtig dies ist (schnelle Umsetzung der Bologna-Reform, obligatorische Hochschuldidaktik-Ausbildung für Neuberufene, Gewinn (1 Mio. Euro) beim Exzellenzwettbewerb Lehre, Coaching-Angebot für Lehrende, flächendeckende Evaluation der Lehrveranstaltungen und Feedbackgespräche).

Zum zweiten die Profilierung der Hochschule und die Stärkung der Forschung durch die Gründung der Competence Center (Erneuerbare Energien und Energieeffizienz CC4E; Gesundheit – CCG; Neues Fliegen – CCNF).

Lieber erspart hätte ich der Hochschule all das, was (s.o.) sich nicht gut entwickelt hat.

In der Hochschulpolitik der letzten zwanzig Jahre spielten Stichworte wie „mehr Wettbewerb“, und „mehr Leistung“, „mehr Effizienz“ und „mehr Hierarchie“ an der Hochschule eine große Rolle – man orientierte sich an Konzepten aus der Wirt-

schaft, wie Unternehmen zu führen seien. Sind solche Ideen – aus Ihrer Erfahrung heraus – gut auf die Hochschulen und ihre Leitung zu übertragen? Wo entstehen möglicherweise Probleme?

Aus meiner Sicht waren einige dieser Ideen hilfreich für die Weiterentwicklung des deutschen Hochschulsystems und auch der HAW Hamburg. Im einzelnen:

Mehr Wettbewerb: Es gab ja vorher überhaupt keinen Wettbewerb, insofern war das ein Stichwort, das überhaupt erst Bewegung ins Hochschulsystem gebracht hat. Und mal auf die „Wettbewerber“ zu schauen, was die anders (und vielleicht besser) machen, hat sicherlich geholfen.

Mehr Leistung: Es ist ja nicht wirklich klar, wie man die Leistung einer Hochschule messen sollte. Aber schon das Nachdenken über mögliche Parameter war hilfreich; dadurch nahm man etwa die – teilweise erschreckend hohen – Schwundquoten in einigen Studiengängen genauer in den Blick und dachte über Verbesserungen nach. Und eine Hochschule für Angewandte Wissenschaften, die (für ihre exzellenten Bereiche) ein eigenständiges Promotionsrecht reklamiert, ist sicherlich gut beraten, auf Publikationen und Drittmitteleinnahmen zu schauen.

Mehr Effizienz: „Verschwendung“ von Ressourcen ist niemals gut, aber das ist eine Kategorie, bei der sicherlich Vorsicht angebracht war (und ist), denn die Grenze von „effizient“ zu „zu viel, zu schnell, nicht mehr gut“ ist schnell überschritten.

Mehr Hierarchie: Das ist ja nicht mal in der Wirtschaft noch ein Motto; im Gegenteil: die Rede von „flachen Hierarchien“ ist ja inzwischen sprichwörtlich. Was aber an Hochschulen immer wieder eine Herausforderung ist: dass die Menschen in der Hochschulleitung verantwortlich für die Entwicklung der Hoch-

schule sind, aber bezüglich mancher Themen nicht oder nicht allein entscheiden können. Hier brauchte es manchmal Geschick, Geduld und Überzeugungskraft. Während meiner Präsidentschaft war dies allerdings so gut wie kein Problem.

Und schließlich muss man sich immer klar machen, dass Hochschulen keine Unternehmen sind und Absolventinnen und Absolventen und Forschungsergebnisse keine Produkte.

Wenn Sie sich für einen Moment vorstellen, Sie hätten ohne Rücksicht auf finanzielle und andere Sachzwänge für die HAW Hamburg planen können: Wofür hätten Sie am liebsten Geld ausgegeben? Wofür hätte man am dringendsten Geld ausgeben sollen/müssen?

Für einen akademischen Mittelbau, für ein geringeres Lehrdeputat der Professorinnen und Professoren, für Neubauten am Berliner Tor und in Bergedorf, für eine Sanierung in der Armgartstraße.

Noch eine Anmerkung zur finanziellen Situation: Wir hatten gleichzeitig zu wenig und sehr viel Geld. Denn strukturell war die Hochschule unterfinanziert, und dies hat sich durch die zu geringen Zuwächse von nur 0,88 Prozent pro Jahr ab 2011 noch verstärkt. Andererseits gab es durch die Einführung der Studiengebühren 2007 schöne Spielräume, die auch nach deren Abschaffung weitgehend erhalten blieben. Und die drei Hochschulpakte (seit 2007) haben uns weitere Spielräume eröffnet, wofür die Hochschule allerdings sehr viel leisten musste (viel mehr Studienplätze, neue Studiengänge).

Angesichts der Vielfalt von Aufgaben, die die Hochschule heute hat, stellt sich mir die Frage, wie das

alles zu schaffen ist. Besteht die Gefahr der Überforderung für die Hochschule als Institution?

Diese Gefahr besteht sehr deutlich. Da aber andererseits diese Aufgaben sinnvoll (und teilweise notwendig) sind, müssen meiner Meinung nach die Randbedingungen angepasst werden (und zwar sowohl im akademischen wie im Verwaltungsbereich). Die Hochschulen brauchen eine dauerhafte Finanzierung von Querschnittsaufgaben wie etwa dem Qualitätsmanagement; eine Absenkung des Lehrdeputats der Professorinnen und Professoren ist nötig und die Schaffung der Möglichkeit, Aktivitäten etwa im Bereich der Digitalisierung auf das Deputat anzurechnen; in gewissem Umfang ist ein (projektunabhängiger) akademischer Mittelbau einzurichten.

Die Fragen stellte Dr. Sigrid Schambach

fügung. Dabei war es vorrangiges Ziel, die zeitweise erhöhte Zahl der Studienanfänger (doppelte Abiturjahrgänge infolge der Umstellung der Schulen von G9 auf G8) abzufedern. Aus Sicht des Wissenschaftsrates bot sich damit auch die Chance, seine Forderung „nach einem funktionsadäquaten Ausbau des Fachhochschulsektors wieder aufzugreifen, indem die dort geschaffenen Studienplatzkapazitäten dauerhaft gesichert werden.“⁴³ Über die gesamte Laufzeit des Hochschulpaktes von 2007 bis 2023 beträgt die voraussichtliche Leistung des Bundes 20,2 Mrd. Euro, die der Länder 18,3 Mrd. Euro.⁴⁴ Ob diese Summen als ausreichend oder als zu gering betrachtet werden – auch darüber werden unterschiedliche Akteure unterschiedliche Meinungen haben. Es ist hier nicht der Ort, dies zu beurteilen, sondern nur, darüber zu berichten.

Von besonderem Interesse sind schließlich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE). Auf diesem Feld gibt es zwischen Universitäten und Fachhochschulen, wie nicht anders zu erwarten, große Unterschiede. Dies mag ein Beispiel aus dem Jahr 2015 illustrieren: Die Universitäten (inklusive Pädagogische und Theologische Hochschulen, aber ohne medizinische Einrichtungen) gaben für FuE rund 10,6 Milliarden Euro aus, die Fachhochschulen 0,8 Milliarden Euro. Von diesem Geld hatten die Universitäten zuvor rund 48 Prozent durch Drittmittel eingeworben, die Fachhochschulen sogar 68 Prozent. Für die Finanzierung von Forschungsvorhaben spielt die Einwerbung von Drittmitteln besonders an den Fachhochschulen eine immer größere Rolle.⁴⁵

43 Wissenschaftsrat (2010): Differenzierung der Hochschulen, S. 16.

44 *Hochschulpakt (Aufruf 14.03.2019).

45 Statistisches Bundesamt (2018): Forschung und Entwicklung an Hochschulen, S. 18-19.

DIE HAW HAMBURG SEIT DER JAHRTAUSENDWENDE

Die Hochschule als Organisation

Wie das deutsche Hochschulwesen insgesamt, so erlebte auch die HAW Hamburg einen deutlichen Anstieg der Studierendenzahlen: 2005 studierten hier rund 12.000 junge Erwachsene.⁴⁶ Zehn Jahre später, 2015, waren es – trotz Abtretung der Baufachbereiche in der City Nord an die neugegründete HafenCity Universität – rund 16.800, was einem jährlichen Zuwachs von etwa vier Prozent entspricht.⁴⁷ Für das Wintersemester 2019/20 gibt die Hochschule die Zahl von rund 17.000 Studierenden an.⁴⁸ Ob dieser Trend für die kommenden Jahre weiter besteht, kann nicht genau gesagt werden. Immerhin gibt es Anhaltspunkte über die Zahl der zu erwartenden bzw. aufzunehmenden Studienanfänger bzw. -anfängerinnen: Ausgehend von einer Planzahl für 2018 (4.250 Personen) erwartet die aktuelle Ziel- und Leistungsvereinbarung 2019/2020 eine jährliche Zunahme um 50 Personen (etwa ein Prozent jährlich); hochgerechnet für das Jahr 2022 wären das 4.450 Studienanfängerinnen und Studienanfänger.⁴⁹

UMBAU DER INNEREN ORGANISATION

Vom 1. Juni 2004 bis zum 28. Februar 2014 stand Michael Stawicki als Präsident an der Spitze der Hochschule.⁵⁰ Es war eine Zeit umfassender und weitreichender Strukturveränderungen. Die seit den 1990er Jahren bestehenden 14 Fachbereiche wurden Schritt für Schritt in fünf große Fakultäten

46 Geschäftsbericht 2004/2005, S. 56. Angaben ohne den Bereich Bauen. Die Zahl der Ausländischen Studierenden (AS) setzt sich zusammen aus Bildungsinländern (BI) und Bildungsausländern (BA).

47 Geschäftsbericht 2014/2015, S. 74 und 77.

48 Geschäftsstatistik C1 vom 17.12.2019.

49 BWFG (2018): ZLV2019/2020, Tabelle 2, S. 12.

50 Geschäftsbericht 2012/2013, S. 15, Vorwort.

mit insgesamt 18 Departments zusammengefasst. Seit dem 1. März 2005 gliederte sich die HAW Hamburg in die fünf Fakultäten Design, Medien und Information (DMI); Life Sciences (LS); Soziale Arbeit und Pflege (S&P); Technik und Informatik (TI); Wirtschaft und Public Management (WPM). Die beiden Fakultäten S&P sowie WPM bildeten seit dem 1. September 2007 die neue Fakultät Wirtschaft und Soziales (W&S).⁵¹



Auf der Grundlage des Hamburger Hochschulgesetzes von 2005 wurden auch die Leitungsstrukturen neu geordnet: Den Fakultäten standen nun hauptamtliche, gewählte Dekaninnen und Dekane vor. Ihre Aufgabe bestand im Wesentlichen in der operativen Steuerung, während die strategische Gesamtsteuerung der Hochschule dem Präsidenten bzw. der Präsidentin oblag.⁵² Die Idee, dass die Leitung der Hochschule in ihren Kompetenzen gestärkt werden solle, um – wie im vorigen Kapitel beschrieben – vereinbarte oder selbst gewählte Ziele besser erreichen zu können, findet sich auch hier wieder.

Im Laufe des Jahres 2005 erarbeiteten Präsidium, Hochschulrat und Hochschulsenat für die HAW Hamburg einen Struktur- und Entwicklungsplan (SEP), mit dem die Hochschule ihre mittel- und langfristigen strategischen Ziele festlegte und der im April 2006 verabschiedet wurde.⁵³ Damit setzte sie eine hochschulpolitische Tradition fort, die 1993 mit dem ersten von einer Hamburger Hochschule vorgelegten Struktur- und Entwicklungsplan begonnen hatte. Dem Bericht von 2006 folgten bisher zwei weitere, ein

51 Geschäftsbericht 2004/2005, S. 18; Geschäftsbericht 2006/2007, S. 22. Gesetzliche Grundlage: Hamburgisches Hochschulgesetz i. d. F. vom 4. Mai 2005. In: HmbGVBl. 2005, S. 171.

52 Ebenda, bes. §§ 89 und 90; Geschäftsbericht 2004/2005, S. 18.

53 Gesetzliche Grundlage: Hamburgisches Hochschulgesetz i. d. F. vom 27. Mai 2003. In: HmbGVBl. 2003, S. 138; Geschäftsbericht 2006/2007, S. 20.

vierter für die Jahre 2021 bis 2025 ist in Vorbereitung. Für die Hochschule bedeutet der Struktur- und Entwicklungsplan Aktion und Reaktion zugleich: Sie reagiert auf wichtige gesellschaftliche Entwicklungen und „übersetzt“ diese in ihre Arbeit.

Ein Beispiel hierfür ist der digitale Wandel, auf den die Hochschule als Bildungs- und Forschungseinrichtung reagieren muss – und auf den sie umgekehrt aktiv gestaltend einwirken will: indem sie Themen der Digitalisierung in Forschung und Lehre aufgreift, indem sie ihre Studierenden für eine digitalisierte Lebens- und Arbeitswelt bildet, indem sie eigene Impulse für den digitalen Wandel an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik weitergibt und nicht zuletzt, indem sie ihre eigene Organisation darauf einstellt.

Die HAW Hamburg misst der Digitalisierung für die Zukunft eine herausgehobene Bedeutung bei. Sie hat darum als erste Hochschule Hamburgs für den Zeitraum bis 2025 eine eigene Digitalisierungsstrategie entwickelt und für die Umsetzung eigens das Amt einer Vizepräsidentin für Digitalisierung geschaffen.⁵⁴ Diese wird unterstützt durch einen Digitalisierungsbeirat. Nimmt das Thema Digitalisierung bereits im laufenden SEP breiten Raum ein, so wird dieser im künftigen SEP sicherlich noch größer werden.⁵⁵

01010110010 DIGITALISIERUNG 1011011

An der HAW Hamburg hat sich für die Erarbeitung des SEP als wichtiger strategischer Richtschnur ein Verfahren etabliert, in dem das Präsidium zunächst Vorschläge für die Struktur- und Entwicklungsplanung aufstellt und sie dann in einem mehr oder weniger umfangreichen Beteiligungsprozess diskutiert. So sind an der Diskussion um den aktuellen Entwurf die Dekaninnen und Dekane, die Leiterinnen bzw. Leiter der Departments, Mit-

54 HAW Hamburg (2019): Digitalisierungsstrategie, S. 7.

55 Schriftliche Auskunft A. Gottschall, Stabsstelle Planung und Strategie, vom 9.8.2019.

glieder von Hochschulrat und -senat, Mitglieder von Beiräten und Beschäftigte mit spezieller Expertise beteiligt. Hochschulsenat und Hochschulrat beschließen am Ende, nach einer Vorbereitungsphase von eineinhalb bis zwei Jahren, den SEP einvernehmlich.⁵⁶ Die Umsetzung wird in gemeinsamen Klausursitzungen jeweils geprüft und veränderten Rahmenbedingungen angepasst.

In die Phase der inneren Neustrukturierung fiel der Abschied von Fächern und Fachbereichen, die bis dahin für lange Zeit zum fachlichen Profil der HAW Hamburg gehört hatten. Zunächst fand die schiffahrtsbezogene Ausbildung, die in Hamburg eine mehr als 250-jährige Tradition besaß, ihr Ende.⁵⁷ Der zweite Abschied betraf die Fachbereiche Architektur, Bauingenieurwesen und Geomatik an der HAW Hamburg. Mit der Gründung der HafenCity Universität am 1. Januar 2006 wurden diese wie auch die baubezogenen Fächer der HfBK und der TUHH hier zusammengeführt.⁵⁸

Auch von Umzügen, Sanierungen und Neubauplänen muss schließlich die Rede sein. Im Jahr 2010 zogen die bis dahin auf drei Standorte verteilten Departments Design, Medien und Information der gleichnamigen Fakultät gemeinsam zum neuen Standort Finkenau um.⁵⁹ Im September 2012 begannen auf dem Gelände der ehemaligen Frauenklinik die Arbeiten für einen ergänzenden Neubau, der im Frühjahr 2015 eingeweiht wurde. Seitdem dient er als Bibliotheks- und Medienzentrum, beherbergt Studios, eine Cafeteria und Mensa und komplettiert damit den Campus der Fakultät DMI.⁶⁰

56 Schriftliche Auskunft A. Gottschall, Stabsstelle Planung und Strategie, vom 9.8.2019. Bei Uneinigkeit zwischen Hochschulrat und -senat kann die zuständige Behörde, also die BWFG, angerufen werden.

57 ISSUS (1999): 250 Jahre Seefahrt Ausbildung in Hamburg 1749 - 1999. Siehe auch Geschäftsbericht 2004/2005, S. 28, 30 und 41. Zur schiffsbezogenen Ausbildung gehörten das Institut für Schiffsbetrieb, Seeverkehr und Simulation (ISSUS) mit seinem Gebäude an den Rainville-Terrassen in Hamburg-Altona, außerdem der Schiffbau im Fachbereich Fahrzeugtechnik und der Fachbereich Schiffsbetriebstechnik, alle Fakultät TI.

58 Gesetz über die HafenCity Universität Hamburg vom 14. Dezember 2005. In: HmbGVBl 2005, S. 491. Siehe Geschäftsbericht 2004/2005, S. 20.

59 Geschäftsbericht 2010/2011, S. 10.

60 Geschäftsbericht 2012/2013, S. 63; *Mediencampus Finkenau (Aufruf 20.04.2019).

Ein großer Gewinn für die HAW Hamburg wurde die Schaffung des Lohmühlenparks, der im Frühsommer 2018 eröffnet wurde.⁶¹ Er verbindet die Gebäude am Berliner Tor mit dem Studierendenzentrum an der Stiftstraße und der Fakultät W&S an der Alexanderstraße und setzt ein weiteres Zeichen dafür, dass das Gebäudeensemble am Berliner Tor zu einem richtigen Campus zusammenwächst. Bereits 2010 hatte das Department Soziale Arbeit den früheren Standort Saarlandstraße verlassen und war in die Alexanderstraße 1 umgezogen.⁶² Sanierungen und Neubau von in die Jahre gekommenen Gebäuden wie z.B. dem „Elektrohochhaus“ am Berliner Tor gehören ebenso zu diesem langfristig angelegten Umbau.⁶³

NEUE AUFGABEN, NEUE SELBSTENTWÜRFE

Der Struktur- und Entwicklungsplan für die Jahre 2006 bis 2010 formulierte strategische Ziele *„bei den Themenfeldern Studium und Lehre, Forschung, Weiterbildung, Internationalisierung, Studienplätze, Organisationsentwicklung und Wissensmanagement, Verwaltung, Finanzierung sowie in den Querschnittsbereichen Personalentwicklung, Gender Mainstreaming, Qualitätsmanagement, Nachhaltigkeit, Kommunikation und Marketing, Behinderten- und Gesundheitsförderung.“*⁶⁴ Im aktuellen SEP für die Jahre 2016 bis 2020, verabschiedet unter der Ägide des Geschäftsführenden Präsidenten Claus-Dieter Wacker, finden sich im Wesentlichen dieselben Arbeitsbereiche wieder. Doch es ergaben sich thematische Erweiterungen, z.B. beim Thema Gender Mainstreaming. Das neue Präsidium unter Micha Teuscher, der am 2. Mai 2017 sein Amt antrat, setzte zusätzliche Schwerpunkte: so vor allem das schon genannte Thema Digitalisierung, lebenslange Weiterbildung und die „Third Mission“, d.h. die besondere Verpflichtung der HAW Hamburg, als „Akteurin in Region und Gesellschaft“ präsent zu sein.⁶⁵

61 *Lohmühlenpark (Aufruf 19.08.2019).

62 <https://www.haw-hamburg.de/ws-soa/unser-department/geschichte.html> (Aufruf 23.08.2019)

63 Jahresbericht 2017/18, S. 20-21.

64 Geschäftsbericht 2004/2005, S. 18.

65 HAW Hamburg (2016): SEP 2016-2020, S. 2 und 64.

Diese Aufzählungen veranschaulichen auch, wie umfangreich die „Organisation Hochschule“ geworden ist. Sie ist längst nicht mehr „nur“ der Ort, an dem die Ausbildung der Studierenden von der Professorenschaft, dem wissenschaftlichen, technischen und dem Verwaltungspersonal bestmöglich organisiert wird. Sondern sie ist auch zu einem Arbeitsplatz geworden für eine Vielzahl von akademisch ausgebildeten „wissenschaftsunterstützenden“ Fachkräften, die die gestiegenen Erwartungen an die Hochschule und ihren erweiterten Aufgabenkreis bewältigen sollen.⁶⁶

SELBSTENTWURF

Die Veränderung ist besonders gut daran abzulesen, dass das Personal für den Bereich „Zentrale Hochschulverwaltung“ über einen längeren Zeitraum kontinuierlich zugenommen hat: Im Jahr 2003 waren es noch rund 124 Vollzeitstellen beim technischen und Verwaltungspersonal.⁶⁷ Der Jahresbericht 2017/18 weist für die Hochschulverwaltung 207 Personen in Technik und Verwaltung und zehn Personen als wissenschaftliche Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen aus. Zusätzlich wird Personal für besondere Betriebseinheiten, z.B. EQA oder die Competence Center, angegeben (292 in Technik und Verwaltung, 44 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).⁶⁸ Dabei handelt es sich um Vollzeit- und Teilzeitstellen.

Im Rahmen dieser Übersichtsdarstellung ist es nicht möglich, auf alle oben genannten Themenfelder einzugehen. Um zu zeigen, wie hoch die Erwartungen und wie umfangreich die Aufgaben sind, die die Hochschule

⁶⁶ Mittlerweile widmet sich die Hochschulforschung diesem Personenkreis. Siehe z.B. Banscherus et al. (2017): Wandel der Arbeit in wissenschaftsunterstützenden Bereichen an Hochschulen.

⁶⁷ Geschäftsbericht 2004/2005, S. 47; rund 130 Vollzeitstellen 2007 lt. Geschäftsbericht 2006/2007, S. 54; rund 144 Vollzeitstellen 2012 und 189 im Jahr 2015 lt. Geschäftsbericht 2014/2015, S. 81.

⁶⁸ Jahresbericht 2017/18, S. 26 und Geschäftsstatistik SuP Wintersemester 2017/2018.

zu meistern hat, soll beispielhaft das Querschnittsthema Geschlechtergerechtigkeit betrachtet werden.

Am Beginn dieser Entwicklung stand hochschulpolitisch die gezielte Förderung von qualifizierten Frauen, z.B. durch Frauenförderprofessuren oder durch Coaching von Professorinnen – alle diese Wege beschritt die HAW Hamburg seit vielen Jahren.⁶⁹ Die akademische und öffentliche Diskussion ging weiter: Sie betrachtete nicht allein die Situation von Frauen, sondern nahm das Verhältnis der Geschlechter in den Blick: Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit waren die neuen richtungsweisenden Begriffe. Dabei meint Geschlechtergerechtigkeit, *„bei allen gesellschaftlichen und politischen Vorhaben die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern grundsätzlich und systematisch zu berücksichtigen.“*⁷⁰ Diese besondere Perspektive gilt auch im „Mikrokosmos“ Hochschule und ist durch das Hamburgische Hochschulgesetz rechtlich bindend.⁷¹ Mit Vortragsreihen, Podiumsdiskussionen, Veröffentlichungen etc. und nicht zuletzt einer eigenen Rubrik in den regelmäßig erscheinenden Geschäftsberichten gab und gibt die Hochschule diesem Themenkreis mehr Aufmerksamkeit.⁷²

Im Zusammenhang mit dem Thema Geschlechtergerechtigkeit werden „typisch männlich“ und „typisch weiblich“ apostrophierte Rollenzuweisungen seit geraumer Zeit stark in Frage gestellt. Damit verbunden ist die Erwartung, dass junge Erwachsene jenseits festgelegter Zuschreibungen in größerer Freiheit und Offenheit ihren künftigen Beruf wählen. Dieser Erwartung

⁶⁹ Geschäftsbericht 2004/2005, S. 38-39. Siehe auch HAW Hamburg (Hg.) (2008): Berufung: Professorin. Porträts eines Erfolgs; Geschäftsbericht 2006/2007, S. 44. 2005 betrug dieser rund 17 Prozent an der *Professorenschaft*, zwei Jahre später 19,4 Prozent. Der Anteil der Professorinnen an den *Vollzeitstellen* betrug 2008 23 Prozent, im WS 12/13 25 Prozent. Siehe Geschäftsbericht 2012/2013, S. 53; Geschäftsbericht 2014/2015, S. 60; Geschäftsbericht 2008/2009, S. 44.

⁷⁰ *Geschlechtergerechtigkeit (Aufruf 05.04.2019). Der deutsche Begriff Geschlechtergerechtigkeit ist demzufolge die beste Übersetzung für den international gebräuchlichen Begriff Gender Mainstreaming.

⁷¹ Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 i. d. F. vom 8. Juli 2014, § 3, Abs. 4 und 5. In: HmbGVBl. 2014, S. 263.

⁷² Siehe dazu die Geschäftsberichte der Jahre 2004 bis 2015.

stehen jedoch harte Zahlen gegenüber: Ein Studium in den Bereichen Mode, Bildung und Erziehung, Gesundheitswesen oder Ernährung wird zu mehr als drei Vierteln von jungen Frauen gewählt; ein Studium der Angewandten Informatik oder der klassischen Ingenieurbereiche, wie z.B. Maschinenbau oder Energie- und Anlagenbau, wird dagegen von weniger als zehn Prozent Frauen gewählt.⁷³

In jüngerer Zeit hat sich die Diskussion weit über die das Thema Geschlechtergerechtigkeit hinaus geöffnet. Erwünscht sind Sensibilität für alle Formen von Benachteiligung einerseits und eine positive Haltung zur Vielfalt der Studierenden andererseits.⁷⁴ Diese zeigt sich etwa in der Unterschiedlichkeit der Herkunft, des Geschlechts, der Religion und der ökonomischen Lebensverhältnisse oder auch dem Wunsch nach einem Vollzeit- oder Teilzeitstudium. Um Aspekte dieser Vielfalt – der englische Begriff Diversity hat sich hierfür etabliert – besser und kontinuierlich im eigenen Organisationsprozess zu berücksichtigen, hat die HAW Hamburg in einem mehrstufigen Verfahren ein Leitbild erarbeitet, die Diversity Vision, die sich an Werten der Chancengerechtigkeit, Antidiskriminierung und Wertschätzung orientiert. In ähnlichem Duktus verpflichtet sich die Hochschule in ihrem aktuellen Struktur- und Entwicklungsplan darauf, „*vielfältig, international, geschlechtergerecht, familienfreundlich, inklusiv und diskriminierungsfrei zu agieren*“.⁷⁵

Stellt die Hochschule an den hochschulischen Alltag damit besonders hohe Anforderungen? Entstehen möglicherweise neue Wertkonflikte, zum Beispiel zwischen größtmöglicher Integration verschiedenster Meinungen, Vorstellungen einerseits und Abgrenzung von unerwünschten Vorstellungen oder Meinungen andererseits? Oder umschreiben die genannten Werte auf moderne Weise nicht auch klassische Anforderungen an einen zivilisierten, mitmenschlichen Umgang miteinander, an die man sich jeden Tag erinnern sollte?

73 Geschäftsbericht 2012/2013, S. 53.

74 Siehe Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 i. d. F. vom 8. Juli 2014, § 3, Abs. 4 bis 10. In: HmbGVBl. 2014, S. 263-264.

75 Jahresbericht 2017/2018, S. 10; HAW Hamburg (2016): SEP 2016-2020, S. 45.

Lehre und Forschung

KOMPETENZORIENTIERUNG IN DER LEHRE

In den letzten Jahren trat das Thema „Lehre“ wieder mehr in den Fokus bundesweiter bildungs- und hochschulpolitischer Diskussionen.⁷⁶ Der Blick auf Lehre und Lernen an Hochschulen veränderte sich stark. Mittlerweile ist von einem Paradigmenwechsel die Rede, einer „*Neugestaltung der Lehre mit dem Fokus auf den Lernprozessen der Studierenden und deren Kompetenzen*“.⁷⁷ Es handelt sich, vereinfacht gesagt, um eine zweifache Umkehr der Blickrichtung: Erstens geht es darum, zu überlegen, was am Ende eines Lernprozesses als Ziel herauskommen soll, und nicht mehr darum, am Beginn festzulegen, welcher „Vorrat“ an Wissen unbedingt gelehrt werden sollte. Zweitens soll hochschulische Lehre noch mehr als bisher von den Lernenden her konzipiert werden, ihre Vorkenntnisse, ihre Motivationen, ihre persönliche Disposition mit bedenkend. Kompetenzorientiertes Lehren und Lernen kommt gleichwohl nicht am systematischen Aufbau von Wissen vorbei. Die Kompetenz der Studierenden, eine bestimmte Aufgabe zu lösen, wird aber vor allem dann besonders gut erworben, wenn das erlernte Wissen anwendungsbezogen, im konkreten Handeln unter Beweis gestellt werden muss.⁷⁸

Für den Studienerfolg sind demnach die Studierenden, die „*mehr Verantwortung für ihre eigenen Lernprozesse übernehmen*“ müssen, ebenso verantwortlich wie diejenigen, die sie unterrichten.⁷⁹ Die Hochschule als Institution steht in der Pflicht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, „*um die Studierenden beim Erreichen der Lehr-/Lernziele zu unterstützen*“.⁸⁰ Da Anwendungs- und

76 Siehe Wissenschaftsrat (2017): Strategien für die Hochschullehre.

77 Ebenda, S. 9.

78 Einen einfachen und gut lesbaren Einstieg in das Thema *Kompetenzorientierung – wenn auch mit Bezug zum gymnasialen Lehren und Lernen – bietet die Website des Physikdidaktikers Josef Leisen: <http://www.lehr-lern-modell.de/kompetenzorientierung> (Aufruf 22.08.2019); weiterführend Schaper, Niclas: Fachgutachten zur Kompetenzorientierung in Studium und Lehre.

79 Bessenrodt-Weberpals (2016): Lehre lotsen. Vorwort, S. 7.

80 Wissenschaftsrat (2017): Strategien für die Hochschullehre, S. 16.

Praxisbezogenheit seit jeher gewissermaßen in der „DNA“ der HAW Hamburg liegen, erscheint Kompetenzorientierung hier gerade nicht als völlige Abkehr von traditionellen Formen des Lehrens und Lernens, sondern kann durchaus als Anlehnung und Weiterentwicklung verstanden werden.

LEHRE + FORSCHUNG



Das vermehrte hochschulpolitische Interesse an der Lehre zeitigte mehrere bundesweite Wettbewerbe, an denen sich die HAW Hamburg mit Erfolg beteiligte, so 2009 mit ihrem Konzept „Lehre lernen“ zum Coaching von Lehrenden. Beim „Qualitätspakt Lehre“⁸¹ konnte die HAW Hamburg mit dem Projekt „Lehre lotsen. Dialogorientierte Qualitätsentwicklung in Studium und Lehre“ eine Fördersumme von insgesamt 11,6 Millionen Euro, verteilt über den Zeitraum von 2011 bis 2020, erzielen.⁸² Unter dem Dach des hochschulweiten Projektes „Lehre lotsen“ begannen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von acht Teilprojekten, *„Maßnahmen zur Optimierung der Studienbedingungen, zur Verbesserung der personellen Situation in betroffenen Laboren einzelner Departments sowie zur internen Weiterbildung zu erarbeiten“*.⁸³ Dazu gehört etwa die Arbeit von Qualitätsmanagerinnen und Qualitätsmanagern an den vier Fakultäten, die zwischen der zentralen Betriebseinheit EQA (Evaluation, Qualitätsmanagement, Akkreditierung)⁸⁴ und den Fakultäten konkrete Verbesserungsmaßnahmen abstimmen.⁸⁵

81 *Qualitätspakt Lehre (Aufruf 01.04.2019). Dafür stellte der Bund für die Jahre von 2011 bis 2020 insgesamt zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Mehr als drei Viertel aller staatlichen Hochschulen wurden gefördert.

82 Geschäftsbericht 2010/2011, S. 25; Bessenrodt-Weberpals et al. (2016): Lehre lotsen, S. 11.

83 Ebenda, S. 12.

84 Siehe unten S. xx.

85 Bessenrodt-Weberpals et al. (2016): Lehre lotsen, S. 13.

Bei genauerer Betrachtung hat der Blick auf „gute Lehre“ eine lange Tradition an der HAW Hamburg. Denn schon seit 1995 existiert die Arbeitsstelle Studium und Didaktik. Deren Aufgabe ist es, Einzelpersonen, Fakultäten und das Präsidium bei hochschuldidaktischen Fragen zu unterstützen, z.B. durch die Veranstaltung von entsprechenden Workshops für neuberufene Professorinnen und Professoren.⁸⁶ Für die Jahre 2016 bis 2020 ist es gelungen, mit Mitteln aus dem Qualitätspakt Lehre II fünf Stellen zu finanzieren, die das Team erweitern.⁸⁷

Im Jahr 2016 stellte der Wissenschaftsrat der Lehre an der HAW Hamburg ein eindrucksvolles Zeugnis aus und begründete sein Urteil mit den praxisnahen Lehrveranstaltungen, der guten Betreuung der Studierenden sowie einem *„überzeugenden Konzept zur Qualitätssicherung der Lehre“*.⁸⁸ Auch hob er innovative Lehrkonzepte hervor. Als Beispiel für ein solches innovatives Konzept mag das 2011 gegründete Hamburg Centre of Aviation Training (HCAT) dienen. Durch eine Kooperation der HAW Hamburg mit dem Hamburgischen Institut für Berufliche Bildung (HIBB) sowie den beiden Unternehmen Lufthansa Technical Training und Airbus entstand am Standort Brekelbaums Park/Eiffestraße ein neuartiger Lernort. Hier bilden die Hochschule, d.h. das Department Fahrzeugtechnik und Flugzeugbau, die berufliche Fachschule GELUTEC (früher G 15) und die in Hamburg ansässige Luftfahrtindustrie Fachkräfte für die Luftfahrt aus.⁸⁹ Die traditionell enge Bindung der HAW Hamburg an die Erfordernisse der beruflichen Praxis stand Pate bei diesem Konzept, das die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule erleichtern soll.

86 Schambach (2010): Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, S. 82; Geschäftsbericht 2004/2005, S. 25; Geschäftsbericht 2006/2007, S. 31; Geschäftsbericht 2010/2011, S. 25.

87 *Arbeitsstelle Studium und Didaktik (Aufruf 13.05.2019).

88 Wissenschaftsrat (2016): Weiterentwicklung der MINT-Bereiche, S. 118.

89 Geschäftsbericht 2010/2011, S. 40; *HCAT (Aufruf 08.04.2019); siehe auch Wissenschaftsrat (2016): Weiterentwicklung der MINT-Bereiche, S. 119.

QUALITÄTSMANAGEMENT

Im Sommer 2006 gründete die Hochschule die Betriebseinheit EQA, um das bereits vorhandene Instrumentarium weiterzuentwickeln und auszubauen. Hierzu gehört etwa die studentische Lehrevaluation, die seit dem Jahr 2004 Schritt für Schritt aufgebaut wurde.⁹⁰ Dabei werden einzelne Lehrveranstaltungen von Studierenden mittels eines Fragebogens bewertet, durch EQA ausgewertet und an die Dozentinnen und Dozenten zurückgegeben.

Ein anderer Weg der Qualitätssicherung ist die Studiengangsbewertung. Dabei können sich Studierende zur Ausstattung, Organisation etc. eines Studienganges äußern. Die Ergebnisse dieser Erhebung – wiederum erstellt durch EQA – fließen zurück an die Departmentleitungen und an das Präsidium, die gemeinsam die Ergebnisse bewerten und in ihr Qualitätsmanagement einbeziehen.

Schließlich ist als ein Teil des Qualitätsmanagements die Akkreditierung von Studiengängen durch externe spezialisierte Akkreditierungsagenturen zu nennen – ein Verfahren, das an vielen deutschen Hochschulen umstritten war und ist, das die HAW Hamburg aber seit vielen Jahren als sinnvoll erachtet.⁹¹ Im Jahr 2018 wurde sie bis zum Herbst 2024 systemakkreditiert, d.h. die externe Akkreditierung wird durch eine hauseigene, zertifizierte Akkreditierung ersetzt.⁹²

Über die Jahre ist ersichtlich geworden, dass das gesamte Qualitätsmanagement wie auch die strategische Planung als „kontinuierlicher Verbesserungsprozess“ zu begreifen sind – als ein Kreislauf also, der immer in Bewegung ist.⁹³

90 Geschäftsbericht 2004/2005, S. 25. Im Jahr 2005 flächendeckend an den Fakultäten TI und LS sowie am Department Publik Management, ab 2006 an der Fakultät DMI und dem Department Wirtschaft.

91 Geschäftsbericht 2004/2005, S. 24.

92 *EQA (Aufruf 13.05.2019); Jahresbericht 2017/18, S. 11.

93 Jahresbericht 2017/18, S. 11. Häufig wird der Begriff „kontinuierlicher Verbesserungsprozess“ mit dem Zyklus Plan-Do-Check-Act in Verbindung gebracht, einem seit langem eingeführten Instrument des Qualitätsmanagements in Unternehmen. Siehe z.B. <https://refa.de/service/refa-lexikon/pdca-zyklus> (Aufruf 15.07.2019).

CLUSTER-POLITIK UND FORSCHUNG

Seit Ende der 1990er Jahre verfolgte der Hamburger Senat neue Ansätze in der Wirtschaftspolitik, die sogenannte Cluster-Strategie. Sie baute auf der Überzeugung auf, dass wirtschaftlicher Fortschritt und die Entwicklung neuer Technologien „*zunehmend in Netzwerken zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft*“ entstehen.⁹⁴ Mit Blick auf die spezifische Wirtschaftsstruktur und die bereits vorhandenen Forschungs- und Wissenssachfelder forcierte die Hamburger Wirtschaftspolitik in den folgenden Jahren branchen- und themenspezifische Verbünde, d.h. Cluster, für die Bereiche Life Sciences, Logistik, Luftfahrt, Medien und IT, Erneuerbare Energien, Gesundheitswirtschaft, Kreativwirtschaft sowie maritime Wirtschaft.⁹⁵



Die HAW Hamburg reagierte rasch auf diese wirtschaftspolitische Entwicklung, indem sie entsprechende „Competence Center“ (CC) aufbaute. Dazu zählten insbesondere die fakultätsübergreifenden Competence Center „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ (CC4E), „Gesundheit“ (CCG) sowie „Neues Fliegen“ (CCNF).⁹⁶ Dem oben beschriebenen Netzwerkgedanken der Hamburger Wirtschaftspolitik folgend, sollten an den Competence Centern anwendungsorientierte Forschung, Transfer in die Wirtschaft und fachliche Innovation für die Lehre an der Hochschule gebündelt werden.

94 Freie und Hansestadt Hamburg (Hg.) (2016): Clusterpolitik Hamburg, S. 5.

95 Kritisch zur Clusterpolitik des Hamburger Senats siehe Neumann: Unternehmen Hamburg, S. 233-255, bes. S. 245; Vogelpohl: McKinseyisierung oder Regierungsprojekt? Hier geht es besonders um den möglichen Einfluss von Unternehmensberatungen auf staatliche Politik.

96 Netzel (Hg.) (2017): Forschungsbericht 2017, S. 64. Weitere Competence Center wurden seit 2006 zeitweise oder auf Dauer eingerichtet: das CC Communication, das CC Lebenslanges Lernen (CC3L) und das CC Kids, das CC Logistik und Nachhaltigkeit, CC Mensch und Medien. siehe *CC (Aufruf 11.04.2019).

Als Beispiel für ein gelungenes Hand-in-Hand-Gehen von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Hochschule gilt das Hamburger Luftfahrtcluster, das im Jahr 2008 am sogenannten Spitzencluster-Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung teilnahm und im Ergebnis die Summe von 20 Millionen Euro für eine Laufzeit von fünf Jahren einwerben konnte – Geld, das u.a. in Forschungsprojekte der HAW Hamburg und in den Aufbau des HCAT floss.⁹⁷

Das CC4E gründete im Jahr 2015 eigens einen Energie-Campus in Bergedorf, an dem Wissen aus dem Maschinenbau, der Umwelt- und Verfahrenstechnik, der Elektrotechnik, der Informatik und der Wirtschafts- und Kommunikationswissenschaft zusammenfließt. Mit diesem Standort verknüpfen sich große Hoffnungen, dass der Energie-Campus als „Magnet“ für die weitere Ansiedlung von Unternehmen oder Existenzgründungen der Branche wirken kann.⁹⁸ Seit Mai 2019 kooperiert das CC4E am Standort Bergedorf in Fragen der Windenergieforschung mit dem Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme (IWES), einem auf diesem Gebiet führenden Forschungsinstitut in Deutschland.⁹⁹ Mit Großprojekten, die auch mit Bundesmitteln gefördert werden, forscht das CC4E an neuen Technologien, die zur Absenkung des CO₂-Ausstoßes beitragen sollen.¹⁰⁰ Für die HAW Hamburg stellt das CC4E daher ein „bundespolitisches Vorzeigeprojekt der Energiewende“ dar.¹⁰¹

Doch stehen dem erklärten Ziel der HAW Hamburg, ein etablierter Ort der (anwendungsbezogenen) Forschung zu sein, nicht geringe Hindernisse im Weg. Gemeint sind allgemeine, strukturelle Rahmenbedingungen, wie sie das Statistische Bundesamt in einem Bericht aus dem Jahr 2018 für Fachhochschulen bzw. Hochschulen für Angewandte Wissenschaften generell aufzählte: die höheren Lehrverpflichtungen der Professorenschaft, eine geringe Zahl von

97 Geschäftsbericht 2008/2009, S. 20-21.

98 Netzel (Hg.) (2017): Forschungsbericht 2017, S. 40-41.

99 *CC4E (Aufruf 16.05.2019).

100 Gemeint sind z. B. die Großprojekte NEW 4.0 (= Norddeutsche EnergieWende), X-Energy (= Innovationszentrum für Windenergie, Systemintegration und Speicher) und das für 2020 geplante Norddeutsche Reallabor. Siehe auch *CC4E (Aufruf 19.10.2019).

101 Mündliche Auskunft Präsidium/R. Schlichting 19.10.2019.

wissenschaftlichen Mitarbeitern für eigene Forschungsvorhaben, eine wenig etablierte Forschungsinfrastruktur und eine geringe Grundfinanzierung für Forschung (abgesehen von laufenden Personal- und Sachausgaben).¹⁰²

Dieser nicht eben günstige Befund gilt im Grundsatz auch für Hamburg. Eine Strategie, dem etwas entgegenzusetzen, bestand für die HAW Hamburg darin, gezielt organisatorische Unterstützungsangebote aufzubauen: Damit Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen überall an der Hochschule möglichst konzentriert an ihrer Forschung arbeiten können, bietet die Stabsstelle Forschung und Transfer Unterstützung in der Vorbereitung, Antragsstellung und Organisation von neuen Forschungsvorhaben bzw. von Drittmittelprojekten. Zusätzlich sorgt sie auch für eine stärkere Vermarktung von Forschungsergebnissen, die an der HAW Hamburg entstanden sind, z.B. durch Messeauftritte oder Veranstaltungen.¹⁰³

Langfristig strebt die HAW Hamburg ein eigenes Promotionsrecht an.¹⁰⁴ Bisher sind Promotionen von HAW-Absolventinnen bzw. Absolventen nur in Kooperation mit einer Universität durchführbar.¹⁰⁵ So steht es nach wie vor in der Ziel- und Leistungsvereinbarung 2019/2020 für die HAW Hamburg. Bemerkenswert ist der Zusatz, dass „Diskriminierungen beim Promotionszugang von Absolventinnen und Absolventen der HAW Hamburg zu verhindern“ seien.¹⁰⁶ Schon die Praxis der Kooperativen Promotion scheint nicht ohne Reibung zu sein, sah sich doch der MINT-Forschungsrat dazu veranlasst, auf klare und transparente Regelungen, z.B. in Form von Rahmenvereinbarungen, zwischen Universität Hamburg und HAW Hamburg zu drängen.¹⁰⁷

102 Statistisches Bundesamt (2018): Forschung und Entwicklung an Hochschulen, S. 50-51. Nach Einschätzung des Statistischen Bundesamtes liegt der Anteil der kontinuierlich forschungsaktiven Professorinnen und Professoren an deutschen Fachhochschulen/ Hochschulen für Angewandte Wissenschaften zwischen 10 und 25 Prozent.

103 Jahresbericht 2017/18, S. 12.

104 Netzel (Hg.) (2017): Forschungsbericht 2017, S. 15; Jahresbericht 2017/2018, S. 13.

105 Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 i.d.F. vom 8. Juli 2014, § 70, Abs. 7. In: HmbGVBl. 2014, S. 269.

106 BWFG (2018): ZLV 2019/2020 mit der HAW Hamburg, S. 2.

107 BWFG (2018): Empfehlungen des MINT-Forschungsrates, S. 24.

WISSENSCHAFTLICHE BERUFSBEGLEITENDE WEITERBILDUNG

Die Hamburger Hochschulen dienen der Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und Künste auch durch Weiterbildung, wie es ihr gesetzlicher Auftrag ist.¹⁰⁸ Für die HAW Hamburg mit ihrer engen Verbindung zur Wirtschaft liegt dieser Aufgabenbereich besonders nahe: die individuellen Kompetenzen von bereits im Beruf stehenden Personen zu aktualisieren und ihre Berufsfähigkeit durch „lebenslanges Lernen“ zu erhalten.¹⁰⁹ Umgekehrt profitiert die Hochschule von den Impulsen, die aus der Praxis durch die Berufstätigen an sie herangetragen werden.¹¹⁰

WEITERBILDUNG >>>>>>>>>>

Bereits seit 2014 bietet die HAW Hamburg acht weiterbildende Master-Studiengänge an, vier davon an der Fakultät Wirtschaft und Soziales.¹¹¹ Seit 2015 unterstützt ein eigens eingerichtetes Team Fakultäten und Departments bei der Organisation und der Vermarktung von Weiterbildungsangeboten, außerdem kann es selbst neue Weiterbildungsformate entwickeln und anbieten.¹¹²

Ungeachtet ihres gesetzlichen Auftrages fehlen jedoch eine ausreichende Grundfinanzierung der Weiterbildung und ausreichend Personal, damit die Hochschule in Zukunft nicht mehr allein „auf das ehrenamtliche Engagement der Lehrenden angewiesen [ist], um Weiterbildung zu etablieren“.¹¹³

¹⁰⁸ Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 i. d. F. vom 8. Juli 2014, § 3. In: HmbGVBl. 2014, S. 269.

¹⁰⁹ HAW Hamburg (2016): SEP 2016-2020, S. 41.

¹¹⁰ Jahresbericht 2017/2018, S. 6.

¹¹¹ HAW Hamburg (2016): SEP 2016-2020, S. 42.

¹¹² *Weiterbildung (Aufruf 27.03.2019).

¹¹³ Jahresbericht 2017/2018, S. 6. Zitat Micha Teuscher.

Konflikte und Perspektiven

STREIT UM DIE HAMBURGISCHE HOCHSCHULPOLITIK

Im Jahr 2015 klagte die Landeshochschulkonferenz Hamburg (LHK)¹¹⁴, dass „die Hamburger Hochschulen seit 2003 in immer neuen Interventionswellen massiven Eingriffen unterworfen worden sind, insbesondere durch die Struktur-entscheidungen der staatlichen Hochschulplanung [...]“. Dazu zählte die LHK das Hamburger Hochschulgesetz samt seinen Novellierungen, die Umstellung des Studiensystems auf Bachelor und Master, verschiedene Instrumente des New Public Management, z.B. die leistungsorientierte Mittelvergabe, sowie die diversen Wettbewerbe¹¹⁵ – mithin der bekannte Katalog staatlicher Hochschulplanung, wie er so oder ähnlich auch an den anderen deutschen Hochschulen umgesetzt wurde. Mit ihrer Stellungnahme gaben die Hochschulen deutlich zu verstehen, dass es mit den strukturellen Veränderungen der zurückliegenden Jahre aus ihrer Sicht endlich genug sei und dass ihre Arbeit ohne auskömmliche Finanzierung nicht weiter verbessert werden könne.¹¹⁶

In dieser spannungsreichen Zeit stand vom 1. März 2014 bis zum Jahresende 2015 Jacqueline Otten als Präsidentin an der Spitze der Hochschule. Unterschiedliche Vorstellungen über die künftige Ausrichtung der Hochschule sowie über Leistungsbezüge für die Professorenschaft führten zwischen ihr und dem Kanzler auf der einen Seite, dem Hochschulsenat und dem Hochschulrat auf der anderen Seite zu tiefem Dissens und schließlich zur Abwahl von Präsidentin und Kanzler.¹¹⁷

¹¹⁴ In der Landeshochschulkonferenz sind die folgenden Hochschulen vertreten: Bucerius Law School (Hochschule für Rechtswissenschaft), HafenCity Universität Hamburg, Helmut-Schmidt-Universität, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Hochschule für bildende Künste Hamburg, Hochschule für Musik und Theater Hamburg, Universität Hamburg, Technische Universität Hamburg-Harburg.

¹¹⁵ LHK (2015): Aus Kenntnis und Verantwortung, S. 1.

¹¹⁶ Ebenda, S. 90.

¹¹⁷ Geschäftsbericht 2014/2015, S. 18, Vorwort.

KOMPETENZ- ORIENTIERTE LEHRE UND ANGEWANDTE FORSCHUNG

Fragen an den Präsidenten der

HAW Hamburg, Prof. Dr. Micha Teuscher

Sie haben die Leitung der HAW Hamburg 2017 übernommen. Was hat Sie gereizt an dieser Hochschule, was war für Sie damals das Besondere? Was haben Sie vorgefunden?

Die HAW Hamburg ist die größte praxisorientierte Hochschule in Norddeutschland, mit einer großen fachlichen Vielfalt. Es ist eine spannende Herausforderung, in einer Zeit großer gesellschaftlicher Veränderungen wie Globalisierung, Migration und digitalem Wandel eine solche Hochschule in Lehre und Forschung gemeinsam weiter zu entwickeln und den Transfer von der Gesellschaft in die Hochschule und aus der Hochschule heraus in die Gesellschaft zurück in ihre Handlungsfelder zu integrieren.

Der gute Ruf der HAW Hamburg für exzellente Lehre eilt ihr bundesweit voraus. Durch den engen inhaltlichen Bezug der Studienangebote und der Forschungsaktivitäten zu den Clustern der Freien und Hansestadt Hamburg stärkt die HAW Hamburg ihre Metropolregion.

Vorgefunden habe ich eine beeindruckend große Zahl besonders engagierter Kolleginnen und Kollegen in Wissenschaft und Verwaltung. Von Beginn an hatte ich den Eindruck, dass sich alle an der HAW Hamburg bei der Gestaltung unserer Zukunft unserem Selbstverständnis als Hochschule für Angewandte Wissenschaften verpflichtet fühlen, mit ihren Ideen, ihrer Kreativität und ihren Erfahrungen. Mir war bewusst, dass damit auch immer ein breiter partizipativer Prozess der Diskussion und Konsensbildung verbunden ist. Dieser braucht Zeit, Geduld und aufmerksames Zuhören.

Die Entwicklung der HAW Hamburg vollzieht sich im Rahmen des Hamburger Hochschulgesetzes und der finanziellen Ressourcen, die (im Wesent-

lichen) der Hamburger Staat zur Verfügung stellt – es gibt also Sachzwänge. Welche eigenen Akzente kann die Hochschule setzen, welche Akzente wollen Sie setzen?

Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Hochschulen haben sich in Hamburg in den letzten Jahren nach sehr schwierigen Zeiten, in denen der Stadt Wissenschaft nicht als wesentlicher Treiber von gesellschaftlicher Entwicklung und nachhaltigem Wohlstand galt, zum Positiven verändert. Trotzdem gibt es Hindernisse: vor allem die rechtlichen Rahmenbedingungen sind wesentlich restriktiver und enger als in anderen Bundesländern. Nach wie vor haben wir in Deutschland eher einen Wissenschaftswettbewerb der Bundesländer als einen der Hochschulen.

Wir verstehen uns unter diesen Bedingungen als Ort, an dem Studierende eigenständiges Handeln im Rahmen von wissenschaftlich reflektierten und theoriebasierten Lehr- und Lernprozessen erlernen. An der HAW Hamburg sollen Kompetenz- und Persönlichkeitsentwicklung eine Einheit bilden. Der digitale Wandel betrifft auch Inhalte und Formate in Lehre, Forschung und Verwaltung und ist für uns – wie die Kompetenzentwicklung der Studierenden – ein zentrales Handlungsfeld.

Die hohe Veränderungsdynamik grundlegender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen erzeugt Erwartungen an Hochschulen und die durch sie möglichen wissenschaftlichen Qualifikationen für dringend benötigte Fach- und Führungskräfte in der Arbeitswelt. Wir können uns heutzutage weder auf die wissenschaftliche Qualifizierung nur im Rahmen von Hochschulabschlüssen noch auf ein zeitliches Format von montags bis freitags beschränken, sondern müssen Ressourcen erhalten, die wissenschaftliche Qualifikationen auch

im Rahmen von (Mikro-)Zertifikaten auf qualitätsgesichertem Hochschulniveau sowie Lehrangebote an Wochenenden ermöglichen. Dies bedeutet eine wesentliche Funktionserweiterung der Hochschule, die mit solchen Weiterbildungsangeboten den dynamisch sich verändernden Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht wird.

Wenn Sie sich für einen Moment vorstellen, Sie könnten ohne Rücksicht auf finanzielle und andere Sachzwänge für die HAW Hamburg planen: Wofür würden Sie am liebsten Geld ausgeben? Wofür sollte man am dringendsten Geld ausgeben?

Mein Ziel ist es, die Verbindung von angewandter Forschung und kompetenzorientierter Lehre in der HAW Hamburg strategisch als unser Profil zu stärken. Dazu ist ganz besonders die bauliche Substanz der HAW Hamburg dringend zu sanieren und zu erweitern. Die Anforderungen an Raum als Rahmenbedingung gelingender Wissenschaft sind an der HAW Hamburg wesentlich umfangreicher und komplexer geworden als es zu Zeiten der Gründung dieser Hochschule vor 50 Jahren erkennbar war. Auch müssen die unterstützenden Strukturen auf der Ebene der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Wissenschaft und Verwaltung gestärkt werden, die durch die mangelhafte Finanzentwicklung der HAW Hamburg (jahrelang nur 0,88 % nominale Budgetsteigerung) de facto eingeschränkt wurden.

Zum anderen will ich unsere gesellschaftsrelevante Transferkultur stärken. Wir haben einen intensiven Diskussionsprozess über die Budgetkonkurrenz zwischen Lehre einerseits und Forschung und Transfer andererseits, der die qualitätsorientierte Entwicklung der Hochschule in den angewandten Wissenschaften

nachhaltig behindert. Wie erfolgreich wir durch fokussierte Förderung unserer Forschungsstrukturen für angewandte Forschung und Transfer als Ermöglungsräume der Kolleginnen und Kollegen sind, zeigen neben den Forschungs- und Transferzentren in den Fakultäten unsere vier übergreifenden Competence Center, z.B. „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (CC4E)“ und „Gesundheit“.

Für die weitere Entwicklung von Themenfeldern wie dem Digitalen Wandel, dualen Studiengängen und wissenschaftlicher Weiterbildung als wichtiger Aufgabe auch staatlicher Hochschulen benötigt die HAW Hamburg eine ergänzende städtische Finanzierung.

Wie beurteilen Sie das Verhältnis von Lehre und Forschung an Ihrer Hochschule? Wird künftig das Renommee einer HAW an der Forschungsleistung gemessen, so wie es an den Universitäten letztlich geschieht? Kommt die Lehre möglicherweise zu kurz?

Die HAW Hamburg ist als Hochschule für Angewandte Wissenschaften einem auf die Praxis und aufeinander bezogenen Verständnis von kompetenzorientierter Lehre und angewandter Forschung verpflichtet. Durch die Überwindung von Grenzen zwischen Fachdisziplinen, durch forschendes Lernen, Projektstudium und insbesondere kompetenzorientierte Studiengangsentwicklung und -organisation im Verbund mit externen Partnern verstehen wir uns als Impulsgeber gesellschaftlicher Entwicklung.

Die Qualität der Lehre ist das zentrale Element unseres Selbstverständnisses und profilbildender, prägender Kern unserer Marke, unseres Renommées und unserer Bewertung von Leistung.

Welche Möglichkeiten haben Sie, hochqualifizierte Fachkräfte mit praktischem Berufshintergrund für eine Professur an der Hochschule zu gewinnen?

Die Hochschule bietet ein transparentes, differenziertes und finanziell vergleichsweise attraktives W-Besoldungssystem. Wir verfügen über eine gute apparative Ausstattung und sind als familienfreundliche Hochschule ausgezeichnet. Sowohl für Neuberufene wie für das gesamte Kollegium bieten wir umfangreiche Qualifizierungsprogramme für die Entwicklung der Lehre an. Mit dem Verbund der UAS7 verfügen wir über eine bundesweit wirkende Plattform der Kommunikation und Werbung für die Professur an einer Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Trotz ihrer attraktiven Lage in der Metropolregion Hamburg und zahlreicher Kooperationen mit anderen Hochschul- und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie mit Praxispartnern hat die HAW Hamburg, wie andere HAWs auch, Probleme bei der Gewinnung professoralen Personals. Hochschulspezifische Problemfelder sind hierbei die starke Konkurrenz um Fachkräfte (insbesondere in den Ingenieurwissenschaften) in der Metropolregion Hamburg in Verbindung mit dem hohen Gehaltsniveau in der Wirtschaft, die weitgehende Unkenntnis des Karrierewegs „Professur an einer HAW“ bei Fach- und Führungskräften aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, die für die Professur an einer HAW erforderliche Doppelqualifikation von Promotion und Karriere außerhalb des Hochschulbereichs, die insbesondere für Frauen ein Hemmnis sein kann, sich für diesen akademischen Karriereweg zu entscheiden, die begrenzten Möglichkeiten der Qualifizierung HAW-eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses durch das fehlende Promotionsrecht sowie die erst beginnende Akademisierung der Gesundheits- und Pflegeberufe.

Unsere Schwierigkeiten sind verbunden mit der allgemeinen Orientierung auf „Universität“ als Bild für Professuren und wissenschaftliches Wirken. In Hamburg haben wir eine sehr große und – insbesondere durch die Exzellenzinitiative – gut situierte Universität sowie eine Technische Universität mit großer Sichtbarkeit. Die HAW Hamburg hat sich aus einer größeren Zahl früher unabhängiger Einrichtungen gebildet und wird in der Stadtgesellschaft, außerhalb des wissenschaftsaffinen Bereichs und der fachspezifischen Kooperationen mit Partnern in Wirtschaft und Gesellschaft, nicht gleichermaßen als wissenschaftliche Institution wiedererkannt.

Aus diesen Gründen versuchen die Fakultäten und Departments derzeit sehr intensiv, sich in ihrer jeweiligen fachlichen Community wissenschaftlicher und insbesondere praxisbezogener Kooperationen zu profilieren. Das Präsidium stärkt sowohl die Zusammenarbeit mit dem UAS7-Netzwerk sowie insbesondere die Wirksamkeit und Reichweite unserer Kommunikationsaktivitäten und des Hochschulmarketings, um so auch außerhalb der Wissenschaftsinstitutionen und der direkten Praxispartner als Arbeitsgeber der angewandten Wissenschaften für qualifizierte Fachkräfte erkennbar und attraktiv zu werden. Bislang ist es der HAW Hamburg in der Vergangenheit gut gelungen, hochqualifizierte neue Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen.

Angesichts der Vielfalt von Aufgaben, die die Hochschule heute hat, stellt sich mir die Frage, wie das alles zu schaffen ist. Besteht die Gefahr der Überforderung für die Hochschule als Institution?

In einer Gesellschaft, die gerade in den letzten 20 Jahren vielfältiger geworden ist und in der, wie Dahrendorf

es formulierte, „möglichst viele Chancen für möglichst viele“ geschaffen werden sollen, haben Hochschulen schrittweise immer umfassendere Funktionen und Rollen zugeschrieben bekommen. Die Politik hat indes die Ressourcenausstattung und die rechtlichen Rahmenbedingungen nur unzureichend weiterentwickelt. Trotzdem hat das Hochschulsystem bundesweit positiv reagiert. Die HAW Hamburg hat für unsere Metropolregion Studium und Lehre, Innovationsförderung, Transfer und Ausgründungen in den Fakultäten und zentralen Strukturbereichen entsprechend entwickelt. Neue Studienrichtungen, Lehrformate, interne didaktische Weiterbildungsangebote, ein eigenständiges System der Qualitätssicherung und der Kompetenzorientierung in der Studiengangsgestaltung wurden geschaffen. Unser Modell der zentralen Supportangebote und deren Vernetzung mit den dezentralen Fakultäts- und Departmentstrukturen ermöglicht eine hohe Leistungsfähigkeit, darf die Einzelnen mit diesen komplexen Herausforderungen aber nicht überfordern. Dieses Spannungsverhältnis zu meistern ist die Führungsaufgabe von Präsidium und Fakultätsleitungen, in einer spezifischen Form auch der Departmentleitungen.

Die Fragen stellte Dr. Sigrid Schambach.

Für eine Übergangsphase von mehr als einem Jahr stand ein Team um Prof. Dr. Claus-Dieter Wacker geschäftsführend an der Spitze der Hochschule.¹¹⁸ In diese Zeit fällt zum Beispiel die Verabschiedung des Struktur- und Entwicklungsplanes 2016 bis 2020 sowie der Abschluss einer Dienstvereinbarung zur Professorenbesoldung. Das besondere Verdienst des Leitungsteams bestand aber wohl darin, verloren gegangenes Vertrauen – insbesondere unter der Hochschullehrerschaft – zurückzugewinnen, so die Einschätzung des neuen Präsidenten Micha Teuscher.¹¹⁹

Micha Teuscher, der zuvor als Rektor zwölf Jahre lang die Hochschule Neubrandenburg leitete, führt die HAW Hamburg seit dem 1. Mai 2017.¹²⁰ Vorrangiges Ziel seiner Amtszeit sei es, so formulierte er in seiner Rede zum Amtsantritt, „den Austausch zwischen Hochschule und Gesellschaft zu intensivieren“. Außerdem versprach er bei gleicher Gelegenheit, den Bereich Weiterbildung an der Hochschule weiter zu stärken.¹²¹

FINANZIERUNGSFRAGEN

Klagen über eine unzureichende Finanzierung der Hochschule ziehen sich durch alle Geschäftsberichte der HAW Hamburg, die Finanzsituation wird immer wieder als „sehr angespannt“ bezeichnet.¹²² Einer der Hauptgründe hierfür liegt in der geringen jährlichen Steigerung des Globalbudgets von knapp einem Prozent, wodurch langfristig – zieht man die Inflationsrate sowie regelmäßige Tariferhöhungen mit in Betracht – die Einnahmen der Hochschule real sinken. Auch der Struktur- und Entwicklungsplan der HAW

118 Neben Claus-Dieter Wacker waren das Monika Bessenrodt-Weberpals, Thomas Netzel und als geschäftsführender Kanzler Kai Vehling. Sie begannen ihre Amtszeit am 15.2.2016. Geschäftsbericht 2014/2015, S. 97.

119 Mündliche Auskunft Präsidium/R. Schlichting am 18.10.2019.

120 *Präsident der HAW Hamburg (Aufruf 20.04.2019).

121 Mündliche Auskunft Präsidium/R. Schlichting am 19.10.2019. Siehe dazu *, „Dritte Mission der Hochschule stärken“. Pressemitteilung der HAW Hamburg vom 2.5.2017 zur Einführung des neuen Präsidenten. (Aufruf 29.10.2019). Siehe außerdem das ausführliche Interview auf S. 46 dieses Beitrages.

122 Geschäftsbericht 2010/2011, S. 58; Geschäftsbericht 2012/2013, S. 62; Geschäftsbericht 2014/2015, S. 68; Jahresbericht 2017/2018, S. 23.

Hamburg für die Jahre 2016 bis 2020 spricht von einer großen Herausforderung.¹²³ Ob diese Probleme mit dem ab 2021 geltenden „Zukunftsvertrag Studium und Lehre“ gelöst werden, ist eine offene Frage.¹²⁴

DIE HAW HAMBURG ALS TEIL DES WISSENSCHAFTSSTANDORTES

Als Akteurin des „Wissenschaftsstandortes Hamburg“ scheint die HAW Hamburg in der zweiten Reihe zu stehen – dies legt ein Bericht des Forschungsrates¹²⁵ nahe, der sich mit den Forschungsstrategien der MINT-Fächer in Hamburg befasst. Im Vordergrund steht dort die Fortsetzung bestehender Forschungsprojekte, vor allem der vier an der Universität beheimateten Exzellenzcluster, sowie der weitere qualitative und quantitative Ausbau der Technischen Universität Hamburg.¹²⁶ Doch ergeben sich für die HAW Hamburg Anknüpfungspunkte bei „*kooperativ angelegten Großforschungsprojekten*“, wie sie zum Beispiel für die Informatik angestrebt werden.¹²⁷ Hier ist die Informatikplattform ahoi.digital zu nennen, die als gemeinsames Projekt der UHH, der TUHH, der HAW Hamburg und der HCU betrieben wird.¹²⁸ Und nicht zuletzt ist an die Forschungsaktivitäten der Competence Center an der HAW Hamburg zu erinnern, die oben schon beispielhaft beschrieben wurden.

Angesichts der Bedeutung der Technik in einer modernen Gesellschaft sollten nach den Vorstellungen des Forschungsrates die ingenieurwissen-

123 HAW Hamburg (2016): SEP 2016-2020, S. 62.

124 *Zukunftsvertrag Studium und Lehre (Aufruf 20.05.2019); siehe auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.5.2019. Der „Zukunftsvertrag Studium und Lehre“ soll jährlich Bundes- und Landesmittel in Höhe von rund 1.9 Milliarden für die Finanzierung der Hochschulen zur Verfügung stellen. Er gilt als Nachfolgeregelung für den Hochschulpakt und wurde am 3. Mai 2019 von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) von Bund und Ländern beschlossen.

125 Der MINT-Forschungsrat wurde von der BWFG im Jahr 2016 als temporäres Beratungsgremium gegründet, dem leitende Mitglieder der Hamburger Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen (z. B. DESY), der Behörde, je ein Vertreter der Wirtschaft, der Handelskammer, der Zivilgesellschaft sowie fünf externe Wissenschaftler angehörten.

126 BWFG (2018): Empfehlungen des MINT-Forschungsrates, S. 20-21.

127 Ebenda, S. 14.

128 Ebenda, S. 16.

schaftlichen Disziplinen am Wissenschaftsstandort Hamburg weiter gefördert werden. Der Forschungsrat schlägt hierfür eine enge Abstimmung aller an der Ingenieurausbildung beteiligten Hochschulen vor und betont gleichzeitig, dass die Ausbildung „*grundsätzlich komplementär, also ohne wesentliche Dopplungen und in hinreichender thematischer Differenzierung*“, zu geschehen habe.¹²⁹

PERSPEKTIVEN

Bereits im Jahr 2016 regte der Wissenschaftsrat an, dass die HAW Hamburg als anwendungsorientierte Hochschule das übergreifende Thema Digitalisierung/Industrie 4.0 stärker in den Fokus nehmen solle, „*um die Studiengänge in Richtung auf anstehende industrielle Entwicklungen zu aktualisieren, Potenziale der Fakultäten und Departments noch besser miteinander zu verknüpfen und weitere Kooperationen in Lehre und Forschung anzustoßen.*“¹³⁰ Diese Anregung hat der aktuelle Struktur- und Entwicklungsplan der HAW Hamburg aufgenommen: Konkret weist er besonders der Informatik in ihren Anwendungen eine „*Schlüsselrolle*“ für die Weiterentwicklung der verschiedenen Fachdisziplinen zu, unterstreicht aber auch die Notwendigkeit eigener Forschung in diesem Feld.¹³¹

Perspektiven für die Zukunft der HAW Hamburg liegen auch in einer weiteren Differenzierung ihrer Studienangebote, womit vor allem die dualen Studienangebote gemeint sind.¹³² Hierbei handelt es sich um Studiengänge, die in Abstimmung mit externen Kooperationspartnern, zum Beispiel Unternehmen aus der Region, durchgeführt werden. Eine Vielzahl unterschiedlicher Modelle, wie Studierende ihre Studienzeit zwischen Praxisphase im Unternehmen und Theoriephase an der Hochschule aufteilen, sind in

129 BWFG (2018): Empfehlungen des MINT-Forschungsrates, S. 21.

130 Wissenschaftsrat (2016): Weiterentwicklung der MINT-Bereiche, S. 119.

131 HAW Hamburg (2016): SEP 2016-2020, S. 11. Zum Stellenwert des Themas Digitalisierung/Industrie 4.0 siehe auch BWFG (2018): ZLV 2019/2020 mit der HAW Hamburg, S. 3 sowie den Jahresbericht 2017/2018, S. 16-19.

132 BWFG (2018): ZLV 2019/2020 mit der HAW Hamburg, S. 4. Siehe auch HAW Hamburg (2019): Wissenschaft für Theorie und Praxis.

der Erprobung.¹³³ Aus Sicht der Hochschule sind die dualen Studiengänge vielversprechend, kann sie doch auf diesem Weg das Band zu Gesellschaft und Wirtschaft der Region noch enger knüpfen und gleichzeitig „*Bildungsinnovationen*“ entwickeln.¹³⁴

Größere Bedeutung soll künftig auch der wissenschaftlichen Weiterbildung zukommen. Dies unterstreicht die Gründung des Campus Weiterbildung als zentrale Betriebseinheit der HAW Hamburg im September 2019.¹³⁵ Auch der Trend zur Akademisierung bisheriger Ausbildungsberufe, z.B. in der Pflege, spiegelt sich in den Zukunftsentwürfen der HAW Hamburg. Eine Anpassung der Bachelor-Studiengänge Pflege an die gesetzlichen Vorgaben zur Reform der Pflegeberufe ist in der aktuellen Ziel- und Leistungsvereinbarung bereits vorgesehen.¹³⁶ Außerdem arbeitet die HAW Hamburg gemeinsam mit dem Universitätsklinikum Eppendorf an einem neuen hochschulübergreifenden Studiengang Hebammenkunde.¹³⁷



PERSPEKTIVEN

Neben all diesen zukunftsgerichteten Überlegungen muss der tägliche Betrieb sichergestellt werden mit sämtlichen Notwendigkeiten rund um Gebäude und technische Infrastruktur. Gerade die Gebäudesanierung und -erweiterung erscheint dringlich, ist doch in den letzten Jahren die Zahl der Studierenden deutlich, die verfügbare Fläche aber nur sehr maßvoll gewachsen.¹³⁸ Der aktuelle Struktur- und Entwicklungsplan liest sich daher auch als eine Aufforderung an die hamburgische Landespolitik, der HAW

133 HAW Hamburg (2019): Wissenschaft für Theorie und Praxis, S. 8-9.

134 HAW Hamburg (2016): SEP 2016-2020, S. 67.

135 Jahresbericht 2017/2018, S. 6.

136 BWFG (2018): ZLV 2019/2020 mit der HAW Hamburg, S. 4.

137 Ebenda, S. 5.

138 Jahresbericht 2017/18, S. 23.

Hamburg bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie ihren Aufgaben auf Dauer gerecht werden kann.¹³⁹

SCHLUSSBETRACHTUNG

Der Akzent dieses Überblicks lag auf den übergreifenden Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre – Entwicklungen, in die die HAW Hamburg eingebunden war wie die anderen deutschen Hochschulen auch. Insgesamt betrachtet, boten sich gerade für die Fachhochschulen im Zuge der beschriebenen Veränderungen des deutschen Hochschulsystems etliche Chancen.¹⁴⁰ Der weitere Ausbau von bestehenden Fachhochschulen galt hochschulpolitisch als erwünscht, ja notwendig, um Expansion und Differenzierung des Hochschulsystems steuern zu können. Durch die Einrichtung von Master-Studiengängen erwuchs die Möglichkeit, das fachliche Niveau weiter anzuheben und damit evtl. vorhandene „Statusunterschiede“ zu einem universitären Studium abzubauen. Auch die Promotionsmöglichkeiten von Fachhochschulabsolventen haben sich verbessert: Universitäten wurden stärker in die Pflicht genommen, mit den Fachhochschulen über sogenannte Kooperationsplattformen zusammenzuarbeiten. Anwendungsorientierte Forschung, Zusammenarbeit mit der jeweiligen (Wirtschafts-)Region, besondere Qualität in der Lehre – das sind Pfunde, die die Fachhochschulen generell und damit auch die HAW Hamburg in die eine Hälfte der Waagschale legen können.

In die andere Hälfte der Waagschale fällt die Schwierigkeit, hochqualifiziertes Personal für Lehre und Forschung zu gewinnen und zu halten, denn die Fachhochschulen stehen in Konkurrenz zu Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen. Auch der enge finanzielle Rahmen begrenzt nach wie vor den Gestaltungsspielraum

139 HAW Hamburg (2016): SEP 2016-2020, S. 6. Aktuell gibt es Diskussionen um eine Verlagerung des Standortes Bergedorf nach Oberbillwerder mit einem Flächenbedarf von 80-90.000 Quadratmetern sowie Neubauplanungen am Standort Berliner Tor im Umfang von 149.000 Quadratmetern. Mündliche Auskunft Präsidium/R. Schlichting am 19.10.2019.

140 Siehe hierzu Wissenschaftsrat (2010): Rolle der Fachhochschulen, sowie ders. (2002): Entwicklung von Fachhochschulen (2002).

und wiegt schwer. Schließlich ist in Anbetracht der Fülle der an die Hochschulen gerichteten Aufgaben, Anforderungen und Erwartungen auch die Frage zu stellen, wie diese Aufgaben – so sehr sie im Einzelnen berechtigt sind – in der Summe bewältigt werden sollen?¹⁴¹

Von diesem allgemeinen Befund zurück nach Hamburg. Die HAW Hamburg sieht sich für die Zukunft gut gerüstet und vertraut dabei auf ihre strategische Planung sowie auf einen Gestaltungsspielraum, der ihr als großer Hochschule eigen ist.¹⁴² Es ist das Privileg der aktiv Planenden und Handelnden, die Zukunft mit Optimismus zu betrachten – man will sie ja gestalten, und wie sollte das gehen ohne Mut und Optimismus? Die historische Betrachtung schaut aber nicht nach vorne, sondern zurück. Erkenntnisreich kann das allemal sein, wenn man den Blick auf die eigene fünfzigjährige Geschichte als Hochschule und – bezieht man die Vorläuferschulen mit ein – auf ihre tiefverwurzelte Tradition richtet.¹⁴³ Man kann daraus die Gelassenheit einer langen Erfahrung schöpfen: Jede Generation, die an der Hochschule lehrte, arbeitete, studierte, war mit den spezifischen Fragen ihrer Zeit konfrontiert, auf die sie Antworten finden musste und schließlich fand.

141 Brockmeier (2017): Differenzierung im Hochschulsystem, S. 3.

142 Mündliche Auskunft Präsidium/R. Schlichting am 19.10.2019.

143 Siehe dazu meinen Beitrag in der Festschrift der HAW Hamburg „1970-2010. 40 Jahre HAW“. Zu den bis ins 18. Jahrhundert und der Patriotischen Gesellschaft von 1765 reichenden Wurzeln, besonders der Ingenieurfächer, siehe Schambach (2006): Von der Gewerbeschule zum Technikum.

Abkürzungen

BGBl.	Bundesgesetzblatt
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BWFG	Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung Hamburg
CC	Competence Center
CC4E	Competence Center Erneuerbare Energien und Energieeffizienz
CCNF	Competence Center Neues Fliegen
CCG	Competence Center Gesundheit
GWK	Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (von Bund und Ländern)
HCAT	Hamburg Centre of Aviation Training
HFBK	Hochschule für Bildende Künste Hamburg
HmbGVBl	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
ISSUS	Institut für Schiffsbetrieb, Seeverkehr und Simulation der HAW Hamburg
LHK	Landeshochschulkonferenz Hamburg
MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technikwissenschaften
SEP	Struktur- und Entwicklungsplan
TUHH	Technische Universität Hamburg-Harburg
ZLV	Ziel- und Leistungsvereinbarung

Zitierte Literatur

*Online-Literaturangaben wurden unter dem entsprechenden Stichwort aufgeführt und mit einem * gekennzeichnet.

*Arbeitsstelle Studium und Didaktik der HAW Hamburg (2019). online unter: www.haw-hamburg.de/asd.html.

Banscherus, Ulf/ Baumgärtner, Alena/ Böhn, Uta/ Golubchikova, Olga/ Schmitt, Susanne/ Wolter, Andrä (2017): Wandel der Arbeit in wissenschaftsunterstützenden Bereichen an Hochschulen: Hochschulreformen und Verwaltungsmodernisierung aus Sicht der Beschäftigten. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.

Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG) (2018): Empfehlungen des MINT-Forschungsrates zur Weiterentwicklung zur Weiterentwicklung der MINT-Fächer am Wissenschaftsstandort Hamburg. Hamburg.

Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG) (2018): Ziel und Leistungsvereinbarung (ZLV) 2019/2020 zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg - BWFG und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg vom 27. Juni 2018. Hamburg.online: <https://www.hamburg.de/contentblob/12393478/d3d7566cecf8a49356ed-80d2e609b80/data/zlv-haw-2019-20.pdf>.

Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG) (2016): Ziel- und Leistungsvereinbarung (ZLV) 2017/2018 zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg - BWFG und der HAW Hamburg vom 21.7.2016. Hamburg.online: www.hamburg.de/contentblob/7954600/cedc8d94a88d92209966af2b95089174/data/d-zlv-2017-18-haw-hamburg-unterschrieben.pdf.

Bessenrodt-Weberpals, Monika/ Kühnel, Christina/Hohrein, Diana (2016): Lehre lotsen. Dialogorientierte Qualitätsentwicklung für Lehre und Studium. In: HAW Hamburg (Hg.) (2016): Lehre lotsen, S. 11-14.

Bessenrodt-Weberpals, Monika (2016): Vorwort und Dank. In: HAW Hamburg (Hg.) (2016): Lehre lotsen, S. 6-8.

***Bologna-Erklärung vom 19. Juni 1999.** Text online unter dem Titel: Der europäische Hochschulraum. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister. 19. Juni 1999 Bologna. https://www.bmbf.de/files/bologna_deu.pdf.

Brockmeier, Martina (2017): Differenzierung im Hochschulsystem zwischen Bildungsauftrag und Selbstentwurf. Keynote der Präsidentin des Wissenschaftsrats anlässlich einer Tagung am 18.5.2017. Wien.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2016): Forschung an Fachhochschulen. Bonn.

***Bund-Länder-Kooperation** (2019).online unter:www.bmbf.de/de/koooperation-von-bund-und-laendern-in-wissenschaft-und-bildung-77.html. Letzte Änderung des Art. 91b vom 1.1.2015.

***CC** (Competence Center) der HAW Hamburg (2019). online unter: www.haw-hamburg.de/forschung/forschungsstrukturen/competence-center.html.

***CC4E (Competence Center Erneuerbare Energien und Energieeffizienz)** (2019). online unter: www.haw-hamburg.de/fakultaeten-und-departments/l/aktuell/nachrichten-detailansicht/artikel/neue-technologien-fuer-die-energiegewende.html.

***Daten und Fakten** (2019). online unter: www.haw-hamburg.de/daten-und-fakten.html.

***Dritte Mission der Hochschule.** Pressemitteilung der HAW Hamburg vom 2.5.2017. online unter: www.haw-hamburg.de/news-online-journal/politik/politikdetails/artikel/die-dritte-mission-der-hochschule-staerken.html.

Enders, Jürgen (2008): Hochschulreform als Organisationsreform. In: Kehm, Barbara (Hg.): Hochschule im Wandel, S. 231-241.

***EQA** (Evaluation, Qualitätsmanagement, Akkreditierung). HAW Hamburg (2019). online unter: www.haw-hamburg.de/eqa.html.

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (Hg.) (2016): Clusterpolitik Hamburg. Gemeinsam an die Spitze (2016). Red. Susanne Meinecke. Hamburg.

***Geschlechtergerechtigkeit.**www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichstellung-und-teilhabe/strategie-gender-mainstreaming/strategie--gender-mainstreaming-/80436?view=DEFAULT.

Gesetz über die Fachhochschule Hamburg vom 18. Februar 1970. In: HmbGVBl. 1970, S. 61-76.

Gesetz über die HafenCity Universität vom 14. Dezember 2005. In: HmbGVBl. 2005, S. 491-494.

Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 91b) vom 23. Dezember 2014. In: Bundesgesetzblatt Teil 1 Nr. 64 vom 31. Dezember 2006, S. 2438.

Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006. In: Bundesgesetzblatt Teil 1 Nr. 41 vom 31. August 2006, S. 2034-2038.

Gläser, Jochen/Lange, Stefan (2007): Wissenschaft. In: Handbuch Governance. Hg. von Arthur Benz/Susanne Lütz/Uwe Schimank/ Georg Simonis. Wiesbaden, S. 437-451.

Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 i. d. F. vom 8. Juli 2014 (Gesetz zur Weiterentwicklung des Hochschulrechts). In: HmbGVBl. 2014, S. 269-284.

Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 i. d. F. vom 26. Juni 2007. In: HmbGVBl. 2007, S. 192.

Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 i. d. F. vom 4. Mai 2005 (Gesetz zur Fakultätenbildung an den Hamburger Hochschulen). In: HmbGVBl. 2005, S. 191-194.

Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 i. d. F. vom 27. Mai 2003 (Gesetz zur Modernisierung des Hochschulwesens). In: HmbGVBl. 2003, S. 138-149.

Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001. In: HmbGVBl. 2001, S. 171-200.

Hamburgische Verordnung über Leistungsbezüge sowie Forschungs- und Lehrzulagen für Hochschulbedienstete (HmbHLeistBVO) vom 4. Januar 2005. In: HmbGVBl. 2005, S. 2.

Hamschmidt, Martin/ Krause, Yvonne (2013): Hochschulsteuerung mittels der Analyse von Jahresabschlüssen: Möglichkeiten und Grenzen.

Teilbericht: Sachstand der Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens an Hochschulen. Hannover (= HIS Projektbericht März 2013)

***HCAT** (Hamburg Centre of Aviation Training) (2019). online unter: www.hcatplus.de/ueber-uns/#c117.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (Hg.) (2019): Wissenschaft für Theorie und Praxis. Duales Studium an der HAW Hamburg.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (Hg.) (2019): Digitalisierungsstrategie der HAW Hamburg. Hamburg.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (Hg.) (2019): Jahresbericht 2017/2018. Hamburg.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (Hg.) (2016): Lehre lotsen. Dialogorientierte Qualitätsentwicklung für Lehre und Studium an der HAW Hamburg. Hamburg.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (Hg.) (2016): Struktur- und Entwicklungsplan (SEP) 2016-2020. Hamburg.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (Hg.) (2008): Berufung: Professorin. Porträts eines Erfolgs. Hamburg.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (Hg.): Geschäftsbericht 2004/2005; Geschäftsbericht 2006/2007; Geschäftsbericht 2008/2009; Geschäftsbericht 2010/2011; Geschäftsbericht 2012/2013; Geschäftsbericht 2014/2015, sämtlich Hamburg.

***Hochschulpakt.** online unter: www.bmbf.de/de/hochschulpakt-2020-506.html.

Hüther, Otto/Krücken, Georg (2016): Hochschulen. Fragestellungen, Ergebnisse und Perspektiven der sozialwissenschaftlichen Hochschulforschung. Wiesbaden.

ISSUS (Institut für Schiffsbetrieb, Seeverkehr und Simulation) (Hg.) (1999): 250 Jahre 250 Seefahrt Ausbildung in Hamburg 1749 - 1999. Hamburg.

Kehm, Barbara M. (Hg.) (2008): Hochschule im Wandel. Die Universität als Forschungsgegenstand. Festschrift für Ulrich Teichler. Frankfurt a. M./New York.

***Kompetenzorientierung:** <http://www.lehr-lern-modell.de/kompetenz-orientierung> (Aufruf 22.08.2019).

Kultusministerkonferenz (Hg.) (2008): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland 2007. Darstellung der Kompetenzen, Strukturen und bildungspolitischen Entwicklungen für den Informationsaustausch in Europa. Bearbeiter: Brigitte Lohmar/ Thomas Eckhardt/ Deutsche EURYDICE-Informationsstelle der Länder im Sekretariat der Kultusministerkonferenz. Bonn.

Landeshochschulkonferenz (LHK) Hamburg (2015): Aus Kenntnis und Verantwortung. Denkschrift zum Hochschulsystem und zur Hochschulpolitik in der Freien und Hansestadt Hamburg vom 28. April 2015. Hamburg.

***Lohmühlenpark** (2019). online unter: <https://www.haw-hamburg.de/news-online-journal/campusleben/campuslebedetails/artikel/park-am-start-endlich-wird-der-neue-lohmuehlenpark-am-30-juni-eingeweiht.html>.

***Mediencampus Finkenau** (2019) derHAW Hamburg. online unter: www.haw-hamburg.de/news-online-journal/newsdetails/artikel/erweiterungsbau-des-mediencampus-hamburg-finkenau-heute-eingeweiht.html.

Mittag, Sandra/ Daniel, Hans-Dieter (2008): Qualitätsmanagement an Hochschulen. In: Barbara M. Kehm (Hg.) (2008): Hochschule im Wandel, S. 281-294.

Netzel, Thomas (Hg.) (2017): Forschungsbericht der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) Hamburg 2017. Hamburg.

Neumann, Arndt (2018): Unternehmen Hamburg. Eine Geschichte der neoliberalen Stadt. Göttingen.

***Präsident der HAW Hamburg** (2019). online unter: www.haw-hamburg.de/beschaeftigte/detailansicht/name/micha-teuscher.html#atl_langprofil (Aufruf 20.04.2019).

***Qualitätspakt Lehre** (2019). www.qualitaetspakt-lehre.de/index.php.

Schambach, Sigrid (2010): Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften und ihre Vorläufer von 1945 bis heute – ein Überblick. In: Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg 1970 – 2010. Wissen fürs Leben. Hg. vom Präsidenten der HAW. Hamburg.

Schambach, Sigrid (2006): Von der Gewerbeschule zum Technikum. Die Anfänge der Ingenieurausbildung in Hamburg zwischen 1860 und 1914. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte Band 92 (2006), S. 53-84.

Schaper, Niclas (2012): Fachgutachten zur Kompetenzorientierung in Studium und Lehre. HRK-Fachgutachten ausgearbeitet für die HRK von Niclas Schaperunter Mitwirkung von Oliver Reis und Johannes Wildt sowie Eva Horvath und Elena Bender. Bonn. Text online unter: https://www.hrk-nexus.de/fileadmin/redaktion/hrk-nexus/07-Downloads/07-02-Publikationen/fachgutachten_kompetenzorientierung.pdf.

***Sorbonne-Erklärung vom 25. Mai 1998.** Text online unter dem Titel: https://www.htw-dresden.de/fileadmin/userfiles/htw/docs/Bologna/Sorbonne_deu.pdf.

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2018): Hochschulen auf einen Blick. Redaktion: Juliane Gude/ Dr. Alexander Schacht. (www.destatis.de/publikationen).

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2018): Forschung und Entwicklung an Hochschulen. Überprüfung der FuE-Koeffizienten 2017. Autorinnen: Sarah Kienzle/ Birgit Horneffer unter Mitarbeit von Jana Jurisch. (www.destatis.de/publikationen).

Szöllösi-Janze, Margit (2004): Wissensgesellschaft in Deutschland. Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse. In: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), Heft 2, S. 277-313.

Teichler, Ulrich (2014): Hochschulsysteme und quantitativ-strukturelle Hochschulpolitik. Differenzierung, Bologna-Prozess, Exzellenzinitiative und die Folgen. Münster New York.

Vogelpohl, Anne(2017):McKinseyisierung oder Regierungsprojekt? Unternehmensberatungen in der strategischen Stadtentwicklung. Das Beispiel „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“. In: Raumforschung und Raumordnung 75 (2017), S. 327–338.

***Weiterbildung** (2019) an der HAW Hamburg. online unter: www.haw-hamburg.de/weiterbildung/ueber-uns.html

Willkommen in der Zukunft. Hundert Jahre Ingenieurausbildung in Hamburg (2005). Hg. vom Freundeskreis Maschinenbau und Produktion Berlin Tor e.V. in Kooperation mit der HAW Hamburg, TU Hamburg-Harburg, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Hamburg.

Wissenschaftsrat (2018): Empfehlungen zur Hochschulgovernance. Hannover.

Wissenschaftsrat (2017): Strategien für die Hochschullehre. Positionspapier. Halle a.d.S.

Wissenschaftsrat (2016): Empfehlungen zur Weiterentwicklung der MINT-Bereiche an den Hochschulen des Landes Hamburg. Berlin.

Wissenschaftsrat (2013): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems. Braunschweig.

Wissenschaftsrat (2010): Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen. Lübeck.

Wissenschaftsrat (2010): Empfehlungen zur Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem. Berlin.

Wissenschaftsrat (2002): Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen. Köln.

***Zukunftsvertrag Studium und Lehre.** online: <https://www.gwk-bonn.de/themen/foerderung-von-hochschulen/hochschulpakt>.

Sonstige Quellen:

Gottschall, Almut (2019): Schriftliche Auskunft der Leiterin Stabsstelle Planung und Strategie vom 9.8.2019 an die Autorin.

Präsidium/Dr. Ralf Schlichting (2019): Mündliche Auskunft an die Autorin am 19.10.2019.

„Als ‚Spiegel der Zeit‘ [...] erscheinen uns chrom-
blinkende Kraftwagen, randvolle Schaufenster und
flimmernde Mattscheiben. Doch mehr als diese sind
es Kindergarten, Schule und Universität, künden
sie doch von unserem Willen, nicht nur den eigenen
Bedürfnissen zu leben, sondern unsere Kinder in der
Welt von morgen bestehen zu lassen. Sie weisen aus,
ob wir zu Opfern bereit sind, damit in dieser Stadt
auch künftig freie Bürger mit ihren Familien wirken
und leben können.“¹

¹ Heinrich Landahl (1895-1971, SPD, Schulsenator von 1945-1953 und 1957-1961), zitiert nach Schule
und Universität, Vorwort S. 5. Zu Landahl vgl. Gabrielsson, Bürgermeister, S. 45

ÜBER- BLICK

Die HAW Hamburg und ihre Vorläufer von 1945 bis heute *

* 2010

DIE HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN UND IHRE VORLÄUFER VON 1945 BIS HEUTE – EIN ÜBERBLICK²

TEIL 1: DIE VORGÄNGER

Tiefe Wurzeln

Materieller Wiederaufbau

Geistige Neuorientierung

Die Ingenieurschulen zwischen Fach- und Hochschulen

Die Studierenden

Die bildungspolitische Diskussion der 60er Jahre

Auf dem Weg zur Fachhochschule

TEIL 2: VON DER FACHHOCHSCHULE ZUR HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN

Aufbruch und Abschwung in den 70er Jahren

Kooperation oder Konkurrenz?

Die Fachhochschule in Hamburgs Hochschullandschaft

Die Fachhochschule von innen betrachtet oder:
lehren, arbeiten und studieren

Praxisnahe Ausbildung

Forschung an der Fachhochschule

Gewinne und Verluste

Neue Weichenstellungen

Zusammenfassung

² Für vielfältige Anregungen und Hinweise danke ich Prof. Dr. Rolf Dalheimer. Danken möchte ich außerdem Marlen Witt-Maganjo, Wiebke Behrens und Verena Hecke für ihre Hilfe bei der Recherche.

DIE VORGÄNGER

Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) ist wie ein Haus mit vielen Stockwerken. Unter ihrem Dach beherbergt sie verschiedene, früher selbständige Schulen und Institute, die mit der Gründung der Fachhochschule Hamburg im Jahr 1970 ihr Eigenleben aufgaben und seitdem ihr Fundament bilden.

Diese Geschichte beginnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und reicht bis zum Beginn der Amtsperiode des jetzigen Präsidenten. Sie verfolgt den Weg der Vorgänger-Einrichtungen und der Fachhochschule und begleitet noch die ersten Schritte der HAW Hamburg. Um der besseren Lesbarkeit willen, aber auch aus Platzgründen, muss sie sich auf einen Überblick beschränken. Viele Themen konnten nur angeschnitten werden, sie verdienen aber zweifellos eine eigene, tiefer gehende Bearbeitung. Einige Hinweise auf die lange und reiche Tradition der HAW Hamburg sollen die Geschichte eröffnen.

TIEFE WURZELN

Das Fundament der HAW Hamburg bildet zum großen Teil das breit angelegte Ingenieurschulwesen, dessen Geschichte mehr als 200 Jahre zurückreicht. Sie begann mit der Patriotischen Gesellschaft von 1765, einem privaten, gemeinnützig denkenden Kreis von Angehörigen des Hamburger Bürgertums.³ Die Patriotische Gesellschaft glaubte, dass die Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit des hiesigen Handwerks dringend verbessert werden müssten. Daher richtete sie schon seit 1767 private Kurse für angehende Handwerker ein, die sogenannte Bauzeichenschule. Besonders ihr Mitglied Ernst Georg Sonnin (1713-1794), der Erbauer der St. Michaelis-Kirche, engagierte sich für diese Schule und

³ Vgl. Schambach, Gegenwart, S. 34

unterrichtete selbst die Bauhandwerker an der Michaeliskirche in Mathematik. Aus diesen privaten Anfängen entwickelte sich nach vielen Zwischenschritten 1865 die staatliche Schule für Baubeflissene (als Fortführung der Schule für Bauhandwerker) und die Allgemeine Gewerbeschule für andere gewerbliche Berufe, z. B. den Möbelbau.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kamen Ausbildungszweige hinzu, die der Industriegesellschaft und ihrer gewachsenen Mobilität Rechnung trugen: Maschinenbau, Schiffbau, Schiffsmaschinenbau, Wagenbau, Elektrotechnik hießen nun die neuen Fächer. Sie wurden seit 1893 als Kurse an der Allgemeinen Gewerbeschule angeboten. Die Nachfrage war so groß, dass 1905 eine neue technische Fachschule, das Technikum, gebaut wurde.⁴

Weit zurück reichen außerdem die Traditionslinien des Fachbereichs Seefahrt, der bis 1996 Teil der Fachhochschule war. Bereits 1749 wurde von der Stadt Hamburg eine so genannte Navigationsschule eingerichtet, um die Kenntnisse der Steuerleute in der Navigation zu verbessern.⁵

Zu den technisch ausgerichteten Vorläufern gehörten zahlreiche Labore, von denen viele schon in den 20er Jahren gegründet worden waren. Damals folgte man dem Pädagogen Georg Kerschensteiner (1854-1932) und seiner Idee der „*Arbeitsschule*“, die praktische Übungen im Zeichensaal oder am Messgerät mit theoretischem Unterricht verband.⁶

⁴ Vgl. Schambach, 100 Jahre Ingenieurausbildung, S. 37

⁵ Vgl. 250 Jahre Seefahrtausbildung, S. 36 und Hamburg-Lexikon, S. 338

⁶ Vgl. Schimank, Technische Staatslehranstalten, S. 16-23; siehe auch die detaillierte Aufzählung der verschiedenen Labore in: Jahresberichte 1963/65, S. 70-95

Nicht vergessen werden dürfen in dieser Aufzählung das Institut für Werkstoffkunde/Materialprüfungsamt⁷, die Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt sowie das Institut für Exportverpackung. Sie waren als selbständige Institute dem Ingenieurschulwesen und später der Fachhochschule angeschlossen, beteiligten sich an der Lehre und nahmen darüber hinaus externe Prüf- und Begutachtungsaufgaben wahr.⁸

Genannt sei schließlich das Technische Vorlesungswesen, das „*auf Anregung aus Technikerkreisen*“ 1910 gegründet wurde und den schon im Beruf stehenden Ingenieuren Möglichkeiten zur Weiterbildung bieten sollte.⁹ Es bestand bis 1981 und ging dann in das Institut für Kontaktstudien der Fachhochschule ein, das bis 1995 existierte.¹⁰

Neben der gewerblichen Ausbildung für Jungen rückte allmählich auch die Ausbildung von Mädchen ins Blickfeld. Dies war vor allem drei bedeutenden Frauen der hamburgischen Geschichte zu verdanken. Die eine war Emilie Wüstenfeld (1817–1874). Ihr Engagement galt der Gewerbeschule für Mädchen, die 1873 eröffnet wurde. Aus dieser Schule entwickelte sich die Meisterschule für Mode, später die Werkkunstschule für Textil, Grafik und Werbung, der Kern des Fachbereichs

⁷ Die Namen änderten sich: Das Institut für Werkstoffkunde/Materialprüfungsamt hieß früher Werkstoffprüfamt, vgl. Ingenieurschule, Jahresberichte 1963/65 und Fachhochschule. 20 Jahre, S. 28; das Institut für Exportverpackung hieß zuerst Beratungsstelle für seemäßige Verpackung BSFV, vgl. Jahresbericht 1980/81, S. 92/93 sowie unveröffentlichtes Manuskript Prof. Dr. Rolf Dalheimer, Grußwort

⁸ Vgl. Determann, Ingenieurschulwesen, S. 400.

⁹ Jahresbericht der Verwaltung des Gewerbeschulwesens 1910/11, Kap. XIV, S. 1

¹⁰ Vgl. Jahresbericht 1978/79, S. 58/59 und Fachhochschule. 20 Jahre, S. 25 sowie FachHochschule 83/1996, S. 3

1749

Die Navigationsschule
als Vorläufer des
Fachbereichs Seefahrt

1872

Gründung der Gewerbeschule für Mädchen, einer Vorläuferin des Fachbereichs Sozialpädagogik

Gestaltung der Fachhochschule Hamburg.¹¹ Die zweite Frau war Johanna Goldschmidt (1806-1884). Sie gründete 1860 mit einigen Freundinnen den so genannten Fröbel-Verein. Dieser Verein folgte den Ideen Friedrich Fröbels (1782-1852), einem Wegbereiter der Kleinkindpädagogik, und bildete junge Mädchen zu „Kinderwärterinnen“ aus.¹² Es war der Beginn des Fröbelseminars. 1961 – das Fröbelseminar war längst staatlich und hieß Fachschule für Sozialpädagogik Wagnerstraße – wurde es neu geordnet: Es entstand eine Fachschule für Erzieher und eine Höhere Fachschule für Jugendleiter. Diese letztere ging 1970 in den Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule über.¹³

Die dritte Frau schließlich war Gertrud Bäumer (1873-1954). Sie gründete 1917, mitten im Ersten Weltkrieg, die Soziale Frauenschule und, darauf aufbauend, das Sozialpädagogische Institut, um Frauen für den Beruf der Wohlfahrtspflegerin auszubilden. Das Institut begann als private Schule, getragen von der Hamburger Frauenbewegung und dem liberalen Bürgertum, und ging 1923 in staatliche Trägerschaft über. In der NS-Zeit wurde das Sozialpädagogische Institut einer rassistisch geprägten „Volkspflege“ untergeordnet und verlor das einst für die Ausbildung maßgebliche christlich-humanistische Menschenbild seiner Gründerin. Nach dem Krieg wurde die Schule Fachschule für Sozialarbeit, 1970 mündete auch

11 An der Meisterschule für Mode zeichnete sich schon früh die Konzentration auf die handwerklich-künstlerischen Fächer ab, die hauswirtschaftliche Ausbildung ebenso wie die Ausbildung der Gewerbelehrerinnen, die ursprünglich ebenfalls zum Angebot der Schule gehört hatten, wurden 1951 bzw. 1957 aufgegeben. Vgl. Illustrierte Chronik, S. 46. Zu Wüstenfeld vgl. Grolle, Wüstenfeld, S. 134-137

12 Vgl. 125 Jahre, S. 22 und Grolle, Goldschmidt, S. 84, 86

13 Vgl. Wegweiser, o. S. Seit dieser Zeit konnten auch Männer die entsprechenden Ausbildungen absolvieren.

sie in den neuen Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule.¹⁴

Eine Domäne weiblicher Berufsarbeit war außerdem die bibliothekarische Ausbildung, ein weiterer Baustein im Fundament der Fachhochschule. Er geht zurück auf die beiden Zweige der bibliothekarischen Ausbildung in Hamburg, der Büchereischule für die Ausbildung an öffentlichen Bibliotheken, (sie begann im November 1945 wieder mit den ersten Büchereikursen) und der Bibliotheksschule Hamburg, die im Oktober 1946 gegründet wurde.¹⁵ Beide Zweige gingen am 1. August 1966 als Abteilungen WB (wissenschaftliche Bibliotheken) und ÖB (öffentliche Bibliotheken) in die Bibliothekarschule der Freien und Hansestadt über.

Der kleinste und jüngste Grundstein der Fachhochschule Hamburg wurde 1965 gelegt. Damals entstand mit finanzieller Unterstützung des Hamburger Unternehmers Kurt A. Körber (1909-1992) die staatliche Ingenieurschule für Produktions- und Verfahrenstechnik. Sie baute ihrerseits auf dem privaten Tabaktechnikum auf, das Körber 1956 in Bergedorf gegründet hatte, um qualifizierten Ingenieur- und betriebswirtschaftlichen Nachwuchs für sein Unternehmen auszubilden.¹⁶ 1970 wurde auch diese Schule in die Fachhochschule integriert. Sie ist mit dem Fachbereich Produktions- und Verfahrenstechnik, Bio-Ingenieurwesen der Kern des seit 1972 bestehenden Standortes Bergedorf der Fachhochschule.

14 Vgl. Dünkel/Fesel, Soziale Frauenschule, S. 19 und 126/127. Die Verstrickung der Schule in die rassistische „Volkspflege“-Politik des NS-Staates dokumentiert diese Arbeit ausführlich. Für andere Fachgebiete, wie zum Beispiel das Ingenieurschulwesen, liegen Forschungen zur NS-Zeit noch überhaupt nicht vor.

15 Vgl. Bischoff-Kümmel/Fiebig, Bibliothekarische Ausbildung, S. 10

16 Vgl. zur Geschichte des TTH Schmid/Wegner, Kurt A. Körber, S. 126-135

Daneben fand auch der junge Ausbildungszweig Ökotrophologie in Bergedorf seine Heimat. Seine Wurzeln liegen in der Höheren Fachschule für Hauswirtschaftliche Betriebsleiterinnen am Brekelbaumpark.¹⁷ 1978 siedelte der Fachbereich von dort endgültig nach Bergedorf um.

Die genannten Vorgänger der HAW Hamburg unterstanden nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1970 als Fachschulen, teilweise auch als Höhere Fachschulen der Schulbehörde. Sie waren dort Teil des beruflichen Bildungswesens.¹⁸

MATERIELLER WIEDERAUFBAU

Als der Krieg zu Ende war, lag Hamburg in Trümmern. Das öffentliche Leben, und damit ist auch der Schulalltag gemeint, kam nur sehr langsam wieder in Gang. Mit welchen Schwierigkeiten Lehrer, Mitarbeiter und Studierende zu kämpfen hatten, skizzieren die folgenden Absätze am Beispiel der Ingenieurschule.

Das Hauptgebäude am Berliner Tor, 1913 nach Plänen von Fritz Schumacher erbaut, war 1943 zum großen Teil zerstört worden. Die Raumnot war und blieb seitdem für lange Zeit das größte praktische Problem. Hinzu kam der Mangel an Maschinen, Modellen und nicht zuletzt auch an Papier, die allesamt für die Ausbildung der Studenten notwendig waren.¹⁹

17 Vgl. Jahresbericht 1976/77, S. 84

18 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1953, S. 84. Es gab noch viele andere Fachschulen, die aber nicht in die HAW Hamburg hineinwuchsen, daher werden sie hier nicht erwähnt.

19 Zum Folgenden vgl. StA Hamburg 361-2 VI 4771. Es handelt sich um allgemeine Unterrichtsangelegenheiten der Ingenieurschule aus der Zeit zwischen 1945 und 1950. Viele Akten der Ingenieurschule aus der Zeit davor verbrannten im Zweiten Weltkrieg, denn sie lagerten im Hauptgebäude am Berliner Tor. Hier: Schreiben der Schulverwaltung Hamburg an die Ingenieurschule vom 9.8.45.

1945

Schwieriger Neubeginn nach dem Krieg

Die Lehrpläne der Ingenieurschule mussten durch die Militärregierung genehmigt werden. Dies geschah im November 1945, war jedoch mit Auflagen verbunden: *„Die Schule verpflichtet sich, [...] auf dem Gebiete des Schiffbaus und Schiffsmaschinenbaus nichts zu unterrichten, als was für Küsten- und Binnenschiffsverkehrsverkehr notwendig ist.“*²⁰ Erst 1951 wurden im sogenannten Petersberger Abkommen vom 3. April die Beschränkungen für den deutschen Schiffbau zurückgenommen.²¹

Am 19. November 1945 begann das Wintersemester an der Ingenieurschule. *„Zur Ausbildung werden Schüler mit mittlerer Reife zugelassen, die mindestens zwei Jahre praktische Berufsarbeit hinter sich haben. Die Abschlussprüfung der Schule berechtigt bei guter Zensur zum Studium an der technischen Hochschule, bei genügender zur Zulassung zur Aufnahmeprüfung. Den theoretischen Unterricht ergänzt die praktische Arbeit in den eigenen Laboratorien der Schule. [...] In den Laboratorien wird vorläufig auch der theoretische Unterricht stattfinden, da das Haupthaus größtenteils zerstört ist.“*²²

Zu Beginn des Jahres 1946 besuchte der zuständige Leiter des Berufs- und Fachschulwesens bei der Schulbehörde, Johannes Schult (1884-1965), die Ingenieurschule.²³ Mittlerweile zählte die Schule wieder 678 Studenten (gegenüber 1000 in der Zeit

20 Schreiben der Ingenieurschule an die Schulverwaltung Hamburg vom 14.11.45, in: StA Hamburg 361-2 VI 4771

21 Vgl. ISSUS, 250 Jahre Seefahrtausbildung, S. 79

22 Hamburger Nachrichten vom 15.11.1945, Auszug in: StA HH 361-2 VI 4771

23 Zu Schult vgl. den Beitrag von Anne-Kathrin Beer in Hamburgische Biografie, Bd. 4, S. 315-317. Johannes Schult war von 1945 bis 1950 Oberschulrat. Zwischen 1922 und 1933 war er Schulaufsichtsbeamter für das Berufs- und Fortbildungsschulwesen. 1950 folgte ihm vertretungsweise Landesschulrat Ernst Matthewes, ab 1959 Dr. Ing. Hermann Determann.

vor dem Krieg). Alles war notdürftig und vorläufig, wie Schult berichtete: *„Besonders aufgefallen sind mir die Fortschritte, die die Unterbringung der Klassen gemacht hat. Das Laboratoriumsgebäude, das nur schmal ist, wird von einem ebenfalls sehr schmalen Korridor der Länge nach durchzogen. An beiden Seiten sind durch Leichtwände Räume, teils als Verwaltungszimmer, teils als Unterrichtszimmer oder auch für andere Zwecke abgeteilt. Die notwendigen Bauarbeiten, das Einsetzen von Fenstern, das Abdichten der Decken, die Beschaffung von Türen, die Anlage von elektrischen und Wasserleitungen, alle diese Arbeiten sind von Lehrern und Studierenden ausgeführt worden. [...] Die Studierenden ertragen auch die im Gebäude herrschende Kälte mit großer Standhaftigkeit. An eine Beheizung der Räume ist nicht zu denken, da es 1. an Öfen und 2. an Brennstoff fehlt. Die Teilnahme am Unterricht ist durchaus befriedigend.“*²⁴

Die Studierenden waren oft weit über 20 Jahre alt, denn die Schule nahm in erster Linie solche jungen Leute auf, die ihr Studium bereits vor dem Krieg begonnen hatten und es nun endlich zu Ende führen wollten. Aufgenommen wurden auch junge Männer, die wegen ihres Wehrdienstes oder einer Dienstverpflichtung in der Industrie zum Teil lange Jahre auf den Beginn ihres Studiums gewartet hatten.²⁵

Auch das Lehrerkollegium hatte sich sehr verändert. Von 64 Lehrern waren vier im Krieg gefallen oder gestorben, drei Lehrer und der Direktor waren aus der Kriegsgefangenschaft noch nicht zurückgekehrt, 17 Lehrer waren wegen Krankheit oder Alters pensioniert, zehn Lehrer wurden neu eingestellt und zehn weitere Lehrer waren *„von der Mi-*

litärregierung nicht bestätigt“ worden.²⁶ Eine ähnliche Nachricht enthält übrigens auch die Chronik der Seefahrtschule, sie berichtet unter dem Datum Oktober 1946: *„Einige der früheren Lehrer dürfen noch nicht wieder in den Dienst eintreten.“*²⁷

Diese Formulierung umschreibt die beginnende Entnazifizierung, mit der Hamburgs öffentlicher Dienst seit dem Kriegsende und der Übergabe der Stadt an die britische Besatzungsmacht am 3. Mai 1945 konfrontiert wurde. Es war einmütige Überzeugung der alliierten Besatzungen, dass aktive Nationalsozialisten oder Anhänger des Nationalsozialismus aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden müssten. Seit dem Juni 1945 versuchte die britische Militärregierung, diesen Personenkreis über einen detaillierten Fragebogen zu ermitteln. Aufgrund seiner Informationen wurde von den höheren Beamten rund ein Fünftel als Anhänger der NS-Partei aus ihrem Amt entlassen.²⁸ Unter der Hamburger Lehrerschaft galt der Militärregierung sogar jeder Dritte als untragbar, so dass ein erheblicher Personenkreis vorläufig suspendiert blieb.²⁹ Im weiteren Verlauf erwies sich die Entnazifizierung durch die britische Militärregierung und ab 1946 durch die deutschen Ausschüsse allerdings als relativ nachgiebig, so dass fast alle vorläufig suspendierten Lehrer letztlich wieder eingestellt wurden.³⁰

Noch etwas verdient Erwähnung: Bereits am 11. September 1946 schrieb der schon erwähnte Oberschulrat Schult an das Landeswirtschaftsamt und bat um die Genehmigung einer zusätzlichen

26 Vgl. ebenda

27 Vgl. ISSUS: 250 Jahre Seefahrtausbildung, S. 78

28 Vgl. Werum, Entnazifizierung, S. 27

29 Vgl. Sywottek, Hamburg seit 1945, in: Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 2, S. 413 und de Lorent, Entnazifizierung, S. 48

30 Vgl. ebenda

Lebensmittelkarte für den Abteilungsleiter an der Ingenieurschule, Heinrich Blasius, da dieser Hunger leide und kurz vor dem Zusammenbruch stehe. Wie diese Geschichte ausging, ist der betreffenden Akte nicht zu entnehmen, doch der Schriftwechsel erinnert an diese, die erste Nachkriegszeit überall prägende Erfahrung, den Hunger.³¹

Die Ingenieurschule hatte also mit einem ganzen Bündel von Problemen zu kämpfen. In den anderen Vorgänger-Einrichtungen der HAW Hamburg lagen die Probleme ähnlich. Ein Beispiel: Die Meisterschule für Mode, seit mehr als 70 Jahren in der Brennerstr. 77 in St. Georg zu Hause, wurde im Sommer 1943, im Verlauf der alliierten Luftangriffe auf Hamburg, vollkommen zerstört. Ihr gesamter Materialbestand und das Schulinventar gingen verloren. Im November 1945 bemühte sich die Schule um Wiederezulassung durch die Militärbehörde, die 1934 entlassene Direktorin Kläre Baumert wurde wieder eingesetzt. Im Februar 1946 begann der Unterricht offiziell im Gebäude der Mädchenoberschule Curschmannstraße 39 in Eppendorf. Den knappen Raum mussten sich dort Lehrer, Lehrerinnen und Schülerinnen von zwei Schulen vier Jahre lang teilen.³²

Mit vielen Provisorien begann auch die neu gegründete Bibliotheksschule. Seit dem 1. Oktober 1946 wurden Ausbildungslehrgänge für wissenschaftliche Bibliothekare in Hamburg angeboten. Die ersten Kurse fanden im Keller des Curio-Hauses statt; der Unterricht im Bibliografieren war beinahe unmöglich, weil der Auskunftsbestand der Staatsbibliothek wie vieles andere im Sommer 1943 nahezu vollständig vernichtet worden war.³³

31 Vgl. StA HH 361-2 VI 4771

32 Vgl. Illustrierte Chronik, S. 3-4 und 6

33 Vgl. Graf, Büchereikurse (Abteilung B), S. 36 und 39, siehe auch Bischoff-Kümmel/Fiebig, Bibilothekarische Ausbildung, S. 10

GEISTIGE NEUORIENTIERUNG

Nicht allein der materielle Wiederaufbau der Schulen und die Rückkehr zu einem geordneten Schulalltag waren notwendig; es mussten auch Entscheidungen getroffen werden, wie Schule und Ausbildung in Zukunft überhaupt aussehen sollten. Und es gab Ideen: Schon im Juni 1945 wandten sich die Direktoren der Bauschule und der Ingenieurschule sowie der Direktor des Technischen Vorlesungswesens an den Bürgermeister und schlugen ihm die Neuordnung des Ingenieurschulwesens vor: Die Ingenieurschulen sollten endlich ein eigenes Referat in der Schulbehörde erhalten oder besser gleich in der Abteilung für die Hochschulen geführt werden. Denn man müsse dem *„Bedürfnis nach einer Vertiefung der wissenschaftlichen Ausbildung Rechnung [tragen], wie schon seit vielen Jahren in unseren Lehrerkollegien und mit unseren Absolventen erörtert und auch schon gelegentlich der Schulverwaltung berichtet worden ist. Wir schlagen vor, an der Ingenieurschule und der Bauschule neben den 5-semesterigen auch 7-semesterige Lehrgänge mit der Möglichkeit des Überganges von den 5- auf die 7-semesterigen einzuführen“* und, so ihr Fazit, *„die Ingenieurschule in „Ingenieurakademie“ und entsprechend die Bauschule in „Bauakademie“ umzubenennen.“*³⁴

Die drei Direktoren nutzten die noch völlig offene Situation direkt nach Kriegsende für ihren Vorstoß: Sie wollten einerseits die Qualität der Ausbildung durch eine längere Studiendauer verbessern, andererseits aber auch das Ansehen ihres Berufsstandes, der Ingenieure, heben. Und

34 Schreiben an den Bürgermeister und die Schulbehörde vom 7. Juni 1945, in: StA HH 361-2 VI 4771. Die Direktoren waren Dipl. Ing. Wilhelm Klupp (Bauschule), Dr. Haake (Ingenieurschule), Prof. Dr. Schimank (Technisches Vorlesungswesen)

noch etwas Drittes klang an, wenn die Bezeichnung Akademie vorgeschlagen wurde: In den ersten Jahren nach dem Krieg war allgemein der Wunsch stark, ein allzu enges Fachspezialistentum zu vermeiden, den Unterricht in einer freieren Atmosphäre zu gestalten und die berufliche Bildung in den weiten Horizont der Persönlichkeitsbildung zu stellen.³⁵ Nicht zuletzt sollte die *„deutsche Jugend in die europäische Kulturgemeinschaft zurückgeführt werden“*.³⁶

Ähnlich wie die Ingenieurschulen argumentierte für die Hamburger Bibliotheksschule einer ihrer ersten Dozenten, Gerhard Alexander. Er schrieb 1949: *„Die Bibliotheksschule ist eine Fachschule; aber auch eine Fachschule verfehlt ihren Sinn, wenn sie nur den Spezialisten, den Techniker, und nicht auch den Menschen herantbildet. [...] Denn die wissenschaftliche Bibliothek braucht auch für ihre nicht-wissenschaftlichen Arbeiten Menschen, die sich der kulturellen Tradition und der kulturellen Aufgabe ihres Berufes bewusst sind.“*³⁷

Nach der geistigen Verrohung der NS-Zeit mit ihrem rassistisch reduzierten Menschenbild sehnte man sich zurück nach einem bürgerlichen Wertekanon früherer Zeit, wenn auch dessen moralische Kraft unter der NS-Herrschaft stark beschädigt worden war.

Besonders für diejenigen Ausbildungszweige, in denen es um die Arbeit mit Menschen und für Menschen ging, war ein neues Leitbild dringend nötig. Die Leiterin der Fachschule für Sozialpädagogik, Hildegard Knipp, sprach das deutlich aus:

35 Vgl. Ebel, Berufsbildende Schulen, S. 101; Bauschule Hamburg 1767-1967, S. 48 und 63

36 Schröder, Neue Schule, S. 51

37 Gerhard Alexander, zitiert nach Kübler, Vorwort, in: Biblionota, S. 2

„Was wir brauchen, ist die Wendung nach innen, die Lösung vom Pathos, die ruhige Besinnung, die eigene Verwurzelung als Kraftquelle für andere.“³⁸

DIE INGENIEURSCHULEN ZWISCHEN FACHSCHULE UND HOCHSCHULE

Im hamburgischen Schulsystem der Nachkriegszeit erlangten die Ingenieurschulen mehr und mehr eine eigenständige Stellung zwischen Fachschule und technischer Hochschule. Damit einher ging die Verlängerung des Studiums.³⁹ Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich auf der Grundlage von Beratungen der Kultusminister auch in anderen Bundesländern.⁴⁰

Im Februar 1956 hatte der Verein Deutscher Ingenieure (VDI), der sich als Wortführer für die Verbesserung des Ingenieurschulwesens verstand, bundesweit mit einer Denkschrift über das deutsche Ingenieurschulwesen Beachtung gefunden. Seine Forderung ließ sich in einem Satz zusammenfassen:

38 zitiert nach Thorun, Nachkriegszeit, S. 38. Den Namen Gertrud-Bäumer-Schule trug die Schule erst wieder nach einer Senatsentscheidung vom Juli 1954. Vgl. ebd., S. 39. In der NS-Zeit hatte die Schule „Volks- pflegeschule des Staatlichen Sozialpädagogischen Instituts“ geheißen.

39 In Hamburg wurde 1951 das Studium an der Ingenieurschule Berliner Tor von fünf auf sechs Semester verlängert, 1953 an der Bauschule und im selben Jahr von vier auf fünf Semester an der Wagenbauschule Vgl. Dalheimer, Klasse für Bauzeichner, S. 22 und Bauschule Hamburg 1767-1967, S. 37; Wagenbauschule, S. 22

40 Grundlage war der Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 17. April 1953, abgedruckt in: Determann, Vereinheitlichung, S. 69. Zur Person: Dr. Hermann Determann (1909-1985), ab 1960 als Oberschulrat bei der Schulbehörde für die Ingenieurschulen verantwortlich, übernahm leitende Aufgaben im Hamburger VDI und war mehrere Jahre dessen 2. Vorsitzender; außerdem leitete er die Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt und gründete das Institut für Verpackungstechnik. Vgl. Dalheimer, Klasse für Bauzeichner, S. 22; Hinweis von Prof. Dr. Dalheimer

1962
In Hamburg
gibt es fünf
Ingenieurschulen

„Die Zahl der Ingenieurschul-Absolventen muss um die Hälfte gesteigert werden, ohne dass die Güte der Ausbildung sinkt.“⁴¹ Diese Denkschrift blieb nicht ohne Einfluss auf die weiteren bildungspolitischen Planungen. Noch im gleichen Jahr 1956 beschloss die KMK, für alle Bundesländer die Anzahl der Ingenieurschulen und ihrer Studierenden zu erfassen und Planzahlen für den weiteren Ausbau zu erstellen. Ziel war es, auf Grundlage gesicherter Daten die Ingenieurschulen neu zu ordnen, sie auszubauen und zu vereinheitlichen.⁴² Das Stichwort Vereinheitlichung galt auch für die Zulassungsvoraussetzungen zum Studium an einer Ingenieurschule. Seit einem KMK-Beschluss vom 15. Juni 1961 benötigten die Bewerber überall in Deutschland die Mittlere Reife oder sie mussten die Versetzung in eine 11. Klasse an einem Gymnasium bestanden haben. Zusätzlich dazu verlangten die Schulen entweder eine abgeschlossene Lehre oder ein zweijähriges Praktikum vor dem Beginn des Studiums.⁴³

In Hamburg zählte man 1957 drei Ingenieurschulen (Ingenieurschule Berliner Tor, Bauschule, Schiffsingenieurschule) und ab 1962 fünf (zu den genannten wurden die Wagenbauschule und die private Ingenieurschule für Produktions- und Verfahrenstechnik in Bergedorf hinzugezählt).⁴⁴ Die Schulbehörde rechnete mit einer Steigerung der Studierendenzahlen: Sie kalkulierte für das Jahr

1957 mit 2100, für das Jahr 1970 mit 4650 Studierenden. Folgerichtig setzte seit Beginn der 60er Jahre der gezielte Ausbau der Schulen ein, um die Studienkapazitäten zu erweitern: Der Neubau für die Bauschule begann im Frühjahr 1963.⁴⁵ Der Neubau einer vierten Ingenieurschule in Bergedorf mit Unterstützung der Industrie – namentlich Kurt A. Körbers – sollte 1964 beginnen, ebenso der Neubau der Seefahrt- und Schiffsingenieurschule.

Die hier skizzierte Entwicklung der Ingenieurschulen ist zu verstehen vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und des Aufschwungs in den 50er Jahren, der qualifizierte Ingenieure dringend forderte.⁴⁶ Seit Mitte der 50er Jahre wurden in einigen Gewerben, speziell im Bauwesen, im Schiffbau und im produzierenden Gewerbe, Arbeitskräfte knapp. 1959 gab es in den technischen Angestelltenberufen praktisch keine Arbeitslosigkeit mehr. Kennzeichnend für Hamburgs Wirtschaft war traditionell der Schiffbau – hinzu kamen ein hochspezialisierter, mittelständischer Maschinenbau, z. B. in der Tabakindustrie, die Bauwirtschaft und als besondere Wachstumsbranchen die Elektroindustrie und der Dienstleistungssektor aus Handel, Banken, Versicherungen.

Und noch ein weiterer, allgemeinpolitischer Gesichtspunkt trat hinzu: In der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurde den westlichen Staaten bewusst, dass die Sowjetunion bereits „außerordentliche Fortschritte“ in der Entwicklung der Technik gemacht hatte, wie es in einer Veröffentlichung des

41 Denkschrift des VDI zur Ausweitung der Ingenieurschul-Kapazität vom Februar 1956, in: StA HH 361-2 VI 5673

42 Vgl. Ingenieurschulen, S. 44 sowie Oehler, Hochschulentwicklung, S. 103; außerdem Friedeburg, Bildungsreform, S. 337-339. So sollte in der gesamten Bundesrepublik die Zahl der Ingenieurschulen von 80 (1957) auf 113 (1970), die Zahl der Studenten von rund 38.000 (1957) auf rund 82.000 (1970) wachsen.

43 Vgl. allgemein Determann, Vereinheitlichung, S. 70/71

44 Vgl. zum folgenden Absatz Ingenieurschulen, S. 41; Bauschule Hamburg 1767-1967, S. 37; Bericht des Landes Hamburg, S. 80

45 1967 zogen die letzten Abteilungen der Bauschule, die nun Ingenieurschule für Bauwesen hieß, aus dem Gebäude am Steintorplatz aus und in das neue Gebäude in der Hebebrandtstraße (City-Nord) am Stadtpark ein.

46 Vgl. zum folgenden Absatz Drescher, Wirtschaftsentwicklung, S. 243-248

1965

Gründung des Deutschen Bildungsrates

VDI aus dem Jahr 1959 hieß.⁴⁷ Die gezielte Förderung des technischen Nachwuchses war damit auch ein Thema, das zum Kalten Krieg zwischen Ost und West gehörte.

DIE STUDIERENDEN

Bis etwa zur Mitte der 60er Jahre arbeiteten auch die anderen, nicht-technischen Vorgänger der HAW Hamburg an der Aufwertung und Verlängerung des Studiums sowie des Praktikums. Einige Beispiele: An der Bibliotheksschule wurde die Ausbildung 1957 von fünf auf sechs Semester ausgedehnt⁴⁸; die Ausbildung für Sozialarbeiter und -arbeiterinnen, die nach dem Krieg nur zwei Jahre dauerte, wurde 1961 auf vier Jahre einschließlich einjährigem Praktikum verlängert.⁴⁹

Je nach Fach dauerten die Praktika an der Meisterschule für Mode unterschiedlich lange. Bemerkenswert ist hier, dass die Schule 1961 ihr Profil noch deutlicher in eine künstlerische Richtung veränderte, indem sie neue Fächer hinzunahm. Sie hieß nun Meisterschule für Mode, Werkkunstschu-

Studierende	1953	1960	1968
Meisterschule für Mode/Werkkunstschule	166 (15m/151w)	353 (40 m/313 w)	297 (101 m/196 w)
Büchereischulen (für öffentliche bzw. wissenschaftliche Bibliotheken)	112 (25 m/127 w)	142 (15 m/127 w)	338 (56 m/282 w)
Seefahrtsschule	175 (175 m/0 w)	615 (613 m/2 w)	606 (605 m/1 w)
Ingenieurschulen (einschließlich Wagenbauschule, Schiffsin- genieurschulen und Bauschule, ohne Abendschule und Vorsemester der Ingenieurschulen)	1428 (1424 m/4 w)	2943 (2928 m/15 w)	3269 (3228 m/35 w)

47 A. Rucker, Probleme des technischen Nachwuchses, S. 3. Siehe auch Köhle, Bildungsrestauration, S. 240

48 Vgl. Bischoff-Kümmel/Fiebig: Bibliothekarische Aus-
bildung, S. 20-22

49 Vgl. Thorun, Nachkriegszeit, S. 37

le für Textil, Grafik, Werbung der Freien und Han-
sestadt Hamburg.⁵⁰

Wie sich die Studierendenzahlen an den ein-
zelnen Fachschulen über einen Zeitraum von 15
Jahren tatsächlich entwickelten, ist anhand der
amtlichen Statistiken schwer nachzuvollziehen, da
die Zuordnung der einzelnen Schulen schwankte.
Um eine ungefähre Größenordnung anzugeben,
seien hier die folgenden Zeitreihen genannt.⁵¹

Besonders schwer fällt die Einschätzung bei
den Wohlfahrtspflegeschulen bzw. den Schulen für
soziale Arbeit, da hier nicht klar ist, welche Schu-
len mitgezählt wurden. Die Zunahme von 1953 bis
1968 erscheint daher exorbitant: von 51 auf 809
Studierende.

Der übliche Zugangsweg blieb für die jungen
Frauen und Männer die Mittlere Reife oder ein
gleichwertiger Abschluss plus Berufserfahrung.
Davon gab es zwei Ausnahmen: Erstens konnten
zur Ausbildung als Sozialarbeiter und -arbeiterin-
nen auch Absolventen der Hauptschule aufgenom-
men werden, sofern sie eine gesonderte Prüfung
bestanden hatten. Zweitens forderten die Biblio-
theksschulen nach wie vor das Abitur als Einstieg.⁵²
Doch generell galt: Die Stadt Hamburg bot gerade
im Bereich unterhalb der klassischen Hochschu-
le, nämlich für die Mittelschulabsolventen, ein
breites Ausbildungsspektrum. Dies entsprach der
schulpolitischen Tradition der Stadt, die immer
auf die Verbindung von praktischem Beruf und

50 Vgl. dazu Bericht des Landes Hamburg, S. 79 und
Bestandsverzeichnis StA HH 362-5/7; für die unter-
schiedliche Praktikumsdauer vgl. Handbuch Hamburg
1956, S. 100-102. In der Illustrierten Chronik, S. 35
wird das Jahr 1964 für die Umbenennung angegeben.

51 Sämtliche Angaben aus den Statistischen Jahrbü-
chern für Hamburg, Jge. 1953, S. 84; 1960, S. 71 und
75; 1968, S. 101 und 105. Stichtag der Erhebung war
jeweils der 15.11.

52 Vgl. Bischoff-Kümmel/Fiebig: Bibliothekarische Aus-
bildung, S.17

Bildung gesetzt hatte. Eine abgeschlossene Lehre
galt als festes Fundament für weiteren schulischen
und beruflichen Aufstieg über Handels-, Fach- und
Meisterschulen.⁵³

DIE BILDUNGSPOLITISCHE DISKUSSION DER 60ER JAHRE

Diese bildungspolitische Konstante geriet im Zuge
der nun einsetzenden bundesweiten Bildungs-
diskussion unter Druck.⁵⁴ Zwar bemühte sich die
Kultusministerkonferenz schon seit langem um
mehr Einheitlichkeit und Abstimmung im deut-
schen Bildungswesen (das wurde oben am Beispiel
der Ingenieurschulen deutlich). Doch im Jahr 1965
ging die Bildungspolitik noch einen Schritt wei-
ter: Bund und Länder gründeten gemeinsam den
Deutschen Bildungsrat als Gremium einer bundes-
weiten Bildungsplanung. Dieses Gremium hatte
mit seinen Empfehlungen beträchtlichen Einfluss
auf den Gang der bildungspolitischen Diskussion.
Es verabschiedete 1970 den Strukturplan für das
Bildungswesen, der 1973 als Bildungsgesamtplan
große praktische Bedeutung erhielt. Auf seine
Empfehlung gehen beispielsweise die Einführung
der Orientierungsstufe und Gesamtschulversuche
zurück.

Seit Mitte der 60er Jahre war in der deutschen
Politik die Einsicht gereift, dass Wirtschaft und
Gesellschaft noch viel mehr von gut ausgebilde-
tem Personal abhängig wären, ja dass letztlich der
Wohlstand und die wirtschaftliche Konkurrenz-
fähigkeit des Landes mit dem Bildungspotential
seiner Jugend korrespondierten. Publizistisch wur-
den die Erkenntnisse der Bildungsplaner äußerst
wirksam mit Warnungen vor einer „Bildungska-

53 Vgl. Drescher, Wirtschaftsentwicklung, S. 250

54 Vgl. zum folgenden Abschnitt Friedeburg, Bildungsre-
form, S. 344-348 und 350/51 sowie Köhle, Bildungs-
restauration, S. 240 und 246

tastrophe“ und der Forderung nach einem „Bürgerrecht auf Bildung“ verbunden.⁵⁵

Die neu aufflammende Bildungsdiskussion war facettenreich. Diskutiert wurden der quantitative Ausbau des Bildungswesens, die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern, die innere Reform der bestehenden Bildungseinrichtungen mit dem Ziel der sozialen Öffnung, und – nicht zu vergessen – pädagogische Fragen, z. B. um Begabung und Chancengleichheit.⁵⁶ Administrative, bildungsökonomische, soziale und ethische Aspekte flossen ineinander.

Für die Zukunft der (Höheren) Fach- und der Ingenieurschulen war der Vorstoß des Soziologen und Bildungspolitikers Ralf Dahrendorf im Sommer 1967 folgenreich: Er prognostizierte wegen der starken Geburtenjahrgänge einen Ansturm auf die Universitäten, dem sie nicht gewachsen sein könnten. Erstes Ziel einer Bildungsreform müsse daher die Entlastung der Universitäten sein. Dies könne geschehen, indem man die Ausbildung an den Hochschulen gliedere in ein wissenschaftliches Langzeitstudium und in ein praktisch orientiertes Kurzzeit- bzw. Fachhochschulstudium, das die Ausbildung der Ingenieure und anderer praktischer Fächer, wie z. B. in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, betreffe.⁵⁷ Ähnlich argumentierte der VDI: Die Wirtschaft benötige zu etwa 80 Prozent Ingenieure, die nach dem aktuellen Stand der Technik vorgegebene Aufgaben lösen könnten, also im Wesentlichen reproduzierend tätig seien. Sie benötige darüber hinaus aber etwa 20 Prozent wissenschaftlich interessierte, schöpferisch begabte und für spätere Führungsaufgaben geeignete junge Männer. Diese sollten an ei-

55 Dies sind die Schlagworte der damaligen Diskussion, angeführt von einer Artikelserie Georg Pichts über „die deutsche Bildungskatastrophe, 1965, und durch Ralf Dahrendorf in seinem Buch „Bildung ist Bürgerrecht“, 1965

56 Vgl. Friedeburg, Bildungsreform, S. 374/75

57 Vgl. Neue Wege zur Hochschulreform, S. 18-28

1962 Die Ministerpräsidenten der Länder beschließen die Gründung der Fachhochschulen

ner Universität ausgebildet werden, die anderen an einer Berufs- bzw. Fachhochschule.⁵⁸

In diesem Zusammenhang erlangte die Idee der Gesamthochschule für einige Zeit große Popularität, ja sie schien sogar geeignet, den gordischen Knoten des verwickelten Hochschulsystems zu durchschlagen. Ralf Dahrendorf hatte sie anlässlich einer bildungspolitischen Tagung in Bergedorf im Sommer 1967 zur Sprache gebracht: Die Gesamthochschulen sollten „*Warenhäuser der Ausbildung“ für Kurz- und Langzeitstudenten werden. Ihre einzelnen Fachbereiche bzw. Abteilungen sollten von den Vorzügen einer gemeinsamen Organisation profitieren und den Kurzzeitstudenten den „diskriminierenden Charakter“ eigener Studienstätten ersparen.*⁵⁹

In Hamburg war man, wie die Darstellung oben zeigt, in den 50er und 60er Jahren dem bundesweiten Trend zum Ausbau, zur Vereinheitlichung und zur Hebung des Niveaus an den Fachschulen gefolgt. Nun stellte sich die Situation noch einmal neu. Die Schulbehörde wollte die Eigenständigkeit der Ingenieurschulen erhalten und auch die Zugangsvoraussetzung Mittlere Reife plus Praktikum gesichert wissen. Das war ihr Standpunkt während einer Konferenz der Kultusminister in Bonn noch im November 1967.⁶⁰ Insbesondere der leitende Beamte, Hermann Determann, sprach sich energisch gegen die Thesen Dahrendorfs aus. Seiner Meinung nach bot die Aufteilung in ein Kurz- und ein Langzeitstudium Vorteile für die wissenschaftlichen Hochschulen, weil sie diese entlasten könne und Teile der Ingenieurstudenten auf die Ingenieurschulen lenke, schließe aber einen beachtlichen Teil der bisher geeigneten Bewerbergruppen

58 VDI, Gesprächsunterlagen für den 20.7.67, in: StA HH 361-2 VI 5681

59 Vgl. Neue Wege zur Hochschulreform, S. 32/33

60 Vgl. Plenarsitzung der KMK vom 2.11.1967, in: StA HH 361-2 VI 5681

– nämlich die in Hamburg traditionell starke Gruppe der Realschulabsolventen – aus. Die Ingenieurschulen hätten damit nur die Alternative, herabzusinken auf das Niveau einer Technikerschule oder dem Trend anderer Bundesländer zu folgen und ebenfalls das Abitur zu fordern.

Seit Mitte des Jahres 1968 setzte sich der Gedanke durch, dass die Zukunft der Ingenieurschulen in der fachgebundenen Hochschule liege.⁶¹ Das hatte auch damit zu tun, dass in den Ländern der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) die Frage des Niederlassungsrechts für Ingenieure diskutiert wurde. Bis zum Jahr 1970 wollte die EWG diese Frage regeln. Aus Sicht der deutschen Ingenieure gab es erhebliche Probleme: Viele von ihnen besaßen kein Hochschulstudium, sondern hatten ihre Ausbildung an einer Ingenieurschule absolviert. Diese Ausbildung wurde von anderen europäischen Ländern – eben weil sie nicht an einer Hochschule erworben war – mit derjenigen eines Technikers gleichgesetzt, wodurch sich die deutschen Ingenieure unter Wert betrachtet und diskriminiert sahen. Sie waren auch aus diesen Gründen sehr daran interessiert, dass ihre Ausbildung aufgewertet wurde – dies ging nur über den Weg der Hochschule.

AUF DEM WEG ZUR FACHHOCHSCHULE

Im Herbst 1968 wurde eine Richtungsentscheidung getroffen. Die Ministerpräsidenten der Länder einigten sich auf ein gemeinsames Abkommen zur Zukunft der Fach- und Ingenieurschulen. Sie beschlossen, die Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen für Wirtschaft, für Sozialpädagogik und Sozialarbeit, für Gestaltung und für Landwirtschaft zu Fachhochschulen zusammenzuführen. Diese sollten für Schüler und Schülerinnen, die die 12. Klasse bestanden hatten und damit die Fach-

61 Vgl. Schreiben der Handelskammer vom 14.7.68, in: StA HH 361-2 VI 5681

1970

Die Bürgerschaft beschließt das Gesetz über die Fachhochschule

hochschulreife besaßen, ein praxisorientiertes Studium auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Abschluss der Graduierung anbieten.⁶²

Die Länder, also auch Hamburg, mussten sich diesen Vorgaben möglichst schnell anpassen. Senat und Bürgerschaft in Hamburg berieten zunächst, bis zum April 1969, die Reform der hamburgischen Universität.⁶³ Anschließend trat der Senat dafür ein, das noch zu beratende Gesetz über die Fachhochschule dem Universitätsgesetz weitgehend anzugleichen. Diese sollte wie die Universität als Körperschaft des öffentlichen Rechts gelten und ihre Angelegenheiten selbst verwalten.⁶⁴

In den Beratungen der Bürgerschaft bestand Einigkeit darüber, dass für die künftige Fachhochschule die internationale und die EWG-weite Anerkennung der Abschlüsse angestrebt und „*die schulische Vorbildung der zukünftigen Studierenden geändert werden*“ müssten.⁶⁵ Intensive Beratungen wurden um andere Punkte geführt, zum Beispiel um das Praktikum als Teil der Ausbildung. Vertreter der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer setzten sich in einer Anhörung vehement für den Erhalt eines längeren gelenkten Praktikums ein, weil in diesem die besondere Qualität der Ausbildung liege. Sie fürchteten, dass bei einer Verkürzung oder dem Wegfall des Praktikums, wie es manche Dozenten

forderten, die Ausbildung zu theorielastig werde.⁶⁶ Strittig war das Forschungs- und Promotionsrecht. Der bürgerschaftliche Ausschuss verständigte sich auf die Formulierung, dass die künftige Fachhochschule „*praxisnahe Forschungs- und Entwicklungsaufgaben*“ habe und verzichtete darauf, das Promotionsrecht ausdrücklich im Gesetzestext zu benennen bzw. zu verbieten. Die Schulbehörde allerdings warnte, dass mit dem Recht auf Forschung eine ganze Reihe von personal- und besoldungsrechtlichen Folgen zu bewältigen sei. Ganz besonders müsse man sich in diesem Zusammenhang hüten, dass „*sich die Fachhochschule – an einem solchen Wort sich hochrankend – das Symbol der Universität erschleiche, ohne dass der Gesetzgeber dieses in der Hand habe*“.⁶⁷ Aus der Formulierung wird deutlich, wie groß der Abstand zwischen den verschiedenen Hochschulformen war und wie sehr auf die Wahrung dieses Abstandes geachtet wurde.

Die Studenten der Ingenieur- und der anderen Fachschulen standen bei den teils erhitzten Bildungsdiskussionen jener Jahre nicht wort- und tatenlos beiseite. Auch sie gingen, wie die Studenten der Universität, 1968 für ihre Forderungen auf die Straße: Sie wollten, dass ihre Schulen in eine künftige Fachhochschule und langfristig in eine Gesamthochschule integriert würden, sie wollten international anerkannte Abschlüsse und mehr Durchlässigkeit für ein aufbauendes Studium an einer technischen Hochschule.⁶⁸ Sie forderten die Gleichstellung der künftigen Fachhochschule mit der Universität und das Recht der akademischen Selbstverwaltung.⁶⁹ Und sie wurden, bei aller Sach-

lichkeit, die man ihnen attestierte, ungeduldig. Die sich hinziehenden politischen Beratungen deuteten sie als Missachtung ihrer Bildungseinrichtungen. Bei der zweiten Anhörung des bürgerschaftlichen Ausschusses, an der einige von ihnen als Vertreter der Ingenieurschulen teilnahmen, verließen sie nach Verlesung einer kurzen Erklärung empört den Saal.⁷⁰

Dennoch: Zehn Monate nach dem Universitätsgesetz verabschiedete die Hamburger Bürgerschaft am 18. Februar 1970 das Gesetz über die Fachhochschule. „*Die Fachhochschule Hamburg hat den Auftrag, eine fachliche Ausbildung auf wissenschaftlicher oder künstlerischer Grundlage zu vermitteln. Das Ziel der Ausbildung ist die Anwendung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse in einer selbständigen Berufstätigkeit.*“⁷¹ 13 verschiedene, bisher selbständige Schulen wurden nun Fachbereiche der Fachhochschule Hamburg.

Der lange politisch-administrative Vorlauf bis zur Gründung der Fachhochschule Hamburg zeigt, dass mit der Idee der Fachhochschule ein ganzes Knäuel von bildungspolitischen Problemen aufgelöst werden sollte. Auf der Ebene der Ingenieurschulen und der anderen vergleichbaren Höheren Fachschulen war schon seit langem absehbar, dass dem materiellen Ausbau der 50er und 60er Jahre die innere Weiterentwicklung der Schulen und ihrer Fächer folgen musste. Auf nationaler Ebene deutete sich seit Mitte der 60er Jahre das Problem der Überfüllung der Universitäten an – eine Lösung bestand aus Sicht der Bildungspolitiker in der Umlenkung der „Abiturientenströme“ auf die Fachhochschulen. Und schließlich erhielt die deutsche Diskussion noch einmal zusätzlich Fahrt durch die Notwendigkeit, das eigene Bildungssystem im Rahmen der EWG zu reformieren.

62 Vgl. Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachhochschulwesens vom 31.10.1968, auszugsweise in: Bildungspolitik in Deutschland, S. 197-198

63 Vgl. Universitätsgesetz vom 25. April 1969, in: HmbGVbl. 1969, S. 61-80

64 Vgl. Ausschusssitzung vom 2.5.1969 und Ausschussbericht Nr. 2824, S. 3, in: StA HH 131-1 II Senatskanzlei II 6350

65 Vgl. Bericht des Ausschusses für Schule und Universität der hamburgischen Bürgerschaft (Drucksache Nr. 2824) vom 27.1.1970, S. 1 (künftig zitiert als Ausschussbericht Nr. 2824)

66 Vgl. Ausschusssitzung vom 9.10.1969, in: StA HH 131-1 II Senatskanzlei II 6350

67 Vgl. Ausschusssitzung vom 2.10.1969, in: ebenda

68 Vgl. Bericht der Innenbehörde vom 7.6.1968, in: StA HH 361-2 VI 5681, siehe auch 250 Jahre Seefahrt Ausbildung, Chronik, S. 88

69 Vgl. Tormin. Aktionen, S. 29-33

70 Vgl. Ausschussbericht Nr. 2824, S. 2

71 Gesetz über die Fachhochschule vom 18.2.1970, in: HmbGVBl. 1970, S. 61-76

VON DER FACH- HOCHSCHULE ZUR HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN

1978
Die Gesamthochschule
in der Diskussion

AUFBRUCH UND ABSCHWUNG IN DEN 70ER JAHREN

Am Ende der 60er und bis zur Mitte der 70er Jahre erlebte das Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland eine „Hochkonjunktur“. Durch Änderungen des Grundgesetzes im Mai 1969 (Art. 75, 91a und 91b) erhielt der Bund das Recht der Rahmengesetzgebung für die Hochschulen und bei den Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern mehr Mitwirkungsrechte. Ein konkretes Ergebnis war die Beteiligung des Bundes mit beträchtlichen finanziellen Mitteln am Hochschulbau, ein weiteres die Schaffung des Bundesbildungsministeriums. Dem folgte auf der Ebene der Verwaltung die engere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildungsplanung. Daneben bestanden schon seit geraumer Zeit wichtige Sachverständigengremien wie der Wissenschaftsrat und der Deutsche Bildungsrat.⁷²

Das Bundesbildungsministerium veröffentlichte im Jahr 1970 das bildungspolitische Grundsatzdokument, den Bildungsbericht '70 der Bundesregierung. Ihm stand in Hamburg als landespolitisches Pendant der Bildungsbericht des Senats von 1970 zur Seite. Beide Dokumente bekannten sich zu einem demokratischen und leistungsfähigen Bildungssystem: Dieses solle dem Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung folgen und jeden Menschen befähigen, sein Leben selbst zu gestalten. Der hamburgische Senat erklärte in wörtlicher Anlehnung

an das schon erwähnte Buch Ralf Dahrendorfs, das Bildungswesen müsse „*dem Bürgerrecht auf Bildung*“ dienen.⁷³ Um diese Ziele zu erreichen, wollte er langfristig die bestehenden Bildungseinrichtungen in Gesamt(hoch-)schulen umbauen.⁷⁴

Der hohe Stellenwert, den das Thema Bildung zu Beginn der 70er Jahre genoss, lässt sich von vielen Seiten her belegen.⁷⁵ Hier sei beispielhaft auf die stetig wachsende Zahl der Studenten in Deutschland verwiesen: von rund 291000 im Jahr 1960 auf 510000 im Jahr 1970 (und 1.044000 im Jahr 1980). Beeindruckend waren auch die hohen finanziellen Zuwendungen. Die gesamten Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden kletterten von 15,7 Mrd. (1965) über 27,8 Mrd. (1970) auf 56,8 Mrd. DM (1975). Nach 1973 zeigten die finanziellen Zuwachsraten im Bildungswesen nicht mehr so steil nach oben, sie wurden flacher.

Bedingt durch die wirtschaftliche Rezession der 70er Jahre mischte sich in die bildungspolitische Stimmung zunehmend Ernüchterung. Dies zeigte sich unter anderem daran, dass der einst mit großen Erwartungen gegründete Deutsche Bildungsrat im Jahr 1975, also nach nur zehn Jahren, aufgelöst wurde. Noch viel deutlicher zeigte sich die veränderte Stimmung am Thema Gesamthochschule.

Bundesweit machte das Hochschulrahmengesetz vom 26. Januar 1976 die Vorgaben: Es bezeichnete die Gesamthochschulen nach wie vor

als Mittel einer umfassenden Hochschulreform.⁷⁶ Das neue Hamburgische Hochschulgesetz vom 22. Mai 1978 – eine Überarbeitung der bestehenden Gesetze von 1969 und 1970 war durch die Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes erforderlich geworden –, widmete dem Ziel Gesamthochschule sogar einen eigenen Gesetzesteil.⁷⁷ Doch die Beratungen über den Weg dorthin, in der Behörde für Wissenschaft und Kunst, in den Gremien der Hochschulen und in der Bürgerschaft, zogen sich in die Länge. Die Fachhochschule, das legt die Lektüre ihrer Jahresberichte nahe, gehörte zu den Befürwortern des Gesamthochschulplanes, denn sie erhoffte sich eine Aufwertung ihres Profils und eine Erweiterung ihrer Möglichkeiten, z. B. im Bereich der Forschung.⁷⁸ Gegen Ende der 70er Jahre war jedoch unverkennbar, dass die hamburgische Politik diesen Plan stark relativierte: Man wolle – so die Argumentation der regierenden SPD und ihres Wissenschaftssenators Sinn⁷⁹ – die Dinge nicht von oben oktroyieren, sondern gemeinsam mit den betroffenen Hochschulen von unten wachsen lassen.⁸⁰ Dieses Wachstum fand aber nicht statt. Hinzu kam, dass bundesweit der Wissenschaftsrat, die Rektorenkonferenz und Teile der Länder vom Gesamthochschulgedanken abrückten. Im novellier-

72 Vgl. Bildungspolitik in Deutschland, S. 22 und S. 113-115. Zum Wissenschaftsrat siehe auch www.wissenschaftsrat.de, Zugriff am 02.07.2009. Der Wissenschaftsrat wurde 1957 gegründet mit dem Ziel, Bund und Länder in Fragen der Wissenschaftspolitik zu beraten. Ihm gehören Persönlichkeiten der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens an, die vom Bundespräsidenten aufgrund von Vorschlägen der Länder und wissenschaftlichen Gremien, wie z. B. der DFG, berufen werden.

73 Senat, Bildungsbericht, S. 9

74 Vgl. Senat, Bildungsbericht, S. 9 und 96/97 sowie Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 19.11.1968, Nr. 1686. Die Gesamthochschule Hamburg sollte demnach entstehen aus dem Zusammenschluss der Universität Hamburg, der HWP, der Hochschule für bildenden Künste, der Hochschule für Musik und darstellende Kunst und einer noch zu bildenden Fachhochschule Hamburg.

75 Zu den folgenden Zahlenangaben vgl. Köhle, Bildungsrestauration, S. 243-244

76 Vgl. Hochschulrahmengesetz vom 26. Januar 1976, § 5, in: Bildungspolitik in Deutschland, S. 201 und Jahresbericht 1974/75, S. 10-12 und 25ff.

77 Vgl. Hamburgisches Hochschulgesetz vom 22. Mai 1978, in: HmbGVBl. 1978, S. 109-148 Achter Teil – Gesamthochschule

78 Vgl. besonders die Jahresberichte 1974/75 bis 1978/79

79 Vgl. zu Prof. Dr. Hansjörg Sinn (parteilos, Gründungspräsident der TUHH, vom 28.6.1978 bis zum 13.6.1984 Wissenschaftssenator) Gabrielson, Bürgermeister, S. 114 und 30 Jahre TUHH, S. 2

80 Vgl. die Rede des Wissenschaftssenators Sinn vor der Bürgerschaft, in: Plenarprotokolle der Bürgerschaft, 9. WP, 15. Sitzung am 15.2.1979, S. 727 D

1974

Modellprojekt von Universität Hamburg und Fachhochschule Hamburg: Studiengang Wirtschafts- ingenieurwesen

ten Hochschulrahmengesetz des Jahres 1985 war er nicht mehr zu finden.⁸¹

KOOPERATION ODER KONKURRENZ? DIE FACHHOCHSCHULE IN HAMBURGS HOCHSCHULLANDSCHAFT

Im Jahr 1978 fiel in Hamburg eine auch für die Fachhochschule bedeutsame hochschulpolitische Grundsatzentscheidung: Eine zweite Universität sollte im Süden Hamburgs entstehen. Die politische Debatte darüber wurde bereits seit 1970 geführt, sie war angestoßen worden durch den damaligen Ersten Bürgermeister Herbert Weichmann (1896-1983) und weiter befördert durch ein Senatsgutachten aus dem Jahr 1974.⁸² Eine neue, technisch ausgerichtete Universität für den norddeutschen Raum sollte die Ausbildung von Diplom-Ingenieuren sichern, die regionale Entwicklung südlich der Elbe stärken und sich dabei an den Bedürfnissen von Wirtschaft und Wissenschaft orientieren.⁸³ Nach langjähriger Diskussion verabschiedete die Bürgerschaft am 22. Mai 1978, zeitgleich mit dem neuen Hochschulgesetz, das Gesetz über die Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH).⁸⁴

Die Fachhochschule Hamburg betrachtete die Vorbereitungen und schließlich die Gründung

der neuen Hochschule mit großer Skepsis. Viele Grundlagenfächer der Mathematik und Naturwissenschaften seien an der FH vertreten, viele Labore und die entsprechenden Stellen für technisches und wissenschaftliches Personal seien ebenso vorhanden. Kurz: Die Errichtung der TUHH wäre aus ihrer Sicht eine teure hochschulpolitische Fehlentscheidung, ja mehr noch: „*Hochschulpolitisch [...] gesehen, wäre die Realisierung einer eigenständigen Technischen Hochschule in Harburg eine Maßnahme, die allen Integrationsbemühungen und auch den Bestrebungen, einen einheitlichen tertiären Bildungsbereich zu schaffen, entgegenliefe.*“⁸⁵ Die ambitionierte Neugründung südlich der Elbe veränderte die Hamburger Hochschullandschaft. Für die Fachhochschule hatte dies zur Folge, dass sie in den folgenden Jahren einen stärkeren Wettbewerb um staatliche Zuwendungen, qualifiziertes Personal und studierwillige junge Männer und Frauen aufnehmen musste.

Mit der Universität Hamburg kooperierte die Fachhochschule in zwei hochschulübergreifenden Studiengängen, nämlich Wirtschaftsingenieurwesen und Schiffbau. Die zahlenmäßige Abnahme von Schiffbaustudenten machte die Zusammenfassung der bestehenden Ausbildungsangebote in Hamburg notwendig. Hinzu kam, dass das Schiffbaulaboratorium der Fachhochschule, das immerhin schon seit 1924 bestand, dringend einer Erneuerung und räumlichen Erweiterung bedurfte hätte, die aus Kostengründen aber nicht stattfand. So richteten das Institut für Schiffbau der Universität Hamburg und das Schiffbaulaboratorium der Fachhochschule den hochschulübergreifenden

Studiengang Schiffbau ein.⁸⁶ Die Laborausbildung wurde seit 1989 an der der Universität durchgeführt, das Labor der Fachhochschule nach 65 Jahren geschlossen. Gegen Ende der 90er Jahre wurde über eine Verlagerung des Schiffbaustudiums an die TUHH diskutiert und diese schließlich in die Tat umgesetzt. Seit dem Winter 2000/01 kann der Studiengang Schiffbau nur noch an der TUHH studiert werden.⁸⁷

Der zweite hochschulübergreifende Studiengang, Wirtschaftsingenieurwesen, wurde im Sommersemester 1974 als fünfjähriges, gemeinsames Modellprojekt der Fachhochschule Hamburg und der Universität eingeführt. Die inhaltliche Verantwortung des Studienganges und der Unterricht lagen zu gleichen Teilen bei der Universität und der Fachhochschule. Diese bewertete den Studiengang nach Abschluss der Modellphase positiv, da die Nachfrage durch Studenten die angebotenen Plätze übersteige und die Absolventen ohne Schwierigkeiten in den Beruf fänden. Schwieriger sei allenfalls die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Hochschulen und ihren Professoren.⁸⁸ Seit 1982 beteiligte sich auch die TUHH an der Durchführung dieses Studiengangs. 1996 wurde der Studiengang neu geordnet: Im Anschluss an ein viersemestriges Grundstudium an der Fachhochschule immatrikulierten sich die Studierenden automatisch an der TUHH.⁸⁹

Ein wirtschaftswissenschaftliches Studium im engeren Sinn bot von den Hamburger Hochschu-

81 Vgl. Oehler, Hochschulentwicklung, S. 110 und Bildungspolitik in Deutschland, S. 201

82 Herbert Weichmann, SPD, war von 1957-1965 Finanzsenator und von 1965-1971 Erster Bürgermeister. Vgl. Gabrielsson, Bürgermeister, S. 23. Die Idee einer zweiten Hochschule für Hamburg reicht eigentlich noch viel weiter zurück: 1928 verfasste Max Brauer, damals Oberbürgermeister Altonas, eine Denkschrift mit dem Titel „Die Technische Hochschule an der Niederelbe“.

83 Vgl. hierzu 30 Jahre TUHH, S. 2-4. Geplant war zunächst eine Hochschule für 3000 Studenten, 1983 wurde diese Zahl auf 2000 reduziert.

84 Vgl. Gesetz über die Technische Universität Hamburg-Harburg vom 22. Mai 1978, in: HmbGVBl. 1978, S. 149-152

85 Vgl. Jahresbericht 1976/77, S. 21-26

86 Vgl. Kloppenburg, Schiffbaulaboratorium, S. 26/27. Der Name änderte sich: Das alte Schiffbaulaboratorium der Ingenieurschule wurde 1970 zum Labor für Schiffshydromechanik der Fachhochschule. Vgl. auch Wagenbauschule, S. 21 und 26

87 Vgl. TUHH, Jahresbericht 2000/01, S. 11

88 Vgl. Jahresbericht 1980/81, S. 11

89 Vgl. www.uni-hamburg.de/hwi/press/pr_historie.html, Zugriff am 29.09.2009

len ursprünglich die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) an. Im Jahr 1970 nahmen dort rund 150 junge Leute ein Studium auf, heute sind es rund 500.⁹⁰ An der HWP konnten Bewerber auch ohne Hochschulreife ein sozial- oder wirtschaftswissenschaftliches Studium aufnehmen und es als Diplom-Volkswirt, -Betriebswirt oder -Sozialwirt abschließen. Dieses Profil hatte zur Folge, dass die Fachhochschule Hamburg – anders als viele Fachhochschulen in Deutschland – keinen eigenen Studiengang Wirtschaft einrichten konnte. 1991 erhielt die HWP das Promotions- und Habilitationsrecht und zwei Jahre später den Status einer Universität. Damit eröffnete sich eine neue Chance für einen Studiengang Wirtschaft, die sie sogleich wahrnahm. Im Wintersemester 1992/93 begann der Studiengang Technische Betriebswirtschaft, der Kern des jüngsten Fachbereichs Wirtschaft.⁹¹

Mit Blick auf die sozialpädagogische Ausbildung verdient schließlich das Rauhe Haus in Hamburg-Horn Erwähnung. Es besitzt eine bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition in der sozialpädagogischen Arbeit und Ausbildung, die mit Johann Hinrich Wichern (1808-1882) begann. 1971 gründete das Rauhe Haus auf der Grundlage seiner schon bestehenden diakonischen Einrichtung die evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik. Sie hatte zu jener Zeit 97 Absolventen, heute sind es rund 300.⁹² Die Evangelische Fachhochschule (heute Evangelische Hochschule) trägt seitdem mit ihrem besonderen kirchlich-diakonischen Profil zur

90 Vgl. Stichwort Hochschule für Wirtschaft und Politik in: Hamburg-Lexikon, S. 242, siehe auch www.wiso.uni-hamburg.de, Zugriff am 02.09.2009

91 Vgl. Über den Tag hinaus, S. 57, und Interview Dalheimer, S. 6

92 Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen 1981, S. 103 und Rauhes Haus, Jahresbericht 2006-2008, S. 51

1975
Prof. Dr.-Ing.
Rolf Dalheimer
wird Präsident
der FH Hamburg

Vielfalt des Bildungsangebots für die sozialpädagogischen Berufe bei.

Als Mosaikstein der Hamburger Hochschul-landschaft – jedenfalls mit Bezug auf die Fachhochschule und ihre Studienangebote – soll schließlich die Universität der Bundeswehr (heute Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr), genannt werden. 1973 gegründet, lag ihre besondere Aufgabe in der der akademischen Ausbildung von Offizieren und Offiziersanwärtern.⁹³ Eine Konkurrenz zur Fachhochschule bestand schon allein wegen des besonderen Profils ihrer Studenten nicht.

DIE FACHHOCHSCHULE VON INNEN BETRACHTET ODER: LEHREN, ARBEITEN UND STUDIEREN

Die neue Institution Fachhochschule musste ihren Platz in der Hamburger Bildungslandschaft erst finden. Das galt nicht nur mit Blick auf die anderen, hier genannten Hochschulen, sondern auch nach innen. Sie zu einer Hochschule mit eigenem, unverkennbarem Profil zu führen, das betrachtete Rolf Dalheimer, der zweite, langjährige Präsident der Fachhochschule, als eine seiner wichtigsten Aufgaben.⁹⁴ Er übernahm im Sommer 1975 – nach fast einjähriger Übergangszeit – die Leitung der Fachhochschule von Dieter Haak, der nach nur vier Jahren im September 1974 zurückgetreten war.

Wo war der Platz der Fachhochschule? Diese Frage besaß in den Anfangsjahren auch eine ganz direkte, räumliche Dimension. Denn ihre Fachbereiche blieben zum großen Teil noch in den Ge-

93 Vgl. Universität der Bundeswehr, S. 4-8

94 Siehe Interview Dalheimer, S. 2. Rolf Dalheimer wurde am 29.7.1975 nach Wahl durch das FH-Koncil vom hamburgischen Senat zum Präsidenten bestellt. Vgl. Jahresbericht 1974/75, S. 6-7

bäuden, die sie früher als selbständige Schulen belegt hatten. So war die Fachhochschule mit neun Standorten über die ganze Stadt verteilt.⁹⁵ Um diese Zersplitterung wenigstens teilweise aufzufangen, setzte sich Dalheimer für den Bau eines zentralen Verwaltungs- und Lehrgebäudes am Berliner Tor ein. Die Fachhochschule brauche ein neues, gut erkennbares Gesicht, so seine Argumentation.⁹⁶ Der Präsident benötigte für dieses Ziel jedoch einen außerordentlich langen Atem. Erst im Herbst 2002 wurde das Verwaltungshochhaus am Berliner Tor 5 bezogen und damit die Idee eines zentralen Standortes verwirklicht.⁹⁷ Es beherbergt seitdem das Präsidium, das heutige Department Information (ehemals Fachbereich Bibliothek und Information), das Department Wirtschaft (vormals Fachbereich Wirtschaft) und Teile des Departments Fahrzeugtechnik und Flugzeugbau sowie das hauseigene Weiterbildungszentrum WINQ.⁹⁸

Eine andere Frage, die für das Zusammenwachsen der neuen Einrichtung von großer Bedeutung war, stellte sich bei den Dozenten der Fachhochschule. Nach dem Fachhochschulgesetz

95 Vgl. Handbuch Hamburg 1971, S. 156/157. Die Standorte 1970: Dammthorstraße 25 – Präsidium; Berliner Tor 21 – Fachbereich Maschinenbau und Chemie-Ingenieur-Technik; Elektrotechnik; Brackdamm 14/16 – Fachbereich Fahrzeugtechnik; Stiftstraße 69 – Fachbereich Schiffsbetriebstechnik; Steintorplatz 2 – Fachbereich. Produktions- und Verfahrenstechnik; Rainvilleterrasse 4 – Fachbereich Seefahrt; Hebebrandstr. 1 – Fachbereich Bau- und Vermessungswesen; Karl-Muck-Platz 1 – Fachbereich Sozialpädagogik; Grindelhof 30 – Fachbereich Bibliothekswesen; Armgartstraße 24 – Fachbereich Gestaltung; Brekelbaums Park 6 – Fachbereich Ernährung und Hauswirtschaft.

96 Vgl. Interview Dalheimer, S. 4

97 Vgl. FachHochschule 93/2001, S. 3

98 WINQ steht für „Weiterbildung, Information, Qualifizierung“ und führt die Arbeit des 1995 aufgelösten Instituts für Kontaktstudien fort. Vgl. dazu FachHochschule 83/1996, S. 3

von 1970 wurde die Vielzahl der an den Vorgänger-Einrichtungen vorgefundenen Status- und Besoldungsformen zugunsten einer einheitlichen Regelung aufgegeben. Künftig sollte nur noch zwischen Dozenten und Lehrbeauftragten unterschieden werden. Außerdem war langfristig die Überleitung aller Dozenten in eine Besoldungsordnung für Hochschullehrer geplant.⁹⁹ Dieser Plan bot allerdings nach verschiedenen Seiten hin Zündstoff. Zunächst waren die Qualifikationsvoraussetzungen der Dozenten untereinander, entsprechend dem Status der Vorgänger-Einrichtungen, sehr unterschiedlich: Sie reichten von handwerklicher Ausbildung bis Hochschulstudium samt Promotion und Habilitation.

Jahr	1975/76	1990	2005
Studierende	5840	13500	13500
Professoren	–	499	430
Lehrbeauftragte	304 ¹⁰⁰	300	585 ¹⁰¹
Wissenschaftliche und künstlerische/akademische Mitarbeiter	561	100	151,75
Nichtwissenschaftliches/technisches und Verwaltungspersonal	274	266	231,85
Präsidialverwaltung/Zentrale Hochschulverwaltung	75	k. A.	135,35

Quelle: 1975 – Gesamthochschulplan, S. 83-84; für 1975/76 wurde wissenschaftliches und künstlerisches Personal zusammengezählt, da es formal noch keine Professoren gab. Das übrige Personal wurde als „nichtwissenschaftliches“ Personal geführt. 1990 – FH Hamburg, 20 Jahre, S. 4-5; 2005 – Geschäftsbericht 2004/05, Anhang, S. 46-48.

99 Vgl. Senat, Bildungsbericht, S. 76

100 Angabe nach Jahresbericht 1974/75, S. 122

101 Angabe für das Jahr 2009, vgl. www.bui.haw-hamburg.de/geschichte.html, Zugriff am 13.10.2009

STUDIERENDE UND PERSONAL
DER FH/HAW HAMBURG 1975 – 2005

Auf den ersten Blick lässt sich feststellen: Innerhalb von 30 Jahren hat sich die Zahl der Studierenden an der Fachhochschule mehr als verdoppelt. Annähernd verdoppelt hat sich auch die zentrale Hochschulverwaltung. Die Stellen für wissenschaftliches und künstlerisches Personal stiegen – nimmt man nur die Angaben für 1990 und 2005 – um rund 50 Prozent. Demgegenüber sanken die Professorenstellen ebenso wie die Stellen für technisches und Verwaltungspersonal. Die Anzahl der Lehrbeauftragten nahm mit aller Wahrscheinlichkeit immer mehr zu. Zwar stehen keine Angaben aus dem Jahr 2004 zur Verfügung, doch die hohe Zahl des Jahres 2009 unterstützt diese Annahme. Seit den 70er Jahren hat sich die Zahl der Studierenden nicht nur verdoppelt, die Studentenschaft hat sich auch in mehrfacher Hinsicht verändert. Anders als in den Vorgänger-Einrichtungen genügten nicht mehr das Zeugnis der Mittleren Reife und eine Lehre, sondern es war die Fachhochschulreife, der Abschluss einer 12. Klasse, gefordert. Immer mehr Studienanfänger an der Fachhochschule brachten sogar das Abitur mit. Einige wenige Daten sollen das belegen: 1971 betrug an der Fachhochschule Hamburg der Anteil der Studienanfänger mit Abitur rund 9 Prozent, 1979 waren es rund 31 Prozent.¹⁰⁵ Heute liegt der Anteil bei weit über 60 Prozent.¹⁰⁶ Die gleiche Entwicklung, nämlich ein höherer Anteil von Studierenden mit Abitur, zeigte sich auch bundesweit.¹⁰⁷

105 Vgl. Fachhochschule. 20 Jahre, S. 22

106 Nach einer unveröffentlichten Statistik der HAW Hamburg für das Sommersemester 2009 betrug der Anteil der Erstsemester mit allgemeiner Hochschulreife für die BA-Studiengänge rund 61 Prozent, für die Master-Studiengänge rund 96 Prozent.

107 Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen 1981, S. 167 sowie Tabelle 3, S. 206

2005

Die Studierendenschaft der HAW Hamburg ist besser vorgebildet, weiblicher und internationaler als 40 Jahre zuvor

Über die Jahre hinweg, besonders seit den 90er Jahren, entschieden sich auch immer mehr junge Frauen für ein Fachhochschulstudium. Mitte der 70er Jahre waren es 27 Prozent, 1990 gar nur 25 Prozent, 1995 schon 30 Prozent und 2005 37 Prozent.¹⁰⁸ Zum Vergleich: Im Wintersemester 2004/2005 waren von den Studierenden sämtlicher Hamburger Hochschulen 46 Prozent weiblich. Dass der Anteil von Frauen an der Studentenschaft der Fachhochschule bzw. der HAW Hamburg unter dem Durchschnitt liegt, ist nicht erstaunlich. Nach wie vor sind die Präferenzen von jungen Männern und jungen Frauen recht deutlich. Während Frauen sich gerne für ein Studium im Bereich der sozialen Arbeit oder des Bibliotheks- und Informationswesens oder der Gestaltung entscheiden – um nur wenige Beispiele zu nennen –, sind sie nur in kleiner Zahl an den Ingenieur-Fachbereichen zu finden. Diese bilden aber das Gros aller Studierenden an der HAW Hamburg aus.¹⁰⁹

Wie steht es mit den ausländischen Studierenden an der Fachhochschule bzw. der HAW Hamburg? Sie stellten im Sommer 1977 etwa neun Prozent aller Studierenden.¹¹⁰ Beinahe 40 Jahre später, 2005, lag der Anteil der ausländischen Studierenden bei rund 14 Prozent.¹¹¹ Im Durchschnitt aller Studierenden an allen Hamburger Hochschulen waren es 13 Prozent.¹¹²

¹⁰⁸ Vgl. Studentinnen und Studenten, Tabellen 2 und 3; Zahlen für 1995 nach: Über den Tag hinaus, Einzelangaben summiert.

¹⁰⁹ Vgl. Bericht der Frauenbeauftragten, in: Zweiter Frauenförderplan, S. 10-11

¹¹⁰ Zahlen nach Jahresbericht 1978/79, S. 37 und Jahresbericht 1976/77, S. 100. Von insgesamt 6336 Studierenden waren 577 ausländischer Herkunft.

¹¹¹ Vgl. Studentinnen und Studenten, Tabelle 3, S. 5. Demnach sind an der HAW Hamburg im WS 2004/05 11868 deutsche (7481 m/4387 w) und 1946 ausländische Studierende (1182 m/764 w) eingeschrieben.

¹¹² Vgl. Studentinnen und Studenten, Tabelle 1, S. 1 und Tabelle 5, S. 22. Demnach sind von insgesamt 69617 Studierenden 9000 ausländischer Nationalität.

Zugespitzt könnte man es so formulieren: Die Studentenschaft der HAW Hamburg ist heute besser vorgebildet, weiblicher und auch internationaler als vor 40 Jahren.

PRAXISNAHE AUSBILDUNG

Auftrag der Fachhochschule war und ist das praxisnahe Studium auf wissenschaftlicher Grundlage. In den Vorgänger-Einrichtungen war diese Nähe zur beruflichen Praxis sowohl durch die Studierenden – sie hatten in aller Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung vorgeschaltet – als auch durch die Dozenten gewährleistet. Deren langjährige praktische Erfahrung in der Industrie war die entscheidende Voraussetzung für ihre Lehrtätigkeit.

Mit den 70er Jahren änderte sich dies. Die Dozenten bzw. die Professoren der Fachhochschule mussten nun zusätzlich zu ihrer Berufspraxis in der Regel ein wissenschaftliches Studium nachweisen. Auch sollten sie ihre Vorlesungen mehr an das Niveau der Hochschulen anlehnen als früher – diesem Anspruch kam der Senat 1975 übrigens durch die Absenkung des Lehrdeputats von 23 auf 18 Semesterwochenstunden entgegen.¹¹³ Die Studierenden hatten durch die veränderten Zugangsvoraussetzungen in aller Regel nicht mehr so viel Erfahrung in der Berufspraxis wie ihre Kommilitonen noch wenige Jahre zuvor. Sie absolvierten ein Studium, in dem theoretische Bildung einen immer höheren Stellenwert genoss. Die Gewichte zwischen Theorie und Praxis verschoben sich.

Schon bald sah sich der Präsident der Fachhochschule veranlasst, auf diese Gewichtsverlagerung mahnend hinzuweisen. Die Fachhochschule sei in Gefahr, ihr spezifisches Profil zu verwischen und langfristig die Berufschancen ihrer Absolventen zu schmälern: „*Fachhochschulstudium ohne hinreichenden Praxisbezug könnte nur „Kurzstudium*

um à la HRG“ bedeuten und Verfestigung von Strukturen, die darauf angelegt sind, einen formalen Bildungsanspruch zu befriedigen, ohne die Möglichkeiten beruflicher Tätigkeit zu beachten.“¹¹⁴ Auf die eine oder andere Weise musste die Verbindung zur praktischen Berufswelt wieder enger geknüpft werden. Nach intensiven Beratungen im Fachhochschulsenat, mit Vertretern der Wirtschaft und der Behörde für Wissenschaft beschloss die Fachhochschule 1978 die Einführung von hochschulgelenkten Praxissemestern zwischen dem 4. und 5. Semester für mindestens 20 Wochen. Außerdem wurden Abiturienten, die sich für ein Fachhochschul-Studium entschieden, aber keine Erfahrungen im beruflichen Alltag besaßen, verpflichtet, ein mindestens 20-wöchiges Grundpraktikum vor dem Beginn der theoretischen Ausbildung zu absolvieren.¹¹⁵

Das hochschulgelenkte Praktikum für die Dauer eines Semesters in der Mitte des Studiums, also im vierten Semester, galt lange Zeit als charakteristisches Merkmal des Fachhochschulstudiums. Durch die allmähliche Umstellung auf Bachelor- (7 Semester) und Master-Studiengänge (3 Semester) zu Beginn unseres Jahrtausends verschwand diese einheitliche Festlegung: Die einzelnen Fachbereiche entscheiden seitdem selbst über die Art und Dauer des Praktikums. Parallel dazu ist ein neuer Trend zu beobachten: Seit einigen Jahren bietet die Hochschule sogenannte duale Studiengänge (Hochschulstudium plus betriebliche Ausbildung) an.¹¹⁶ Sind diese möglicherweise eine moderne Antwort auf das Bedürfnis nach einem praxisnahen Studium, das Studierende, aber auch Betriebe äußern?

¹¹⁴ Jahresbericht 1976/77, S. 29/30 (Zitat); vgl. auch Jahresbericht 1974/75, S. 40-42, 99-101

¹¹⁵ Jahresbericht 1976/77, S. 30 und Fachhochschule. 20 Jahre, S. 22

¹¹⁶ Vgl. Geschäftsbericht 2004/2005, S. 23

1991

Forschung wird immer mehr Thema

FORSCHUNG AN DER FACHHOCHSCHULE

Neben der praxisnahen Ausbildung zählte die Fachhochschule seit jeher auch die anwendungsbezogene Forschung zu ihren Aufgaben. So stand es im Fachhochschulgesetz von 1970. Das reformierte Hochschulgesetz von 1978 bestätigte dieses Recht, beließ es allerdings bei einer vagen Kann-Bestimmung. Forschungs- und Entwicklungsaufgaben an der Fachhochschule galten dem Gesetzgeber als Kür und nicht als Pflicht.¹¹⁷ Aus Sicht der Fachhochschule war das die falsche Richtung: Die Folge würde sein, so argumentierte sie, dass diese für die eigene Qualitätssicherung und Weiterentwicklung so notwendigen Aufgaben nur in geringem Umfang durchgeführt werden könnten und dass die Professoren sich auf die reine Weitergabe von Wissensstoff beschränken müssten. Auf Dauer müsse man um das Niveau der Ausbildung und damit um die Zukunft der Fachhochschule fürchten.¹¹⁸

Anfang der 80er Jahre trat der Wissenschaftsrat mit Empfehlungen zur Zukunft der Fachhochschulen an die Öffentlichkeit. Sie seien Bildungseinrichtungen „neben den anderen Hochschulen, sind ihnen aber weder vor- noch untergeordnet“.¹¹⁹ Die Fachhochschulen sollten ihr besonderes, anwendungs- und berufsbezogenes Bildungsangebot beibehalten und weiterentwickeln. Diesem Ziel müsse auch ihre Forschung gelten, im Unterschied zu der Grundlagenforschung an den Universitäten. Allerdings verschwieg der Wissenschaftsrat nicht, dass es den Fachhochschulen mitunter sehr schwer falle, ihre Forschungsaufgaben wahrzunehmen.

¹¹⁷ Vgl. Hamburgisches Hochschulgesetz vom 22. Mai 1978, Teil 1, § 4, in: HmbGVBl. 1978, S. 110

¹¹⁸ Vgl. Jahresbericht 1976/77, S. 5-7 und 26-28

¹¹⁹ Wissenschaftsrat, Empfehlungen 1981, S. 25, vgl. auch S. 19-21

Dafür machte er nicht zuletzt die „geringe Bereitschaft staatlicher Instanzen, anwendungsbezogene Forschung im Fachhochschulbereich zu fördern“, verantwortlich.¹²⁰

Die Fachhochschule Hamburg blieb auch in den kommenden Jahren bei ihrem Kurs. Im Jahr 1990 hielt sie fest: „Jede zweite ingenieurwissenschaftliche Diplomarbeit behandelt Fragen aus der Industrie. Forschungs- und Entwicklungsarbeit findet – trotz der hohen Lehrbelastung – auf Einzelinitiative statt oder ist Institutsaufgabe.“¹²¹ Seit 1992 beteiligte sie sich an einem vom Bundesforschungsministerium aufgelegten Programm zur anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung mit regelmäßigen Anträgen auf Förderung. Die hauseigene FachHochschulzeitung berichtete, dass die Bewilligungsquote im Zeitraum zwischen 1992 und 2000 deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag: „Während bundesweit die Bewilligungsquote im Schnitt bei 14,4% lag, erreicht die FH 22,4%.“¹²²

Was war mit denjenigen jungen Männern oder Frauen, die an einer Fachhochschule forschen und sich wissenschaftlich weiterqualifizieren, also promovieren wollten? Dieses Recht wurde lange Zeit als Kernbestand der Universitäten und der ihnen gleichgestellten Hochschulen begriffen. Infolgedessen mussten interessierte Fachhochschulabsolventen vor ihrer Zulassung zur Promotion erst noch ein Universitätsdiplom erwerben – ein mitunter sehr steiniger Weg.

In der hochschulpolitischen Diskussion über dieses Thema ist seit den 90er Jahren ein allmähliches Umdenken festzustellen. 1991 beschrieb der Wissenschaftsrat die Situation für die promotionswilligen Absolventen der Fachhochschulen ledig-

lich als „unbefriedigend“.¹²³ Zehn Jahre später, im Jahr 2001, äußerte er sich klarer: Hochschul- und wissenschaftspolitisch bestehe mittlerweile Konsens, dass Fachhochschulabsolventen Zugang zur Promotion ohne den Umweg über einen vorherigen Universitätsabschluss erhalten sollten. Ein solcher Zugang sei bereits seit 1994 prinzipiell möglich, bleibe aber in der konkreten Umsetzung den einzelnen Universitäten bzw. Hochschulen überlassen, mithin – so darf man vermuten – ihrer Bereitwilligkeit und der ihrer Professoren.¹²⁴

In Hamburg suchte man derweil nach pragmatischen Lösungen, sei es individuell, sei es auf der Ebene der Institution. So promovierte 1996 eine Absolventin des Fachbereichs Bibliothek und Information am Fachbereich Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität Berlin.¹²⁵ In den nächsten Jahren verbesserte sich die Situation: 2004/2005 wurden drei Promotionen von Absolventen der HAW abgeschlossen, mehr als 30 Doktorandinnen und Doktoranden aus allen Fachbereichen arbeiteten an ihrer Promotion, in Kooperation mit verschiedenen Universitäten.¹²⁶

GEWINNE UND VERLUSTE

Zu ihrem 20-jährigen Bestehen im Jahr 1990 stellte sich die Fachhochschule mit 13 Fachbereichen vor, die sie in beachtlicher Kontinuität über fast 20 Jahre hinweg beibehalten hatte.¹²⁷ Nach der Phase des Aufbaus und der Konsolidierung veränderte sie sich nun aber, seit den 90er Jahren, mit größerer Dynamik, die am Studienangebot ablesbar war. Die Fachhochschule begründete dies damit, dass

¹²³ Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen 1991, Zusammenfassung S. 15

¹²⁴ Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen 2001, S. 55-57

¹²⁵ Vgl. dazu FachHochschule 85/1997, S. 31.

¹²⁶ Vgl. Geschäftsbericht 2004/2005, S. 30

¹²⁷ Vgl. Fachhochschule Hamburg. 20 Jahre, S. 23

1993

Als erste Hamburger Hochschule veröffentlicht die FH Hamburg ein eigenes Struktur- und Entwicklungskonzept

sie sich an Berufsfeldern orientieren und damit die Bildungswege ihrer Studenten dem veränderten Arbeitsmarkt anpassen müsse.

Im Hintergrund standen allerdings auch die bildungspolitischen Vorgaben des hamburgischen Senats. Dieser veröffentlichte 1992 seine Struktur- und Entwicklungsplanung für den Hamburger Hochschulbereich unter dem Titel „Hamburger Hochschulen auf dem Weg ins Jahr 2000“. Die Hochschulen sollten im Wesentlichen mit den vorhandenen Mitteln und dem vorhandenen Personal auskommen und nicht mehr Studenten ausbilden als zuvor. Künftige Entwicklungen seien *„kostenneutral auszugleichen“*. Während andere Länder ihre Fachhochschulen ausbauten – sie setzten damit die Empfehlungen des Wissenschaftsrates um –, verharrte Hamburg auf dem Status quo.¹²⁸

Unter den gegebenen Umständen war an eine Weiterentwicklung der Fachhochschule nur zu denken, wenn sie mit ihren Möglichkeiten noch effektiver arbeitete. Zu diesem Zweck verabschiedete die Fachhochschule im Dezember 1993 ein eigenes Struktur- und Entwicklungskonzept.¹²⁹ Das Konzept kündigte Veränderungen auf mehreren Ebenen an: z. B. bei der Organisation des Studiums für die einzelnen Studenten, bei der Verteilung der Lehre auf Professoren und Lehrbeauftragte, beim Studienangebot. Neuerungen mussten aus eigener Kraft, letztlich also mit der Aufgabe von Bestehendem gegenfinanziert werden. Dem Auf- und Ausbau bestimmter Studiengänge auf der einen Seite standen daher der Rückgang und manchmal die gänzliche Schließung anderer Studiengänge gegenüber.¹³⁰ Es gab Gewinner und Verlierer.

¹²⁸ Vgl. Fachhochschule Hamburg, Struktur und Entwicklung, S. 6 (Zitat) sowie Wissenschaftsrat, Empfehlungen 1991, Zusammenfassung, S. 8-9

¹²⁹ Vgl. FachHochschule 78/1994, S. 1-3; siehe auch 83/1996, S. 3-4 und 85/1997, S. 6-8; außerdem Jahresbericht 1995/96, S. 42-43

¹³⁰ Vgl. Jahresbericht 1990/91, S. 63 ff.

Einige Beispiele: Im Fachbereich Bibliothekswesen wurde 1993 der Studiengang Mediendokumentation eröffnet; der Fachbereich entwickelte sich zum Fachbereich Bibliothek und Information. Er antwortete damit auf die neuen Anforderungen, die an Bibliotheken wie überhaupt an die Dokumentation und Recherche von Informationen gestellt werden. Prägnant formulierte der Fachbereich das Berufsbild seiner Absolventen: sie seien *„Lotsen in der Informationsgesellschaft“*.¹³¹

Ein weiteres Beispiel: Im Sommer 1996 kam zum Fächerkanon des Fachbereichs Sozialpädagogik der Studiengang Pflege und Gesundheit hinzu, anfänglich mit 27 Studierenden, von ihnen mehr als zwei Drittel Frauen. Vier Jahre später, im Jahr 2000, belegten bereits 400 Frauen und Männer dieses Studium.¹³² Damit reagierte die Fachhochschule auf neue, vor allem von Frauen nachgefragte Berufsbilder und auf Entwicklungen im Gesundheitswesen, wie z. B. die veränderten Anforderungen an das Pflegepersonal in Krankenhäusern.

Mancher Fachbereich veränderte sich so stark, dass seine Wurzeln nicht mehr zu erkennen waren. Ein Beispiel dafür ist das heutige Department Medientechnik. Ganz am Anfang stand 1970 die Schiffsbetriebstechnik, zu der bald die Anlagenbetriebstechnik hinzukam. Seit 1991 konzentrierte sich der Fachbereich allein auf Anlagen- und Medienbetriebstechnik und gab seinen alten Kern auf.¹³³ 1975 hatte er 181 Studenten, 1980 waren es bereits 302 junge Männer und Frauen, 1995 sogar 773.¹³⁴ Der Fachbereich hatte sich von seinen Ursprüngen entfernt, aber er konnte im Wandel bestehen.

¹³¹ Vgl. FachHochschule 91/2000, S. 10-11

¹³² Vgl. ebenda, S. 6-8

¹³³ Vgl. über den Tag hinaus, S. 17

¹³⁴ Vgl. für 1975 Gesamthochschulplan, S. 83/84 und für 1980 75 Jahre Ingenieurausbildung, o. S., für 1995 Über den Tag hinaus, S. 17.

Anders war es am Fachbereich Seefahrt. Dort studierten im Jahr 1975 194 Studenten, im Jahr 1995 noch 95.¹³⁵ 1989/90 startete der Fachbereich den Pilotstudiengang Schiffsbetrieb. Er richtete außerdem die weltweit modernste Schiffsführungs- und Simulationsanlage (SUSAN) ein, die auf Planungen aus den 70er Jahren zurückgeht. Noch 1995 bezeichnete die Fachhochschule ihren Fachbereich Seefahrt als die größte nautisch-technische Ausbildungsstätte in Deutschland. Die Veränderungen in der internationalen Seefahrt hatten jedoch zur Folge, dass sich immer weniger junge Leute für das Studium anmeldeten. Am 1. März 1996 wurde der Fachbereich mit der ältesten Tradition geschlossen.¹³⁶

Der Fachbereich Seefahrt unterhielt seit 1994 außerdem das Institut für Schiffsführung, Seeverkehr und Simulation (ISSUS). Dieses Institut übernahm nach der Schließung des Fachbereichs Seefahrt die Ausbildung von 56 angehenden Nautikern, mit 9 Professoren und 2 Lehrbeauftragten.¹³⁷ Eine Zukunft hatte es trotzdem nicht. Der Geschäftsbericht des Jahres 2004 erwähnte kurz die Abwicklung des Instituts. Die mit ihm verbundene *„forschungsintensive Professur“* wurde an die TUHH verlagert.¹³⁸

Die Auflösung des Traditions-Fachbereiches Seefahrt und des angeschlossenen Instituts gehörte sicherlich zu den dramatischen und für die Betroffenen schmerzlichen Veränderungen in der Geschichte der Fachhochschule. Daneben gab es Veränderungen, die sich zwar langsam, aber kontinuierlich vollzogen. Ein Beispiel hierfür ist die gestiegene Achtsamkeit, die seit den 90er Jahren der berufli-

¹³⁵ Vgl. für 1975 Gesamthochschulplan, S. 83/84 und für 1995 Über den Tag hinaus, S. 37

¹³⁶ Vgl. 250 Jahre Seefahrt Ausbildung, S. 112 und FachHochschule 83/1996, S. 4

¹³⁷ Vgl. 250 Jahre Seefahrt Ausbildung, S. 114

¹³⁸ Vgl. Geschäftsbericht 2004/2005, S. 28 und 30

chen Karriere von Frauen an der Fachhochschule gilt.¹³⁹ 1991 beschloss die Fachhochschule als erste Hamburger Hochschule Grundsätze zur Frauenförderung, sie richtete die Stelle einer Frauenbeauftragten ein und entwickelte einen Frauenförderplan, der gleichermaßen für das Hochschulpersonal wie die Studierenden galt. Frauenförderung hatte – gerade im Bereich der akademischen Karriere – viel mit Geduld zu tun: Zwischen 1993 und 1998 kamen zu den 49 an der Fachhochschule tätigen Professorinnen lediglich zwei hinzu. Im Jahr 2001 mahnte der neue Präsident der Fachhochschule, Hans-Gerhard Husung, dass eine zukunftsorientierte Bildungseinrichtung auf die Kreativität und Kompetenz der Frauen nicht verzichten könne. Die Fachhochschule stellte in der Folgezeit Mittel für drei Frauenförderprofessuren sowie eine C3-Professur „*Gender und Technik*“ zur Verfügung.¹⁴⁰

Ein anderes Beispiel ist die höhere Aufmerksamkeit, die der Qualitätsverbesserung in der Lehre entgegengebracht wurde und wird. Seit 1995 unterstützt die Arbeitsstelle Studium und Didaktik die Fachbereiche und die Präsidialverwaltung, aber auch Einzelpersonen hierbei.¹⁴¹ Im Juni 1996 fand auch die Evaluation Eingang in die Arbeit der Hochschule. In dreijähriger Projektlaufzeit wurden Lehre und Studium an allen Fachbereichen auf den Prüfstand gestellt.¹⁴² Mittlerweile hat sich daraus die Arbeitsstelle EQA (Evaluation, Qualitätsmanagement, Akkreditierung) entwickelt, die sich mit der Qualitätsüberprüfung und -entwicklung in Lehre und Studium befasst.¹⁴³

139 Vgl. zu diesem Abschnitt Jahresbericht 1990/91, S. 47, FachHochschule, 87/1998, S. 22 und FachHochschule 92/2001, S. 27-28

140 Vgl. Geschäftsbericht 2004/2005, S. 38-39

141 Vgl. FachHochschule 83/1996, S. 10-11

142 Vgl. FachHochschule 86/1997, S. 6, FachHochschule 88/1999, S. 8-11 und 92/2001, S. 12-13

143 Vgl. Geschäftsbericht 2006/2007, S. 29/30

2001 Die Fachhochschule Hamburg wird zur Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Schließlich muss hier von einer besonderen, kleinen, aber wirkungsvollen Veränderung die Rede sein, dem neuen Namen. Nachdem der langjährige Präsident Rolf Dalheimer im Jahr 2000 in den Ruhestand getreten war, setzte sein Nachfolger im Amt, Dr. Hans-Gerhard Husung, die schon lange gewünschte Namensänderung durch. Husung, der für die nächsten drei Jahre die Fachhochschule leitete, führte im Jahr 2001 den Namen Hochschule für Angewandte Wissenschaften ein. Auf internationaler Ebene sollte der neue Name endlich mit dem noch immer vorhandenen Missverständnis aufräumen, es handele sich um eine Art höhere Schule. Nach innen betonte er, was seit eh und je Anliegen der Fachhochschule war: eine Hochschule eigener Art neben den anderen Hochschulen zu sein. So gesehen, ist der neue Name auch Ausweis eines gewachsenen Selbstbewusstseins.

NEUE WEICHENSTELLUNGEN

Im Januar 2003 veröffentlichte eine Expertenkommission unter der Leitung des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi Vorschläge für die Reform des gesamten Hamburger Hochschulwesens. Sie tat dies im Auftrag der Wissenschaftsbehörde und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Hochschulen.¹⁴⁴ Ihre Empfehlungen dienten Senat und Bürgerschaft fortan als Grundlage für die Hochschulgesetzgebung.¹⁴⁵

144 Vgl. Strukturreform, S. 1. Es waren die Universität Hamburg, die Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH), die Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP), die Hochschule für bildende Künste (HfBK) und die Hochschule für Musik und Theater (HfMT).

145 Vgl. Hamburgisches Hochschulgesetz in der Fassung vom 27. Mai 2003 und Gesetz zur Fakultätenbildung an den Hamburger Hochschulen vom 4. Mai 2005

Im Einzelnen empfahl sie die flächendeckende Einführung des Bachelor-/Master-Systems, sie forderte mehr Betreuung für die Studenten, damit mehr als bisher ihr Studium erfolgreich abschließen könnten; künftig sollten sich die Hochschulen Hamburgs in ihren Fächerausrichtungen stärker konzentrieren und ihre Forschungsleistungen steigern, sie sollten außerdem internationaler werden. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, bräuchten die Hochschulverwaltungen leistungsfähige interne Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen, die vorhandenen Gremienstrukturen sollten dagegen zurückgenommen werden. Außerdem sei die Selbstverantwortung der Hochschulen im Verhältnis zur staatlichen Aufsicht neu zu bestimmen, d. h. zu stärken.

Der geplante Umbau sollte, so die politische Vorgabe, mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen zu bewältigen sein, gleichzeitig aber die Hochschulen, das Studienangebot und die Studienbedingungen verbessern. Die Kommission war sich dieser „Quadratur des Kreises“, wie sie selbst formulierte, sehr bewusst, glaubte aber, dass mit einer Mischung aus mehr Effektivität in der Organisation, Umverteilung innerhalb der einzelnen Hochschulen und Berücksichtigung demografischer Veränderungen diese Aufgabe zu lösen sein werde.¹⁴⁶

In der Analyse und in den Lösungsansätzen nahm sie ihrerseits die seit einiger Zeit schwebende Diskussion unter Bildungsexperten und Bildungspolitikern um die Probleme der deutschen Hochschulen auf. Die deutsche Gesellschaft sei als Wissensgesellschaft darauf angewiesen, dass mehr junge Menschen als bisher studierten und mehr von ihnen als bisher ihr Studium erfolgreich abschließen. Diese Aufgaben erfüllten die Hochschulen aber längst nicht gut genug. Sie galten vielfach als wenig effektive, schwerfällige, wenn nicht gar

146 Vgl. ebenda, S. 3-8 und 43-46, Zitat S. 8

schon unmanövrierbare Institutionen. Über kurz oder lang sei aber ein Mentalitätswechsel notwendig: Wie die Gesellschaft insgesamt müssten sich auch die Hochschulen auf den nationalen und internationalen Wettbewerb einlassen.¹⁴⁷

Dieser deutschen Diskussion korrespondierte auf europäischer Ebene die so genannte Bologna-Erklärung zum europäischen Hochschulraum, die von den europäischen Bildungsministern im Juni 1999 unterzeichnet wurde.¹⁴⁸

Angesichts ihrer Tragweite stießen die seitdem eingeleiteten Maßnahmen auf viel Kritik. Neben grundsätzlicher Ablehnung an der Richtung stand Unbehagen an den eingeschlagenen Mitteln und Wegen. Grundsätzliche Kritik entzündete sich etwa an den veränderten Entscheidungsprozessen innerhalb der Hochschulen, die die überlieferte Selbstverwaltung zugunsten der Entscheidungsmacht der Hochschulleitungen beschnitten. Hinzu kam Kritik an der Umsetzung: z.B. ein erheblich gesteigerter Leistungs- und Prüfungsdruck auf Seiten der Studierenden, eine zu große Arbeitsbelastung und unklare Zuständigkeiten auf Seiten der Lehrenden.¹⁴⁹

Die hier nur skizzierten Veränderungen haben auf das Selbstverständnis der Universitäten als Stätten des freien – und das heißt auch zeitintensiven, nicht unmittelbar zweckgebundenen – Studierens, Lehrens und Forschens sicherlich eine stärkere, teilweise provozierende Rückwirkung als auf die Fachhochschulen. Denn diese sind an ein straff organisiertes Studium und an seinen praktischen Nutzen im späteren Beruf selbstverständlich gewöhnt – beides entspricht ausdrücklich dem Selbstverständnis

¹⁴⁷ Vgl. Mayer, Hochschulwesen, S. 600-603, siehe auch Wissenschaftsrat, Empfehlungen 2002, S. 81-88, für Hamburg siehe Strukturreform, S. 13

¹⁴⁸ Vgl. Füssel/Leschinsky, Rahmen, S. 139 und Mayer, Hochschulwesen, S. 623

¹⁴⁹ Vgl. Füssel/Leschinsky, Rahmen, S. 141 und Mayer, Hochschulwesen, S. 601

der Fachhochschulen. Insofern fiel ihnen der eingeleitete Strukturwandel möglicherweise leichter.

Die Fachhochschule Hamburg begann bereits frühzeitig mit der Anpassung des Studiums an das Bachelor-/Master-System. Seit 1999 stellte sie jährlich einige Studienprogramme um. Im Winter 2006/07 hatte sie diesen Prozess abgeschlossen – als eine der ersten deutschen Hochschulen.¹⁵⁰ Seit dem 1. Juni 2004 steht mit Michael Stawicki ein neuer Präsident an der Spitze der Fachhochschule – jetzt Hochschule für Angewandte Wissenschaften. In seine Amtsperiode fällt die weitere Anpassung der Hochschule an die Vorgaben des Hamburger Hochschulgesetzes. In den Jahren ab 2004 ordnete die HAW Hamburg ihre Leitungsstrukturen und die Abgrenzung der einzelnen Fachbereiche neu.¹⁵¹ Die 14 Fachbereiche, die seit Beginn der 90er Jahre existierten, wurden schrittweise zusammengefasst in vier große Fakultäten mit insgesamt 18 Departments, in denen die Lehre organisiert wird. Sie werden seitdem geleitet von hauptamtlichen Dekaninnen und Dekanen. Für die Fachbereiche, die jetzt als Departments einer Fakultät angehören, bedeutete dies das Ende langjähriger Selbständigkeit. Begleitet wurde die Umstrukturierung überdies durch die Herauslösung von Fächern aus der HAW Hamburg, die zu ihrer Tradition gehört hatten: die Fachbereiche Architektur, Bauingenieurwesen und Geomatik wurden in die neue Institution HafenCity-Universität integriert.

¹⁵⁰ Vgl. Geschäftsbericht 2006/2007, S. 28. Bundesweit entsprach Anfang 2007 knapp die Hälfte aller Studiengänge dem neuen Muster (auch die Universitäten mitgezählt). Vgl. Mayer, Hochschulwesen, S. 623

¹⁵¹ Vgl. zu diesem Abschnitt Geschäftsbericht 2004/2005, S. 18-20 und Gesetz zur Fakultätenbildung an den Hamburger Hochschulen vom 4. Mai 2005, S. 191-194

SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg hat einen weiten Weg hinter sich. Nach dem Krieg wurden die Höheren Fachschulen mit sehr viel Mühe wieder aufgebaut, sie etablierten sich in Hamburg als hochangesehene Schulen des beruflichen Bildungswesens. Die erste große Bildungsreform der 60er Jahre wertete die Ausbildung dieser Schulen auf, nahm ihnen aber mit einem neuen Konzept zugleich die eigenständige Zukunft. Sie gingen als „*Traditionsbestand*“ in die neue Fachhochschule ein und gehörten fortan zu den Hamburger Hochschulen. Für viele junge Menschen erwies sich das Konzept einer anspruchsvollen und gleichzeitig praktisch orientierten Hochschulbildung als stimmig: Innerhalb von 40 Jahren verdoppelte sich die Zahl der Studierenden an der Fachhochschule Hamburg. Das Niveau ihrer Ausbildung stieg weiter an, ganz allmählich eröffnete sich durch die Zusammenarbeit von Fachhochschule und Universitäten für die besten Absolventen die Möglichkeit zu promovieren. Die Bedeutung anwendungsorientierter Forschung nahm gerade in den letzten Jahren stark zu. Zudem blieb die für das Studium an der HAW Hamburg prägende Praxisphase erhalten, sie ist heute – je nach Studiengang unterschiedlich ausgestaltet – in die mehrheitlich siebensemestrigen Bachelor-Studiengänge integriert.

Nach den Reformen der 60er und frühen 70er Jahre befindet sich das deutsche Hochschulwesen seit einiger Zeit erneut in einem tiefen Wandel, mit dem Verlust auf der einen, Aufbruch auf der anderen Seite verbunden sind. Es ist eine Bewährungsprobe. Auch die HAW Hamburg durchläuft diesen Prozess. Sie ist dabei, sich neu zu organisieren und ihr Profil weiterzuentwickeln. Sie muss auf diesem Weg ihre Angehörigen mitnehmen und Fehlentwicklungen korrigieren. Inmitten all dieser Veränderungen bleibt ihre vornehmste Aufgabe: den Studierenden ein erstklassiges Studium und damit bestmögliche Chancen für ihr Berufsleben zu bieten.

2021
Prof. Dr.
Michael Stawicki
wird Präsident der
HAW Hamburg

BENUTZTE QUELLEN UND LITERATUR

Staatsarchiv Hamburg 131-1 II Senatskanzlei II 6350 Gesetz über die Fachhochschule 1969-1970; 361-2 VI Oberschulbehörde VI 4771 Allgemeine Unterrichtsangelegenheiten der Ingenieurschule 1945-1950; 361-2 VI Oberschulbehörde VI 5673 Ausbau der Ingenieurschulen 1956-1963; 361-2 VI Oberschulbehörde VI 5681 Status der Ingenieurschule/Stellung im Bildungswesen 1967-68

Bauschule Hamburg (1767–1967). Festschrift zum 200-jährigen Bestehen der Ingenieurschule für Bauwesen der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1967

Anne-Kathrin Beer/Johannes Schult, in: Hamburgische Biografie, Bd. 4, hg. von Dirk Brietzke und Franklin Kopitzsch, Göttingen 2008, S. 315-317

Bericht der Frauenbeauftragten des Hochschulenats gemäß HmbHG § 91b, in: Zweiter Frauenförderplan der Fachhochschule Hamburg, hg. von der Fachhochschule Hamburg, Hamburg 1998, o. S.

Bericht des Ausschusses für Schule und Universität der hamburgischen Bürgerschaft (Drucksache Nr. 2824) vom 27.1.1970, in: Hamburgische Bürgerschaft, Drucksachen, 6. Wahlperiode, Bd. 12 Jan. – April 1970

Bericht des Landes Hamburg, in: Kulturpolitik der Länder 1961 und 1962, hg. von der Ständigen Konferenz der Kultusminister, Bonn 1963, S. 73-90

Biblionota. 50 Jahre bibliothekarische Ausbildung in Hamburg. 25 Jahre Fachbereich Bibliothek und Information, hg. vom Fachbereich Bibliothek und Information der Fachhochschule Hamburg, Münster1995

Bildungsbericht 70. Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik. Hg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1970

Bildungspolitik in Deutschland 1945-1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband. Hrsg., eingeleitet und erläutert von Oskar Anweiler, Hans-Jürgen Fuchs, Martina Dörner, Eberhard Petermann, Opladen 1992

Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick, hg. von Kai S. Cortina et al., vollständig überarbeitete Neuauflage, Reinbek bei Hamburg 2008

Gudrun Bischoff-Kümmel/Ingeborg Fiebig: Bibliothekarische Ausbildung in Hamburg 1945 bis 1995 – ein Überblick, in: Biblionota, S. 10-32

Max Brauer: Die Technische Hochschule an der Niederelbe. Denkschrift des Magistrats der Stadt Altona, Altona 1928

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (Hg.): Plenarprotokoll, 9. Wahlperiode, 15. Sitzung am 15. Februar 1979, S. 691-763

Ralf Dahrendorf: Bildung ist Bürgerrecht, Bramsche/Osnabrück 1965

Rolf Dalheimer: Von der Klasse für Bauzeichner zur Fachhochschule Hamburg, in: 100 Jahre VDI Hamburg, 1882-1982, hg. vom Verein Deutscher Ingenieure/Hamburger Bezirksverein, Düsseldorf 1982, S. 21-24

Hermann Determann: Vereinheitlichung des Ingenieurschulstudiums auf der Bundesebene, in: Handbuch für das Ingenieurschulwesen, S. 68-77

Hermann Determann: Das Ingenieurschulwesen der Freien und Hansestadt Hamburg, in: Handbuch für das Ingenieurschulwesen, S. 394-402

J. Drescher: Wirtschaftsentwicklung, berufliche Fortbildung und sozialer Aufstieg. Eine Studie am Beispiel Hamburgs, in: Axel Schildt/Arnold Sywotek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau, 1993, S. 242-269

Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959, bearbeitet von Rolf Neuhaus, Wiesbaden 1961

30 Jahre TUHH. Am Anfang war..., in: Spektrum. Das Magazin der Technischen Hochschule Hamburg-Harburg, Hamburg Mai 2008, S. 2-16

Barbara Dünkel/Verena Fesel: Von der Sozialen Frauenschule zur NS-Volkspflegeausbildung: das Hamburger Sozialpädagogische Institut 1917-1945, Hamburg 1999

Karl Ebel: Die berufsbildenden Schulen in der Schulreform, in: Die Neuordnung des Hamburger Schulwesens, S. 91-102

125 Jahre: Vom Fröbelseminar zur Staatlichen Fachschule für Sozialpädagogik, Festschrift der Fachschule für Sozialpädagogik I, Hamburg 1985

Fachhochschule Hamburg (Hg.): Struktur und Entwicklung der Fachhochschule Hamburg, Hamburg 1993

Fachhochschule Hamburg. 20 Jahre, Dreizehn Fachbereiche. Eine Hochschule, hg. vom Präsidenten der Fachhochschule Hamburg, Hamburg 1990

Fachhochschule. Die Zeitung der Fachhochschule Hamburg, hg. von der Fachhochschule Hamburg, Jge. 78/1994, 80/1994, 83/1996, 85/1997, 86/1997, 87/1998, 91/2000, 92/2001, 93/2001

Ludwig von Friedeburg: Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Ffm. 1989

75 Jahre Ingenieurausbildung in Hamburg, Hamburg 1980

Hans-Peter Füssel/Achim Leschinsky: Der institutionelle Rahmen des Bildungswesens, in: Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 131-203

Peter Gabrielsson: Bürgermeister, Senatoren und Staatsräte der Freien und Hansestadt Hamburg 1945-1995, Hamburg 1995 (= Beiträge zur Geschichte Hamburgs, hg. vom Verein für Hamburgische Geschichte, Bd. 50)

William Gerber: Ergänzungsheft zur Denkschrift zum 85-jährigen Jubiläum der Bauschule der Hansestadt Hamburg – Fachschule für Hoch- und Tiefbau und Vermessung, hg. im Auftrag der Schulleitung von der Sonnin-Bauschul-Gesellschaft, Hamburg 1950

Gesamthochschulplan für den Hochschulbereich Hamburg, hg. von der Staatlichen Pressestelle, Hamburg 1977

Geschäftsbericht 2006/2007, hg. vom Präsidium der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Hamburg 2008

Geschäftsbericht 2004/2005, hg. vom Präsidium der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Hamburg 2006

Gesetz über die Fachhochschule vom 18. Februar 1970, in: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1970, S. 61-76

Gesetz zur Fakultätenbildung an den Hamburger Hochschulen vom 4. Mai 2005, in: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 2005, S. 191-194 (= 6. Gesetz zur Änderung des hamburgischen Hochschulgesetzes vom 18. Juli 2001, zuletzt geändert am 21. März 2005)

Gesetz über die Technische Universität Hamburg-Harburg vom 22. Mai 1978, in: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1978, S. 149-152

Angela Graf: Von den Büchereikursen (Abteilung B) zur Hamburger Bibliotheksschule. Aspekte der Anfänge Hamburger Ausbildung von Diplom-BibliothekarInnen an wissenschaftlichen Bibliotheken, in: Biblionota. 50 Jahre bibliothekarische Ausbildung in Hamburg. 25 Jahre Fachbereich Bibliothek und Information, hg. vom Fachbereich Bibliothek und Information der Fachhochschule Hamburg, Münster 1995, S. 33-63

Inge Grolle: Johanna Goldschmidt (1806-1884), in: dies.: Die freisinnigen Frauen. S. 49-90

Inge Grolle: Emilie Wüstenfeld (1817-1874), in: dies.: Die freisinnigen Frauen, S. 91-139

Inge Grolle: Die freisinnigen Frauen. Charlotte Paulsen. Johanna Goldschmidt. Emilie Wüstenfeld. Hamburgische Lebensbilder, Bd. 16, hg. vom Verein für Hamburgische Geschichte, Bremen 2000

Hamburger Hochschulen auf dem Weg ins Jahr 2000. Rahmenkonzeption der Struktur- und Entwicklungsplanung für den Hamburger Hochschulbereich, hg. von der Behörde für Wissenschaft und Forschung in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Pressestelle, Hamburg 1992

Hamburgisches Hochschulgesetz vom 22. Mai 1978, in: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1978, S. 109-148

Hamburgisches Hochschulgesetz i. d. Fassung vom 27. Mai 2003, in: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 2003, S. 138-150

Hamburg-Lexikon, hg. von Franklin Kopitzsch/Daniel Tilgner, 2., durchges. Aufl. Hamburg 2000

Handbuch der Freien und Hansestadt Hamburg für das Jahr 1956, Hamburg 1956

Handbuch der Freien und Hansestadt Hamburg für das Jahr 1971, hg. vom Senatsamt für den Verwaltungsdienst, Organisationsamt, in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei, Staatliche Pressestelle, Hamburg 1971

Handbuch für das Ingenieurschulwesen, im Auftrag der Deutschen Kommission für Ingenieurausbildung hg. von Walter Niens in Gemeinschaft mit Heinz Friebe und Otto Monsheimer, Heidelberg 1965

Illustrierte Chronik Meisterschule für Mode, hg. vom Fachbereich Information der HAW, Hamburg 2008

Ingenieurschulen. Neuordnung. Ausbau 1962/70. Dokumentation, hg. von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1965

ISSUS (Institut für Schiffsbetrieb, Seeverkehr und Simulation der Fachhochschule Hamburg): 250 Jahre Seefahrt Ausbildung in Hamburg 1749 – 1999, Hamburg 1999

Jahresbericht des Präsidenten der Fachhochschule Hamburg, Jge. 1974/75, 1976/77, 1978/79, 1980/81, 1984/85, 1990/91, 1995/96, hg. von der Fachhochschule Hamburg, Hamburg

Jahresbericht der Verwaltung des Gewerbeschulwesens für das Unterrichtsjahr 1910/11, in: Jahresberichte der Verwaltungsbehörden über das Jahr 1910/11, Hamburg 1911, Anhang, Kap. XIV, S. 1-21

Jahresberichte 1963/65, hg. von der Ingenieurschule der Freien und Hansestadt Hamburg, Uetersen bei Hamburg o. J.

Meinolf Kloppenburg: Das Schiffbaulaboratorium zu Hamburg 1924-1989, hg. vom Institut für Schiffbau der Universität Hamburg, Hamburg 1995

Klaus Köhle, Bildungsrestauration, „Bildungskatastrophe“, Bildungsexplosion, in: Die Bundesrepublik, hg. von Robert Hettlage, München 1990, S. 234-254

Hans-Dieter Kübler: Vorwort, in: Biblionota, S. 1-9

Hans-Peter de Lorent: Entnazifizierung und Umerziehung, in: Hamburger Lehrerzeitung, Jg. 49 (1996), Heft 1-2, S. 46-49

Karl Ulrich Mayer: Das Hochschulwesen, in: Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick, hg. von Kai S. Cortina et al., vollständig überarbeitete Neuauflage, Reinbek bei Hamburg 2008, S. 599-645

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 19.11.1968, Nr. 1686, in: Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft 1968, Hamburg 1968, S. 793-795

Neue Wege zur Hochschulreform: Differenzierte Gesamthochschule – Autonome Universität. Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft, Bd. 20 (25.7.1967), Diskussionsleitung Hellmut Becker, Referent Ralf Dahrendorf, Hamburg/Berlin 1967

Manfred Neuffer: Ausbildung von SozialarbeiterInnen – ein Spiegelbild der Methodenlehre, in: standpunkt: sozial 3/92, S. 17-35

Die Neuordnung des Hamburger Schulwesens. Entwurf und Erläuterung zu einem Gesetz über das Schulwesen der Hansestadt Hamburg, hg. von der Schulbehörde, Hamburg 1949

Christoph Oehler: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, Frankfurt 1989

Georg Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe, München 1965

Das Rauhe Haus (Hg.): Jahresbericht. Die Arbeit des Rauhen Hauses 2006-2008, Hamburg 2009

Hans Reimers: Einführung, in: Ingenieurschulen. Neuordnung. Ausbau 1962/70. Dokumentation, hg. von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1965, S. 5-9

A. Rucker, Probleme des technischen Nachwuchses, in: VDI Information Nr. 3, August 1959, S. 1-15

Sigrid Schambach: 100 Jahre Ingenieurausbildung. Kontinuität und Wandel, in: Willkommen in der Zukunft. 100 Jahre Ingenieurausbildung in Hamburg, hg. von der HAW Hamburg, Hamburg 2005, S. 37-41

Sigrid Schambach: Aus der Gegenwart die Zukunft gewinnen. Die Geschichte der Patriotischen Gesellschaft von 1765, Hamburg 2004

Hans Schimank: Die technischen Staatslehranstalten zu Hamburg. Ihr Wesen, ihre Ziele und ihre Lehrstätten, Hamburg 1931

Josef Schmid/Dirk Wegner: Kurt A. Körber – Annäherungen an einen Stifter, Hamburg 2002

Heinrich Schröder: Eine neue Schule – die Forderung unserer Zeit, in: Die Neuordnung des Hamburger Schulwesens, S. 26-56

Schule und Universität – Spiegel der Zeit. 15 Jahre Hamburgisches Schul- und Erziehungswesen, hg. von der Schulbehörde Hamburg, Hamburg 1960

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (Hg.): Bildungsbericht, Hamburg 1970

Statistisches Jahrbuch der Freien und Hansestadt Hamburg, hg. vom Statistischen Landesamt Hamburg, Jg. 1953/54, Hamburg 1954

Strukturreform für Hamburgs Hochschulen: Entwicklungsperspektiven 2003 bis 2012. Empfehlungen der Strukturkommission an den Senator für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg. Hg. von der Kommission Zukunftsorientierte Hochschullandschaft Metropole Hamburg 2012, Hamburg 2003

Die Studentinnen und Studenten an den Hochschulen in Hamburg im Wintersemester 2004/2005, in: Statistischer Bericht. 30. März 2006, hg. vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburg 2006, online-Ausgabe unter: www.statistik-nord.de/uploads/tx_standuments/B_III_1_hj042_H.pdf

Studienreform an den Hamburger Hochschulen, hg. von der Senatskanzlei, Staatliche Pressestelle in Zusammenarbeit mit der Behörde für Wissenschaft und Kunst, Hamburg 1976

Arnold Sywottek: Hamburg seit 1945, in: Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 2 Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, hg. von Werner Jochmann, Hamburg 1986, S. 377-466

Walter Thorun: Die Nachkriegszeit, in: standpunkt: sozial 3/92, S. 36-40

Walter Tormin: Die Aktionen der Fachhochschüler 1968/69, in: „1968“ in Hamburg. Mitglieder des Vereins für Hamburgische Geschichte erinnern sich, hg. von Claudia Thorn, Hamburg 2009, S. 29-34

Technische Universität Hamburg-Harburg: Jahresbericht des Präsidenten 1. Februar 2000 – 31. Januar 2001, Hamburg 2001

Universität der Bundeswehr, hg. vom Präsidenten der Universität der Bundeswehr, Hamburg 1997

Universitätsgesetz vom 25. April 1969, in: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1969, S. 61-80

Über den Tag hinaus. 25 Jahre. Seit 1970, hg. von der Fachhochschule Hamburg, Hamburg 1995

Von der Wagenbauschule zur Fachhochschule Hamburg, Fachbereich Fahrzeugtechnik. Festschrift 100 Jahre Fahrzeugbau – 60 Jahre Flugzeugbau – 100 Jahre Schiffbau, hg. vom Sprecher des Fachbereichs Fahrzeugtechnik/Flugzeugbau der Fachhochschule Hamburg, Hamburg 1996

Wegweiser durch die FSP (Fachschule für Sozialpädagogik), hg. vom Verein der Freund und Förderer der Fachschule Sozialpädagogik Wagnerstraße – Fröbelseminar, Hamburg, 3., Neubearb. Aufl. 1992

Karin Werum: Die Entnazifizierung der Verwaltungsbeamten in Hamburg (1945-1950), Hamburg 1987 (Mag. Arbeit Hamburg 1986)

Westdeutsche Rektorenkonferenz: Zulassung von Fachschulabsolventen an deutschen Hochschulen, Mainz 28.1.1956, in: Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959, bearbeitet von Rolf Neuhaus, Wiesbaden 1961, S. 70-71

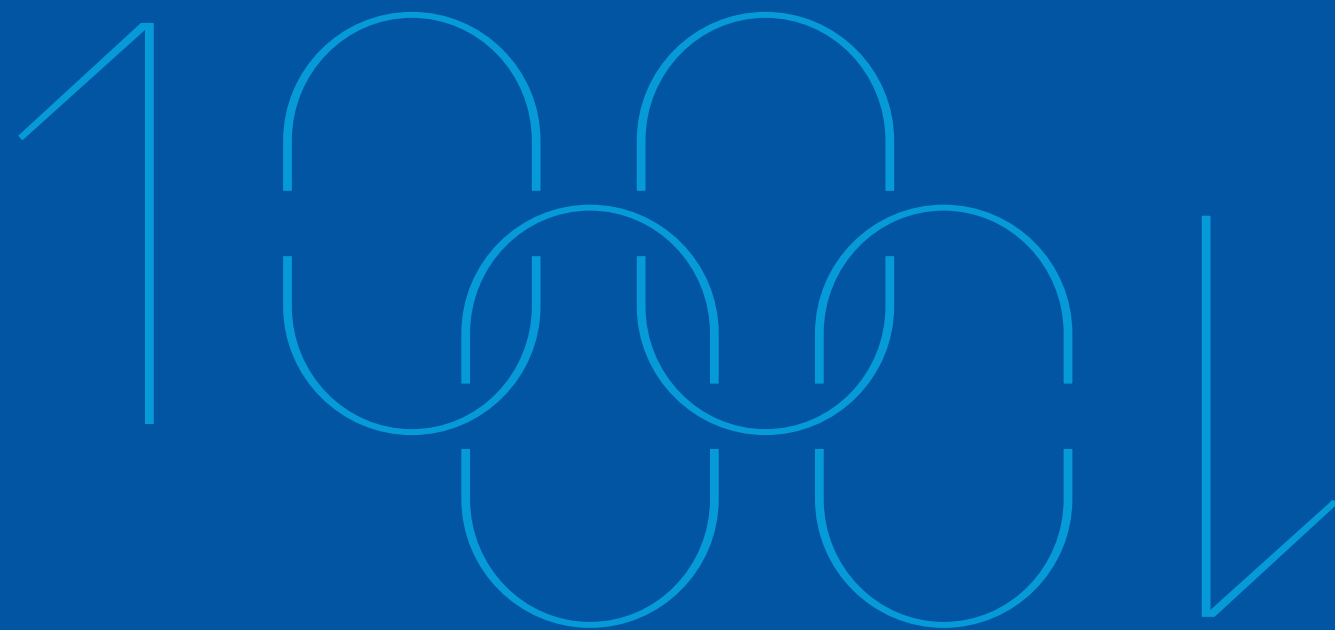
Wissenschaftsrat (Hg.): Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen, vom Januar 2002, Köln 2002

Wissenschaftsrat (Hg.): Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren, Köln 1991

Wissenschaftsrat (Hg.): Empfehlungen zu Aufgaben und Stellung der Fachhochschulen, verabschiedet am 10. Juli 1981, Köln 1981

www.uni-hamburg.de/hwi/press/pr_historie.html

Interview mit Prof. Dr. Rolf Dalheimer am 31.7.2008 durch die Autorin



KONTINUITÄT UND WANDEL

100 Jahre Ingenieurausbildung in Hamburg *

Am 1. April 1905 begann für die staatliche Ingenieurausbildung in Hamburg eine neue Zeit: Vier schon bestehende höhere Fachschulen, die Schule für Maschinenbau (gegründet 1893), die Schule für Schiffbau (gegr. 1895), die Schule für Elektrotechnik (gegr. 1896) und die Schule für Schiffsmaschinenbau (gegr. 1899) wurden aus dem Gewerbeschulwesen ausgegliedert und zu einer neuen, selbständigen Einrichtung, dem Staatlichen Technikum, zusammengefasst. Dem ersten Anschein nach handelte es sich lediglich um eine verwaltungsmäßige Veränderung, doch die neue Selbständigkeit des Technikums spiegelte auch die gewachsene Bedeutung der technischen Ausbildung wider.

Hamburg hatte sich in der Zeit vor der Jahrhundertwende sehr verändert: Nicht mehr nur der Handel, sondern auch neue, wachsende Industriezweige rund um den Freihafen prägten die Wirtschaftsstruktur. In den 25 Jahren vor dem Ersten Weltkrieg verzehnfachte sich beinahe die Zahl der industriellen Betriebe von 685 auf 6.715. Die Zahl der industriellen Arbeitsplätze stieg von etwa 18.000 auf fast 110.000 an. Allein im Schiffbau waren um 1900 rund 11.300 Arbeiter beschäftigt, im Maschinen- und Apparatebau waren es etwa 18.300. Diese Industrieunternehmen brauchten neben Facharbeitern auch Ingenieure und Techniker.

Daher entstanden seit den 1890er Jahren die schon erwähnten höheren Fachschulen unter dem Dach der Gewerbeschule. Der hamburgische Senat, die zuständige Gewerbeschulbehörde und die Vertreter der Industrie waren sich einig, dass die hiesige Wirtschaft vor allem Bedarf hatte an Ingenieuren, die praktische Erfahrung mitbrachten und auf mittlerem Niveau

* 1905-2005

ausgebildet waren. Die ingenieurwissenschaftliche Ausbildung, die in anderen deutschen Ländern, vor allem in Preußen und den süddeutschen Staaten, bereits existierte – man denke an die technischen Hochschulen in Berlin-Charlottenburg (gegr. 1879), München (gegr. 1868) oder Karlsruhe (gegr. 1825) – kam damals nicht in Betracht.

Für Hamburg bestimmend war und blieb die enge Anlehnung an die Praxis. Das bewiesen schon die Zugangsvoraussetzungen für die Schüler des Technikums. In der Regel mussten sie eine mittlere, der heutigen Realschule entsprechende Vorbildung mitbringen. Doch konnten auch Volksschulabsolventen nach bestandener Aufnahmeprüfung die Schule besuchen. Unabdingbar war für alle eine mindestens zweijährige Werkstatttätigkeit. Ebenso waren die meisten Lehrer am Technikum ausgewiesene Praktiker, die bereits als Ingenieure in der Industrie gearbeitet hatten, bevor sie unterrichteten. Enge Anbindung an die Praxis – dieser Grundsatz schloss sogar auf der Ebene der Behördenleitung die Mitsprache von Vertretern der Wirtschaft ein, das entsprach dem hamburgischen Verständnis stadtstaatlicher Verwaltung. So war dem Direktor des Technikums eine fünfköpfige Kommission beigeordnet, die über die Entwicklung der Schule mitentscheiden konnte, und der neben den Fachbeamten auch führende Unternehmer angehörten, z. B. der Gründer der gleichnamigen Werft, Hermann Blohm.

Die Initiative bzw. Mitsprache von engagierten Bürgern stand in einer langen Tradition. Denn schließlich ging das technische Ausbildungswesen auf die Patriotische Gesellschaft von 1765 zurück: die Zeichen- und Mathematikurse dieser privaten, aufklärerisch wirkenden Gesellschaft Hamburger Bürger legten das Fundament für das 1865 etablierte staatliche Gewerbeschulwesen, wie dieses wiederum Fundament des Technikums wurde. Als engagierte Fürsprecher einer zukunftsweisenden technischen Ausbildung profilierten sich vor allem auch der Gewerbeschulrat Adolf Stuhlmann und die beiden ersten Direktoren des Technikums, der früh verstorbene Gründungsdirektor Max Behrisch und sein Nachfolger Johannes Zopke. Mit einer gewissen Zögerlichkeit behandelten dagegen Senat und Bürgerschaft den Aufbau des technischen Schulwesens, wohl aus Scheu vor den damit verbundenen Ausgaben. Ein Beispiel dafür ist der Neubau des Technikums am Berliner Tor. Die Unterbringung in der Gewerbeschule am Steintorplatz

war beengt, und besonders die für die praktische Ausbildung wichtigen Laborräume fehlten. Nach etlichen Anläufen, die bis ins Jahr 1901 zurückgingen, genehmigten Senat und Bürgerschaft 1910 den Neubau der Schule nach Plänen von Fritz Schumacher. 1914 wurde das neue Hauptgebäude am Berliner Tor für den Lehrbetrieb eröffnet. Die gleichfalls geplanten Laborgebäude für den Schiffbau und den Maschinenbau wurden erst 1923 bzw. 1931 realisiert.

Die praxisnahe Ausbildung blieb Leitbild für das Technikum und seine Nachfolgeeinrichtungen, die Technischen Staatslehranstalten (ab 1912) und die Ingenieurschule (ab 1938). Umso mehr veränderte sich die Schule im Umfang, in den fachlichen Anforderungen und im fachlichen Angebot. 1936 wurde das Fach Leichtbau für den Flugzeug- und Fahrzeugbau, 1954 die Abteilung Flugzeug- und Fahrzeugbau eingerichtet. 1956 gründete der Unternehmer Kurt A. Körber das Tabaktechnikum, ein Vorläufer des Standorts Bergedorf der heutigen Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg). Die Zahl der Schüler bzw. Studenten wuchs kontinuierlich: Im Frühjahr 1905 besuchten das Technikum 156 Schüler. Heute, hundert Jahre später, werden die ingenieurtechnischen Studiengänge der HAW Hamburg von rund 6.200 Studierenden belegt. Das Studium wurde anspruchsvoller und länger: 1905 konnte ein junger Mann noch mit gutem Volksschulzeugnis das Technikum besuchen, heute wird mindestens die Fachhochschulreife vorausgesetzt. Die Schüler des Jahrgangs 1905 verließen das Technikum bereits nach vier Semestern. Heute dauert das Ingenieurstudium acht Semester. Seit den 1960er Jahren führten mehrere Faktoren – das steigende Niveau des Studiums, der Anspruch von Dozenten und Studierenden auf Mitbestimmung, nicht zuletzt die Sorge um die Anerkennung des deutschen Ingenieurabschlusses innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – zu einer Neubewertung der Ingenieurschule: Am 1. April 1970 wurde sie Teil der neu geschaffenen Fachhochschule Hamburg.

In der reformfreudigen Zeit der 1970er Jahre begann die Geschichte der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Sie wurde 1978 mit dem Ziel gegründet, die technisch-wissenschaftliche Kompetenz der Region Hamburg Süd zu stärken. War das Technikum vor allen Dingen als Lehrstätte

eingerrichtet worden, so glich die TUHH dieses Gewicht nach der anderen Seite aus, denn von Beginn an verstand sie sich als Forschungsinstitution. Erste Überlegungen zur Gründung einer technischen Hochschule stammen übrigens von Max Brauer aus dem Jahr 1928. Brauer, damals Bürgermeister der preußischen Nachbarstadt Altona, hatte argumentiert, dass eine technische Hochschule im Niederelbegebiet die bestehenden Einrichtungen in Hamburg ergänzen und dem ganzen norddeutschen Raum zu gute kommen werde. Historisch betrachtet holte Hamburg nun mit seiner neuen Technischen Universität einen Schritt nach, den andere deutsche Länder, wie erwähnt, rund hundert Jahre früher gegangen waren.

Als Ergebnis einer Reformdiskussion über die veränderte Stellung der Bundeswehr in der demokratischen Gesellschaft entstand 1973 die Universität der Bundeswehr Hamburg. Ihre Aufgabe war und ist es, den Offiziersanwärtern eine fachlich anspruchsvolle Ausbildung zu bieten, damit die Attraktivität des Offiziersberufes zu erhöhen und ihren Absolventen den späteren Übergang in einen zivilen Beruf zu erleichtern. Einen gewissen Sonderstatus genießt die seit 2002 in Helmut-Schmidt-Universität umbenannte Hochschule, da sie vom Bund finanziert wird. Sie betreibt Lehre und Forschung und versteht sich ausdrücklich als Teil des Wissenschaftsstandortes Hamburg.

Die drei Hochschulen besitzen aufgrund ihrer Geschichte gewiss unterschiedliche Schwerpunkte – gemeinsam entfalten sie heute ein breitgefächertes Angebot für die Ingenieurausbildung in Hamburg.

BENUTZTE QUELLEN UND LITERATUR

StA Hamburg 361-8 I Berufsschulbehörde I:
B 9 Begründung und Organisation des gewerblichen Unterrichtswesens
B 372 Technikum, Organisatorisches
B 374 Maschinenbauschule
B 375 Schiffsmaschinenbauschule Abt. A
B 377 Schiffbauschule
B 385 Denkschrift über Art, Umfang und Bedeutung sowie weitere Ausgestaltung der technischen Staatslehranstalten
F 90 Neubau des Technikums

Festschrift, hg. zur 50 Jahr-Feier der Ingenieurschule der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1955

Hamburg und seine Bauten, Bd. 1, Hamburg 1914

Hampke, Thilo: Die Entwicklung der Hamburger Industrie, des Handwerks und Kunstgewerbes, Hamburg o. J. (1901)

Hochschulführer der HAW Hamburg, Hamburg 2004

Meinecke, Julius: 25 Jahre TUHH, in: Zartbitter. Zeitung der Hamburger Wirtschaftsingenieure, Oktober 2003

Schimank, Hans: Die technischen Staatslehranstalten zu Hamburg, Hamburg 1931

Stuhlmann, Adolf: Das staatliche Gewerbeschulwesen zu Hamburg, Hamburg 1902

Staatliches Technikum, Jahresberichte 1905-1912

Die Technische Hochschule an der Niederelbe. Denkschrift des Magistrats der Stadt Altona, Altona 1928

TUHH, hg. vom Präsidenten der Technischen Universität Hamburg-Hamburg, Hamburg 1991

Universität der Bundeswehr, hg. vom Präsidenten der Universität der Bundeswehr, Hamburg 1997

Wiebe, Erhard: Die Geschichte der Ingenieurausbildung und ihre Entwicklung in der Freien und Hansestadt Hamburg – ein Rückblick, in: 75 Jahre Ingenieurausbildung in Hamburg, Hamburg 1980

Wiemer, Rolf: Industrie und Gewerbe in Hamburg, in: Heimatchronik der Freien und Hansestadt Hamburg, 2. Aufl., Köln 1967, S. 549-596

www.tu-harburg.de/tuhh/ziele

www.hsu-hh.de/index (Leitbild/Grundlagen/FAQ)

SPÄTER START

Vor 75 Jahren begann das Flugzeugbau-Studium in Hamburg

Im Frühjahr 1935 erschien wie jedes Jahr in den Hamburger Zeitungen eine amtliche Notiz: Am 26. März beginne das Sommerhalbjahr an den Technischen Staatslehranstalten zu Hamburg (TSL).¹ Die TSL waren eine Vorläufereinrichtung der heutigen Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) Hamburg. Alles war wie immer und doch war etwas ganz neu: Jetzt wurde erstmals das Fach Flugzeugbau unterrichtet.

Für acht der damals zehn Technischen Hochschulen im Deutschen Reich war der Unterricht in Flugzeugbau-spezifischen Fächern bereits selbstverständlich. Auch etliche, den Hamburger TSL verwandte Ingenieurschulen in anderen Teilen Deutschlands boten „Vorträge und Übungen in Luftfahrtfächern“ nachweislich schon 1930 an.² In Hamburg – so hatte es den Anschein – folgte man mit Verzögerung einer Entwicklung, die bereits in vollem Gange war.

DIE VORBEREITUNGSPHASE

Dabei hätten wirtschaftliche Überlegungen längst für die Einführung eines Flugzeugbau-Studiums in Hamburg gesprochen. Denn in der Stadt und den benachbarten Regionen existierte eine umfangreiche Luftfahrttechni-

¹ gl. StA HH 135-1 I-VI 5487, Schreiben der Landesunterrichtsbehörde vom 28.1.1935. Zu den Technischen Staatslehranstalten gehörten im Jahr 1929 a) die Höhere Schule für Maschinenbau, Schiffsmaschinenbau, Elektrotechnik und Schiffbau, b) die Höhere Schule für Hoch- und Tiefbau, c) die Schiffsingenieur- und Seemaschinistenschule. Vgl. Staatshandbuch 1929, S. 102-103.

² gl. StA HH361-2 VI 2335, TSL an die Berufsschulbehörde vom 15.12.1930. Die betreffenden Technischen Hochschulen waren: Aachen, Berlin, Braunschweig, Danzig, Darmstadt, Hannover, München und Stuttgart (die Ausnahme machten Breslau und Karlsruhe). Die betreffenden Ingenieurschulen waren Altenburg (34 Wochenstunden für Vorträge und Übungen in Luftfahrtfächern), Frankenhausen (46), Ilmenau (4), Köthen (14), Oldenburg (24), Strelitz (16), außerdem Wismar, Mittweida sowie die Maschinenbauschule Goerze in Berlin.

sche Industrie. Einige Beispiele: Seit dem Herbst 1932 beschäftigte sich die Firma Blohm & Voss neben ihrem traditionellen Geschäft, dem Schiffbau, auch mit dem Flugzeugbau. Im Juni 1933 gründeten die beiden Firmeninhaber, Rudolph (1885-1979) und Walther (1867-1963) Blohm, die Hamburger Flugzeugbau GmbH (HFB). Im Auftrag der Dessauer Junkers-Werke baute das neue Unternehmen Rumpfen und Leitwerke für die berühmte Ju 52 auf Steinwerder.³ In Rostock-Warnemünde hatten sich schon 1922 die Heinkel-Flugzeugwerke angesiedelt, sie galten 1932 als größter Industriebetrieb Mecklenburgs. In Bremen schließlich war die Firma Focke-Wulf beheimatet.⁴

Mit dem Flughafen Fuhlsbüttel besaß die Stadt Hamburg einen der großen Flugplätze im Deutschen Reich. Er war bereits 1911 von Hamburger Kaufleuten gegründet worden.⁵ Hamburg warb mit seinem Flughafen als dem „Luftverkehrskreuz in Norddeutschland“. Zwar wurde der Luftverkehr von der Wirtschaftskrise am Beginn der 1930er Jahre hart getroffen, dennoch investierten die Betreiber weiter in den Ausbau des Flughafens.⁶ Am 28. April 1934 hob dort das erste Flugzeug der HFB ab.⁷

Diese dynamische Entwicklung in Wirtschaft und Technik hatten die TSL sehr wohl beobachtet. Nach einem ersten, gescheiterten Anlauf im Frühjahr 1929 versuchten sie im Herbst 1930 erneut, den „Luftfahrzeugbau“ als selbständiges neues Lehrfach in das Lehrangebot der Schule aufzunehmen, eine Kostenaufstellung und ein detailliert ausgearbeiteter Lehrplan waren vorbereitet. Der Direktor der TSL, Professor Julius Siefken, argumentierte: „Es erscheint für eine Schule vom Range der Technischen Staatslehranstalten nicht angängig, diesen neu aufstrebenden Zweig der Technik noch länger unbeachtet zu übergehen, zumal der Luftfahrt schon

³ gl. Wiborg, Walther Blohm, S. 58-59.

⁴ gl. Andres, Luft- und Raumfahrtindustrie, S. 63.

⁵ gl. Hamburg-Lexikon, Stichwort Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel, S. 162. Zu den Gründern gehörten Albert Ballin (1857-1919), der Chef der HAPAG, und Edmund J. A. Siemers (1840-1918), der Stifter des Hauptgebäudes der Universität Hamburg.

⁶ gl. 80 Jahre Linien-Flugverkehr, S. 10.

⁷ gl. Wiborg, Walther Blohm, S. 59.

heute große Bedeutung zukommt, die sich aber in naher Zukunft aller Voraussicht nach erheblich steigern wird.“⁸ Doch der Wunsch der Schule musste hinter den Bedenken der Berufsschulbehörde zurückstehen. Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und dem bereits bestehenden Überangebot an Ingenieuren befürchtete diese für die Zukunft schlechte Anstellungschancen für Ingenieur-Absolventen. Außerdem scheute sie die Kosten, die für die Ausstattung des neuen Lehrfachs anfallen würden.⁹ Der Hamburger Staat war seit Mitte des Jahres 1930 nahezu bankrott und musste überall sparen.¹⁰

AUFWIND FÜR DEN FLUGZEUGBAU IM NS-STAAT

Mitte der 1930er Jahre hatte sich die Situation geändert. Mit dem Flugzeugbau-Studium ging es plötzlich voran: „(...) auf Grund von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Überlegungen und Maßnahmen“, so die Landesunterrichtsbehörde, seien Hamburg und sein Umland ein bevorzugtes Standortgebiet für die Flugzeugindustrie und die dazugehörigen Nebenindustrien geworden.¹¹

Die TSL konnten ihren lange aufgeschobenen Wunsch verwirklichen: Am 8. November 1934 stimmte das Reichserziehungsministerium der Gründung der Abteilung Flugzeugbau zu.¹²

Politische und vor allem militärische Entscheidungen sorgten seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 für Aufwind im gesamten Luftfahrtwesen. Ein erstes Zeichen setzte das neue Regime durch die Gründung eines Reichsluftfahrtministeriums im April 1933, an dessen Spit-

⁸ StA HH 361-2 VI 2335, Denkschrift der TSL an die Berufsschulbehörde vom 15.12.1930, vgl. auch Schreiben von Dipl. Ing. Alb. Simon an Prof. Julius Siefken vom 9.4.1929.

⁹ gl. StA HH 361-2 VI 2335, Schreiben der Berufsschulbehörde vom 30.5.1931 an die TSL.

¹⁰ gl. Büttner, Finanzpolitik, S. 96-98.

¹¹ StA HH 361-2 VI 2369, Schreiben vom 4.7.36 an das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (RMfWEV). Die Landesunterrichtsbehörde war für alle Schulen, auch die Berufs- und die Hochschulen, zuständig.

¹² StA HH 361-2 VI 2369, Schreiben der Landesunterrichtsbehörde vom 25.5.1936.

ze der frühere Jagdflieger Hermann Göring (1893-1946) stand. Mit dem so genannten Vierjahresplan vom September 1936, dessen Bevollmächtigter Hermann Göring war, wurde deutlich, dass die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik im Wesentlichen auf die militärische Aufrüstung hinauslief.¹³ Diesem Ziel diente auch die Förderung der Luftfahrt in der Industrie, der Wissenschaft und der beruflichen Ausbildung.

Für die Entwicklung des beruflichen Bildungswesens – ihm waren die TSL damals zugeordnet – waren außerdem zwei weitere Faktoren von großer Bedeutung. Im Zuge des so genannten „Neuaufbaus des Reichs“ verloren die Länder, also auch der Stadtstaat Hamburg, im Januar 1934 ihre Hoheitsrechte und unterstanden fortan dem Reich.¹⁴ Wenige Monate später, am 1. Mai 1934, wurde erstmals ein eigenes Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gegründet.¹⁵ Mit anderen Worten: Nicht in Hamburg wurde künftig über Bildungspolitik entschieden, sondern in Berlin.

Nicht zu vergessen ist schließlich die beträchtliche Propaganda, die die Nationalsozialisten unter der Überschrift „Pflege der Luftfahrt“ betrieben.¹⁶ Überall im Deutschen Reich sollten an den allgemein- und berufsbildenden Schulen luftfahrtspezifische Fächer sowie Kurse zum Modellflugbau eingerichtet werden. Auch in Hamburg entstanden daraufhin an verschiedenen Volks- und höheren Schulen entsprechende Kurse.¹⁷ Besonderes Augenmerk galt in diesem Rahmen dem Segelflugsport, weil dieser „in harmonischer Form körperliche Ertüchtigung, werktätige Schulung, wissenschaftliche Ausbildung und charakterliche Durchbildung des jungen Menschen“ zusammenführe.¹⁸

13 gl. allgemein Winkler, Weg, Bd. 2, S. 50-51.

14 gl. ebenda, S. 32.

15 gl. Grüner, Entwicklung, S. 141. An dessen Spitze stand Bernhard Rust (1883-1945), ein ehemaliger Gymnasiallehrer und überzeugter Nationalsozialist.

16 gl. StA HH 361-2 VI 934, Erlass des Ministers für Wirtschaft und Arbeit vom 15.5.1934.

17 gl. StA HH 361-2 VI 934, Kultur- und Schulbehörde: Liste über eingerichtete Luftfahrtlehrgänge vom 24.12.1936.

18 StA HH 361-2 VI 934, Erlass des RMfWEV vom 17.11.1934.

Aus Sicht der TSL war eine solche Kampagne sinnvoll, weil sich rund ein- einhalb Jahre nach Beginn des neuen Studienangebotes Flugzeugbau noch nicht so viele Anwärter hierfür gemeldet hatten wie erhofft. Mehr Flugzeugbau-Ingenieure seien aber erforderlich – da war sich die Leitung der TSL einig mit der Reichsregierung –, „um der akuten Not der Flugzeugindustrie im Interesse der Aufrüstung abzuhelpen“.¹⁹ Die gerade bei der männlichen Jugend weit verbreitete Begeisterung für das Fliegen und den Flugzeugbau wurde gezielt genutzt – vordergründig, um für eine moderne Technik zu werben, letztlich aber für die politisch-militärischen Interessen des nationalsozialistischen Staates.

START AN DEN TECHNISCHEN STAATSLERANSTALTEN

An den TSL lagen die Lehrpläne für das neue Fach seit langem in der Schublade. Maßgeblich waren jetzt aber die Vorstellungen, die der Reichserziehungsminister hatte und per Erlass verpflichtend machte.²⁰

In Hamburg galten die Mittlere Reife und ein zweijähriges Praktikum als Zugangsvoraussetzung für das Studium an den TSL. Seit 1936 verzichteten neue, reichseinheitliche Vorgaben auf die Mittlere Reife und schrieben nur ein Mindestalter von 17 Jahren vor.²¹ Keinen Zugang hatten, davon ist auszugehen, junge Männer, die nach den Nürnberger Rassegesetzen vom September 1935 als jüdisch eingestuft wurden.²² Sicher ist, dass für die Vergabe von Stipendien an minderbemittelte Studenten die „arische Abstammung“ Voraussetzung war.²³

19 StA HH 361-2 VI 2334 Bd. 1, TSL an die Landesunterrichtsbehörde vom 14.1.1936.

20 gl. StA HH 361-2 VI 2369 Schreiben des RMfWEV vom 16.9.1935; siehe auch Flugtechnische Klassen und Lehrgänge an Technischen Staatslehranstalten. Erlass des RMfWEV vom 24.9.1935, in: Amtsblatt des Reichserziehungsministeriums, 1. Jg. 1935, S. 405-413.

21 gl. Grüner, Entwicklung, S. 145 und 148-149.

22 gl. allgemein Benz, Geschichte, S. 137-138, für Hamburg Berkemann/Meyer, Jüdisches Leben, S. 146, 148.

23 gl. StA HH 361-2 VI 2369, Richtlinien des RMfWEV für die Gewährung von Studienbeihilfen an Studierende des Luftfahrzeugbaus vom 11.9.1936

Der neue Studiengang an den TSL war auf fünf Semester angelegt, wobei die Ausbildung seit September 1935 gleichermaßen für den Kraftfahrzeug- und den Flugzeugbau galt. Die ersten drei Semester belegten die Studenten dieselben Kurse wie die Studenten des Maschinenbaus. Im dritten Semester kam das Fach Flugtechnisches Zeichnen hinzu. Erst dann, im vierten und fünften Semester, spezialisierten sich die angehenden Flugzeugbau-Ingenieure: Ihre Fächer waren von da an Leichtbau, Kraftfahrzeugbau, Aerodynamik, Luftfahrzeugbau, Flugzeugstatik, Übungen im flugtechnischen Labor, außerdem praktische Übungen in Herstellungsverfahren des Leichtbaus, Wartung und Betrieb von Kraftfahrzeugen, Wartung und Betrieb von Flugzeugen. Erwartet wurde auch die Teilnahme an einem Schweißlehrgang.²⁴ Schließlich bemühten sich die TSL darum, eine Flugtechnische Arbeitsgemeinschaft einzurichten und mit der Übungsstelle Fischbek der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in den praktischen Übungen zusammenzuarbeiten, zu der bereits gute Verbindungen bestanden.²⁵

Die Nachfrage nach Ingenieuren durch die Industrie war groß. So wandten sich beispielsweise die Heinkel-Flugzeugwerke aus Rostock im September 1935 direkt an die TSL, „da wir gegenwärtig dringenden Bedarf an tüchtigen jungen Ingenieuren haben, (...) die gute mathematische und mechanische Vorkenntnisse und Eignung zum Konstrukteur besitzen.“²⁶ Besondere Kenntnisse im Flugzeugbau waren erwünscht, aber nicht Bedingung.

Im Verhältnis zu dem steigenden Bedarf in der Flugzeugindustrie bildeten die TSL nur wenige Ingenieure aus. Im Mai 1936 berichtete die Landesunterrichtsbehörde: „Die einzelnen Klassen sind zur Zeit wie folgt besetzt: Lu 1 – 17 Studierende (kombiniert mit Schiffbauern und Schiffsmaschinenbauern); Lu 2 – 8 Studierende, zusammen mit Maschinenbauern; Lu 3 – 18 Studierende; Lu 4 – 8 Studierende; Lu 5 – 12 Studierende.“²⁷ Im Juli 1936

24 gl. StA HH 361-2 VI 2369, Lehrplan für die Abteilungen Kraft- und Luftfahrtwesen an Höheren Technischen Staatslehranstalten vom 15.9.1935.

25 gl. StA Hamburg 361-2 VI 2369, Schreiben der TSL vom 17.4.1936 an die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt Berlin-Adlershof.

26 StA HH 361-2 VI 2369, Schreiben vom 23.9.1935.

27 StA HH 361-2 VI 2369, Schreiben der Landesunterrichtsbehörde vom 25.5.1936.

verließen die ersten jungen Männer, die an den TSL Luft- und Kraftfahrzeugbau studiert hatten, ihre Schule. Es waren zehn Absolventen.²⁸ Im Juli 1937 waren es 18, im Juli 1938 11, im Februar 1939 waren es 12 Absolventen.

TURBULENZEN

Die erwähnten Reichslehrpläne für das Fach Flugzeugbau an den TSL waren mit erheblichen Sachkosten verbunden, man brauchte gut ausgestattete Labore und Werkstätten. Schon bald war erkennbar, dass die TSL aufgrund der jahrelang fehlenden Finanzierung diese Vorgaben nicht erfüllen konnte.²⁹ Das Reichserziehungsministerium, das für die neuen Lehrpläne ja verantwortlich war, sah sich nicht in der Lage, den Aufbau der Flugzeugbau-Abteilung an den TSL mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Das galt ebenso für das Reichsluftfahrtministerium. Und auch der Hamburger Senat wollte einen einmaligen Betrag von rund 75000 Reichsmark – so viel hatten die TSL für notwendige Laboreinrichtungen veranschlagt – nicht verbindlich zusagen.

Ein Jahr nach der offiziellen Eröffnung der neuen Abteilung bestand wenig Grund zu Euphorie. Die Landesunterrichtsbehörde klagte: „Insbesondere sind die Verhältnisse für die obersten Semester katastrophal. Es ist heute nicht möglich, den Studierenden den im Lehrplan vorgeschriebenen Unterricht zu geben, weil er wegen fehlender Einrichtungen gerade in den Fächern nicht durchgeführt werden kann, auf die der Reichs- und preußische Minister besonderen Wert legt.“³⁰ Gemeint waren damit vor allem die praktischen Übungen in Werkstatt und Labor. An dieser Situation änderte sich bis in den Krieg hinein nichts. Zwar bemühten sich die TSL und ihre Nachfolgeeinrichtung, die Ingenieurschule, regelmäßig darum, Geld für Labore und Werkstätten einzuwerben, doch sie blieben letztlich ohne Erfolg. Im Januar 1940 war noch immer kein Flugzeugbau-Labor vorhanden.³¹

28 gl. StA HH 135-1 I-VI 5487, Landesunterrichtsbehörde an das Staatsamt vom 21.8.1936. Danach auch die folgenden Zahlenangaben.

29 gl. StA HH 361-2 VI 2369, Schreiben der Landesunterrichtsbehörde vom 25.5.1936.

30 Ebenda.

31 gl. StA HH 361-2 VI 2369, Ingenieurschule an die Schulverwaltung vom 16.1.1940.

Gegen Ende der 1930er Jahre drohte auf dem Arbeitsmarkt für Ingenieure in vielen Bereichen ein Fachkräftemangel.³² Göring verfügte daher Anfang 1939 kurzerhand, dass die Ausbildung der Fachschul-Ingenieure auf vier Semester zu beschränken sei, damit sie schneller in den Beruf kämen.³³ Angesichts des fehlenden oder nur eingeschränkt vorhandenen Labor- und Werkstattunterrichts, der Reduzierung der Ausbildungszeit und nicht zuletzt auch wegen Personalmangels fürchtete die Ingenieurschule je länger, desto mehr um die Qualität der Ausbildung. Im Frühjahr 1940 stellte sie fest: „Die Ingenieurschule geht (...) einer Katastrophe entgegen, insofern, als aus den gegebenen Verhältnissen heraus die Ausbildung der Ingenieure sich von Semester zu Semester verschlechtern muss.“³⁴

NIEDERGANG

Mit dem Krieg wurde die qualifizierte Ausbildung an der Ingenieurschule immer schwieriger. Bis Mitte 1941 stiegen zwar noch die Absolventenzahlen, doch mehr und mehr mussten „Notprüfungen wegen Einzug zum Wehrdienst“ abgenommen werden. Außerdem waren auch etliche Dozenten zum Wehrdienst einberufen worden. Im Frühjahr 1943 fanden für viele Jahre zum letzten Mal Prüfungen statt. Acht Absolventen verließen die TSL als Flugzeugbau-Ingenieure.³⁵

32 gl. Ludwig, Technik, S. 286-287.

33 gl. dazu Ludwig, Technik, S. 282 und 287. An den Technischen Hochschulen sollte die Studiendauer von acht auf sechs Semester gesenkt werden, nach Protesten durch die betreffenden Hochschulen einigte man sich auf sieben Semester. Vgl. ebenda.

34 StA HH 361-2 VI 2231, Schreiben der Ingenieurschule vom 17.4.1940 (Unterstreichungen im Original). Durch Erlass des RMfWEV vom 29.11.1938 wurden im Sinne einer weiteren Vereinheitlichung des Berufsschulwesens in Deutschland alle Technischen Staatslehranstalten, so auch die TSL zu Hamburg, umbenannt in Ingenieurschulen, und die bautechnischen Fächer wurden in Bauschulen ausgegliedert. Vgl. dazu Grüner, Entwicklung, S. 147.

35 gl. StA HH 135-1 I-VI 5487, Landesunterrichtsbehörde an das Staatsamt vom 21.8.1936. Danach auch die folgenden Zahlenangaben. Die genauen Zahlen, soweit überliefert: Im Januar 1940 - 20 Absolventen der Abt. Leichtbau, davon 4 Notprüfungen wegen Einzug zum Wehrdienst; im März 1940 - 27 Absolventen; im August 1940 - 14 Absolventen der Abt. Leichtbau, davon 1 Frau, Fräulein Alice Possekel; im August 1941 - 23 Absolventen der Abt. Leichtbau (Luft- und Kraftfahrzeugbau), darunter 10 Notprüfungen wegen Wehrdienst; im März 1942 - 9 Absolventen der Abt. Luftfahrttechnik, im August 1942 - 9 Absolventen der Abt. Luftfahrttechnik, allesamt Notprüfung; im April 1943 - 8 Absolventen der Abt. Luftfahrttechnik, allesamt Notprüfung.

Im Sommer 1943 wurde Hamburg Ziel alliierter Luftangriffe, vor allem der Osten der Stadt sank in Schutt und Asche und viele tausende Menschen mussten ihr Leben lassen. In jenem Sommer brannte auch das Hauptgebäude der Ingenieurschule am Berliner Tor nieder. Der langjährige Dozent an der Ingenieurschule, Dr. Heinrich Blasius (1883-1970), berichtete als Wachhabender über die Nacht vom 27. auf den 28. Juli, nachdem Sprengbomben das Gebäude getroffen hatten: „Als es etwas ruhiger geworden war, begaben wir uns ins Gebäude. Es brannte an mehreren Stellen. Im Lehrerzimmer waren alle Schränke umgerissen. Im vierten Stock brannte es in der Flurerweiterung. (...) Unten fand ich die Aula in Brand.“³⁶ Damit endete für mehr als zehn Jahre die kurze Geschichte des Flugzeugbau-Studiums in Hamburg.

EIN ZWEITER ANFANG

Mit dem Krieg endete für eine lange Zeit auch die Geschichte der Flugzeugindustrie in Hamburg wie in Deutschland insgesamt. Das Flugzeugwerk der Firma Blohm und Voss in Finkenwerder und das zerstörte Werk Wenzendorf in der Nordheide wurden beschlagnahmt. Da das Werk in Finkenwerder nahezu unzerstört geblieben und von der britischen Besatzungsmacht für die Instandsetzung eigener Geräte und Fahrzeuge genutzt wurde, unterblieb dort die ursprünglich vorgesehene Demontage weitgehend.³⁷ Durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom Sommer 1945 unterlag die Flugzeugindustrie als Teil der deutschen Rüstungsindustrie einem völligen Produktionsverbot. Anders als in der Schiffbau- und der Automobilbranche, die relativ schnell wieder für den zivilen Bereich produzieren durften, galt für sie das Verbot bis zur Unterzeichnung der Pariser Verträge im Mai 1955, mit denen die alliierten Westmächte die Bundesrepublik Deutschland wieder als souveränen Staat anerkannten.³⁸ Erste Schritte zur Wiederaufnahme der Luftfahrtindustrie waren erkennbar, als 1950 der

36 Offizieller Bericht von Heinrich Blasius vom 29.11.1943, zitiert nach 75 Jahre Ingenieur-Ausbildung, o. S. Blasius war von 1912 bis 1950 offiziell Dozent an der Ingenieurschule, von 1945 bis 1950 Abteilungsleiter. Vgl. Festschrift, S. 22.

37 gl. Wiborg, Walther Blohm, S. 111 und Andres, Luft- und Raumfahrtindustrie, S. 65.

38 gl. Winkler, Weg, Bd. 2, S. 164-166.

Bau von Flughäfen erlaubt und 1951 der Segelflugsport wieder zugelassen wurden.³⁹

Die neue politische Großwetterlage beobachtete auch die Hamburger Schulbehörde. In naher Zukunft rechnete sie mit der Zulassung der Deutschen Lufthansa und sogar der deutschen Militärluftfahrt. Diesen Entwicklungen stünde allerdings „der völlige Ausfall von Nachwuchskräften seit dem Kriegsende und die Überalterung der vorhandenen Fachkräfte gegenüber. Die Schulbehörde muss deshalb Vorsorge treffen, die Ausbildung von Flugzeugingenieuren zur Befriedigung des wahrscheinlich bald anfallenden starken Bedarfs zu ermöglichen.“⁴⁰ Damit begann der zweite Anfang für das Flugzeugbau-Studium in Hamburg. Im Frühjahr 1954 wurde die Abteilung für Flugzeugbau und Kraftfahrzeugbau an der Ingenieurschule wiedereröffnet. Das Studium dauerte sechs Semester. Ein Jahr nach der Eröffnung waren es 64 junge Männer, die lernten, wie man Kraftfahrzeuge und Flugzeuge baut.⁴¹

39 gl. Andres, Luft- und Raumfahrtindustrie, S. 43-48.

40 StA HH 361-2 VI 4782, Sitzung des Verwaltungsausschusses für das Berufs- und Fachschulwesen vom 8.10.1953.

41 gl. Festschrift, S. 6.

ZITIERTER QUELLEN UND LITERATUR

Staatsarchiv Hamburg:
135-1 I-VI Staatliche Pressestelle
5487 – Technische Staatslehranstalten 1924-1944
361-2 VI Oberschulbehörde VI
934 – Erlasse und Rundschreiben betr. Pflege der Luftfahrt in den Schulen und Hochschulen 1934-43
231 – Neugestaltung und Gliederung der Technischen Staatslehranstalten 1932-1944
2334 Bd. 1 – Aufnahmebedingungen und Unterrichtsgestaltung sowie Prüfungsanforderungen der TSL 1932-1936
2335 – Ausbildungsangelegenheiten der Technischen Staatslehranstalten 1929-1939
2369 – Lehrpläne für die flugtechnische Ausbildung an technischen Lehranstalten
4782 – Abteilung Luft- und Kraftfahrzeugwesen an der Ingenieurschule 1953-1958

Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder, 1. Jg. 1935, S. 405-413.

Hamburgisches Staatshandbuch für das Jahr 1929. Amtliche Ausgabe.

80 Jahre Linien-Flugverkehr in Hamburg 1919-1999, hrsg. von der Flughafen Hamburg GmbH, Hamburg o. J.

Christopher Magnus Andres: Die bundesdeutsche Luft- und Raumfahrtindustrie 1945-1970. Ein Industriebereich im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Militär, Diss. Univ. München 1995, Ffm. 1996 (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte, Bd. 15).

Jörg Berkemann/Beate Meyer: Jüdisches Leben in der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung (1933-1945), in: Das jüdische Hamburg. Ein historisches Nachschlagewerk, hrsg. vom Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Göttingen 2006, S. 146-151.

Wolfgang Benz: Geschichte des Dritten Reiches, München 2000.

Ursula Büttner: Die Finanzpolitik des Hamburger Senats in der Weltwirtschaftskrise 1929-1932, in: dies.: Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Hamburg 1996 (= Veröffentlichungen der Landeszentrale für politische Bildung), S. 67-102.

Festschrift zur 50-Jahrfeier der Ingenieurschule Hamburg, Hamburg 1955

75 Jahre Ingenieur-Ausbildung in Hamburg, hrsg. von der Fachhochschule Hamburg, Hamburg 1980.

Hamburg-Lexikon, hrsg. von Franklin Kopitzsch/Daniel Tilgner, 2., durchges. Aufl. Hamburg 2000.

Gustav Grüner: Die Entwicklung der höheren technischen Fachschulen im deutschen Sprachgebiet. Ein Beitrag zur historischen und angewandten Berufspädagogik, Braunschweig 1967.

Karl-Heinz Ludwig: Technik und Ingenieure im Dritten Reich, unveränderter Nachdruck, Düsseldorf 1979.

Susanne Wiborg: Walther Blohm. Schiffe und Flugzeuge aus Hamburg, Hamburg 1993.

Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Bd. 2 Deutsche Geschichte vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung, München, 5., durchges. Aufl. 2002.

VON ALMOSEN, WOHLTÄTIGKEIT UND SOZIALER ARBEIT

Die „Verbesserung prekärer Lebenslagen“ als Ziel sozialer Arbeit hatte früher einen anderen, drastischen Namen: Armutsbekämpfung. In einer Zeit, als es in der Mitte Europas noch Hungerkrisen gab, begann man sich mit der Entstehung, den verschiedenen Formen und der möglichen Abwendung von Armut zu beschäftigen. Das war im Ausgang des 18. und vor allem im 19. Jahrhundert. Davor hielt man Armut einfach für etwas Gottgegebenes, das man ertragen und mit Almosen lindern müsse.

Wegweisend war zunächst der aus der Aufklärung stammende Gedanke, dass Armut nicht aus „Liederlichkeit“ entstand, sondern auf saisonale Unterbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit zurückzuführen war. Auf diesen nüchternen Zusammenhang machte ein Hamburger Ökonom aufmerksam, Johann Georg Büsch. Wegweisend war einige Zeit später auch der Theologe und Gründer des Rauhen Hauses, Johann Hinrich Wichern. Er erinnerte seine evangelische Kirche an die christliche Pflicht, sich der Armen und Schwachen anzunehmen, nicht nur durch Predigtworte, sondern durch praktische Taten. Damit begründete er die evangelische Diakonie.

Humanistische ebenso wie christliche Motive führten allmählich zu einem vielfältigen Netz von Hilfseinrichtungen, von der materiellen Unterstützung über Schulen bis hin zu seelsorgerlichen Angeboten. Träger dieser Angebote war in erster Linie das Bürgertum, denn wohltätiges Engagement in privaten Vereinen gehörte zum Selbstverständnis dieser Schicht. Nebenbei erhielten so besonders die weiblichen Vereinsmitglieder die Chance, eine standesgemäße Tätigkeit außer Haus auszuüben. Der Staat erkannte erst im späten 19. Jahrhundert soziale Fürsorge und Vorsorge als seine Aufgaben an: das hieß notdürftigste Existenzsicherung, elementare Schulbildung, schließlich die Absicherung von Lebensrisiken. Bis zum Wohlfahrtsstaat moderner Prägung war es noch ein weiter Weg.

Parallel dazu veränderte sich die konkrete Arbeit. Aus der ehrenamtlichen Beschäftigung in wohltätigen Vereinen entwickelten sich neue, auf einer qualifizierten Ausbildung aufbauende Berufe. Hier entstand eine Domäne weiblicher Berufsarbeit, die von der ersten deutschen Frauenbewegung forciert wurde. So gründeten 1916 zwei Vertreterinnen der Frauenbewegung, Gertrud Bäumer und Marie Baum, in Hamburg eine private Schule zur Ausbildung von „Wohlfahrtspflegerinnen“: das sozialpädagogische Institut. Bereits 1923 wurde es eine staatliche Fachschule, nach dem zweiten Weltkrieg höhere Fachschule und 1970 Teil der neuen Fachhochschule, heute HAW Hamburg.

Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, wie wir sie heute kennen, nähren sich also aus sehr unterschiedlichen, doch starken Wurzeln, von denen einige in Hamburg liegen.

TEXTNACHWEISE

Sigrid Schambach:

HAW Hamburg.

Eine Hochschule im 21. Jahrhundert.

Originalbeitrag für diesen Band.

Fragen an Prof. Dr. Michael Stawicki.

Originalbeitrag für diesen Band.

Fragen an Prof. Dr. Micha Teuscher.

Originalbeitrag für diesen Band.

Sigrid Schambach:

**Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften
Hamburg und ihre Vorläufer von 1945 bis heute
– ein Überblick.**

Zuerst veröffentlicht in: HAW Hamburg (Hg.):

1970 – 2010. HAW Hamburg. Wissen fürs Leben.

Hamburg 2010.

Sigrid Schambach:

**Später Start. Vor 75 Jahren begann das
Flugzeugbaustudium in Hamburg.**

*Zuerst veröffentlicht in: 75 Jahre Flugzeugbaustu-
dium in Hamburg. 1935 – 2010. Hg. vom Department
Fahrzeugtechnik und Flugzeugbau/Fakultät Technik
und Informatik der HAW Hamburg. Hamburg 2010.*

Sigrid Schambach:

**100 Jahre Ingenieurausbildung in Hamburg –
Kontinuität und Wandel.**

Zuerst veröffentlicht in: Willkommen in der Zukunft.

*100 Jahre Ingenieurausbildung in Hamburg. Hg. von
der HAW Hamburg. Hamburg 2005.*

Sigrid Schambach:

Von Almosen, Wohltätigkeit und Sozialer Arbeit.

*Zuerst veröffentlicht in: Impetus. Magazin der HAW
Hamburg 8/2007.*

DIE AUTORIN

Sigrid Schambach, Dr. phil., studierte an der Universität Göttingen Geschichte, Germanistik und Soziologie und wurde an der Universität Hamburg promoviert. Seit vielen Jahren freiberuflich tätige Historikerin in Hamburg. Veröffentlichungen zur hamburgischen Geschichte, zur Entwicklung der gewerblich-technischen Bildung und des Fachhochschulwesens; außerdem biografische Arbeiten und Lexikonbeiträge. www.sigrid-schambach.de.

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Präsident der HAW Hamburg

Autorin: Dr. Sigrid Schambach

Konzeption: Dr. Ralf Schlichting

Gestaltung: formlabor, Hamburg

Druck: Ernst Kabel Druck GmbH

Auflage: 1000 Ex.

© HAW Hamburg, März 2020



www.haw-hamburg.de